56. JAHRGANG · NUMMER 5/6· 13. NOV. 2015 ·EUR 3,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Zwischen »Willkommenskultur« und Hassparolen

Korrespondenz zur Flüchtlingshilfe S.35

Einflüsse der Flüchtlingsbewegung auf die hiesige Klassenlage

»Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt«, ließ das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am 25. August 2015 in den Medien verbreiten, natürlich auf Veranlassung der Bundesregierung. Im Klartext hieß das: Alle Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg dürfen ohne die übliche, durch EU-Verordnung vorgeschriebene Registrierung im ersten »Aufnahmeland« nach Deutschland einreisen. Damit war das so genannte Dublin-II-Abkommen, in dem die Verfahrensweise verbindlich vorgeschrieben wird, in einem wesentlichen Punkt suspendiert. Am 12. September kam bereits die Kehrtwende: Die Kontrollen im Grenzverkehr zu Österreich wurden – entgegen der Regelungen des Schengen-Vertrages – wieder aufgenommen, auch dies die vorübergehende Aufhebung eines europäischen Abkommens, die zuletzt im Juni 2015 im Zusammenhang mit dem G-7-Gipfel auf Schloss Elmau geschehen war. Was treibt die Bundesregierung innerhalb weniger Wochen zu derartig drastischen Maßnahmen, wie schwerwiegend ist ihre Bedeutung und was folgt daraus für die Innen- und die Europapolitik?

Der Anlass ist zunächst eindeutig ein außenpolitischer. Die Fluchtbewegungen über das Mittelmeer sowie über den Balkan hatten sich in den letzten Jahren verstärkt. Die Lebenslagen im syrischen Bürgerkrieg und auch in den Durchgangsländern Türkei und Griechenland wurden so unerträglich, dass immer mehr Menschen sich auf den Weg nach Europa, speziell Österreich, Deutschland und Schweden, machten. Im Sommer 2015 standen so viele vor der Außengrenze der EU in der westlichen Balkanregion, dass sie mit den bisherigen Methoden (Dublin II) nicht mehr reguliert werden konnten (s.w.u.). Diese Situation war nicht mehr beherrschbar, eine unmittelbare Verschärfung repressiver Maßnahmen (Grenzschließung, schärfere Polizeikontrollen bis hin zu Militäreinsatz, Errichtung von Lagern an den Außengrenzen) erschien der Bundesregierung nicht opportun. Deshalb war taktischer Rückzug angesagt, um später aus verbesserter Position wieder in die Offensive zu kommen (dazu mehr in den nachfolgenden Artikeln).

Bis in den Sommer 2015 jedenfalls erschien die innenpolitische Lage in der BRD stabil, besonders wenn man sie mit dem Umfeld in der EU und außerhalb deren Grenzen vergleicht. Die Wirtschaftsdaten in Deutschland sind, oberflächlich betrachtet, in Ordnung, die Arbeitslosenzahlen vergleichsweise niedrig, die Mehrheit der Bevölkerung mit der Regierung und ihrer Politik zufrieden. Doch andererseits gibt es den stabil hohen Anteil (ca. ein Fünftel) der Menschen, die mit Niedriglöhnen, prekären Arbeitsverhältnissen oder Kürzungen in den Sozialeinkommen zurecht kommen müssen, die Sparpolitik der öffentlichen Haushalte, die Ansprüche des deutschen Kapitals, das seine Positionen im Weltmarkt wahren und ausbauen will, und die Krisen in der EU und der weiteren Welt, die politisch und ökonomisch bedrohlich erscheinen. In diese Situation einer oberflächlichen Ruhe, in der sich unterschwellig die nächsten Krisen vorbereiten, trifft die Verschärfung der Flüchtlingskrise und bedroht die scheinbare Stabilität der bürgerlichen Ordnung, die bisherige Verteilung des Wohlstands in der BRD und die sozialpartnerschaftliche Regulierung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Stimmungen in der Bevölkerung

Schlug man im August/September in Deutschland die bürgerliche Presse auf, hatte man den Eindruck, als stehe die deutsche Gesellschaft vor einer tiefgreifenden politischen Spaltung: auf der einen Seite die aus den frühen neunziger Jahren noch bekannten Hassparolen, Proteste, Anschläge etc., auf der anderen Seite eine neue »Willkommenskultur«. Zu der ersteren äußerte sich ein Kommentator in der FR vom 29.8. wie folgt: *»Warum jetzt Heidenau? Warum dort Krawall, Geschrei und Wut? Warum denn nicht! Was in Heidenau passiert, hätte überall in Sachsen passieren können. Es ist immer dasselbe Muster: Die NPD zündelt, es gibt Wutbürgerinitiativen gegen Flüchtlingsheime, die Stimmung machen, Angst verbreiten und hetzen, es gibt personelle Überschneidungen zwischen den Gruppen, und koordiniert wird die entstehende Hassbewegung über soziale Netzwerke – schon bricht es los. … Was heute in Heidenau geschieht, hat ein deutlich breiteres Fundament* (als Anfang der neunziger Jahre, Anm. d. Red.). *Und das hat mit PEGIDA zu tun. Der Hass, der sich lange Zeit fast nur im Internet austobte, ist von dort durch PEGIDA in die wirkliche Welt eingetreten. … Eine Tür ist geöffnet worden, die nicht mehr zu schließen ist. PEGIDA hat in Sachsen einen gesellschaftlichen Bruch herbeigeführt, hat dem ›Pack‹ Bewusstsein gegeben und Pöbeleien und Hetze die nötige Legitimation verschafft.«* Die Wut der Abgehängten zeigt sich insbesondere in Ostdeutsch-

Flüchtlingspolitik in BRD und EU
Ursachen der Fluchtbwegung
Griechenland: Ende der Illusionen
Tarifrunde Sozial / Erziehungsdienste
Teilabbbau Hanauer Vacuumschmelze
Finnland: landesweiter Streik
Digitalisierung: Fluch oder Segen?

land, aber auch in strukturell geschädigten Teilen des Westens (Ruhrgebiet, besonders Dortmund).

Je mehr Flüchtlinge ankommen, desto nervöser und aktiver werden die Nazis. Hier zeigt sich, dass es nicht darauf ankommt, ob Nazis in Parlamenten sitzen (wie in Mecklenburg-Vorpommern) oder dort 'rausfliegen (wie zuletzt in Sachsen). Erfahrungsgemäß bleibt ein brauner Bodensatz, der immer dann an die Oberfläche drängt, wenn der materielle Wohlstand und die politische Stabilität gefährdet sind oder scheinen. Die angebliche Bedrohungssituation scheint mit den Zuwanderungen nun wieder präsent zu sein. Die Stimmung greift auf die sogenannten *»besorgten Bürger«* über: *»Ich bin nicht gegen Flüchtlinge, aber … «*. Es geht um diejenigen, die angeblich nur in unsere Sozialsysteme einwandern wollen. Die Überlegung, warum jemand eine lange, teure und gefährliche Reise auf sich nehmen soll, um Sozialleistungen für Flüchtlinge (143 EUR plus Sachleistungen) oder Hartz IV (Regelsatz: 399 EUR) zu nehmen, wird nicht angestellt. Arbeitsmarktkonkurrenz und Verdrängungseffekte sind auch unter Flüchtlingen Realität, das Kapital wäre nicht Kapital, wenn es dies nicht nutzen würde. Die Rechten haben solchen Zulauf, weil es diese Ängste und auch die Gründe dafür tatsächlich gibt. Eine gewerkschaftliche Tarif- und Arbeitsmarktpolitik, die sich an den Interessen des Kapitals orientiert, kann dem nicht genügend gegensteuern. Hier muss es eindeutige Stellungnahmen und Aktivitäten der Solidarität geben.

Auf der anderen Seite stehen in der bürgerlichen medialen Öffentlichkeit zentral die Berichte von »Willkommenskultur«, Hilfsbereitschaft, Sachspenden. Dieses Spektrum reicht von karitativen Initiativen und Organisationen bis zu politischen Gruppen. Die in dieser Breite neue Haltung (verglichen mit Anfang der 90er, in denen der Stammtisch zu dominieren schien), ist zwar aus unserer Sicht nicht tragfähig, weist aber auf Veränderungen in der deutschen Gesellschaft bzgl. des Verständnisses von Wirtschaft, Staat, Nation in bürgerlichen Grenzen hin. In Politik und Medien hören wir – im Vergleich zu Anfang der neunziger Jahre – neuartige Töne: Welcome to Refugees, Appelle an den bürgerlichen Anstand, moralisierend angereichert mit Erinnerungen an Flucht, Vertreibung, Migration im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg oder die Arbeitsmigration in den wirtschaftlichen Aufstiegsjahren der BRD. Das soll ein Bild von einem Deutschland vermitteln, das geschichtliche Lehren gezogen hat und ein verlässlicher Partner der »internationalen Gemeinschaft« ist.

Die Zuwanderungsdebatte wird heute gesamtgesellschaftlich entspannter geführt als in den neunziger Jahren (Asylrechtsverschärfung) und zu Anfang der 2000er Jahre (Süßmuth-Kommission). Dazu mögen beigetragen haben die Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte, dass wegen des vermeintlichen »*demographischen Faktors«* (mit dem Sozialabbau, z.B. bei den Renten, begründet wird) und des Fachkräftemangels (wann gab es den eigentlich nicht?) ein Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland prinzipiell notwendig sei. Der traditionelle Blut- und Abstammungsnationalismus ist in der deutschen Gesellschaft auf dem Rückzug und wird durch einen Wohlstands- und Verfassungspatriotismus abgelöst. Kulturelle *»Abweichungen«* werden toleriert, *»der Islam gehört zu Deutschland«* (ehem. Bundespräsident Wulff).

Wirtschaftsfunktionäre äußern sich positiv, es kommen aber auch die vorsichtigeren und sachbezogenen Kommentare, die sich auf Datenerhebungen beziehen, in denen die vorhandenen Qualifikationen der Flüchtlinge und ihre Übertragbarkeit in hiesige Arbeitsverhältnisse genauer aufgeschlüsselt werden. So etwa verläuft die Nützlichkeitsdebatte, d.h. die Scheidung derjenigen, die wir brauchen können, von denen, die angeblich nur in unsere Sozialsysteme einwandern wollen.

Die Kombination von »Willkommenskultur« und Nützlichkeitsdebatte, die wir aktuell feststellen, ist die Widerspiegelung davon, dass **unter den kapitalistischen Bedingungen, in denen wir leben, neu hinzukommende Menschen als Arbeitskräfte angesehen und bewertet werden. Für das Kapital sind es verfügbare Produktionsmittel, die entsprechend zugerichtet werden müssen (z.B. Forderung von Kapitalvertretern, diese Arbeitskräfte zu qualifizieren, gleichzeitig aber auch, für sie den Mindestlohn auszusetzen). Die Masse von ihnen, soweit sie hier bleiben, wird proletarisiert werden. Welche Aufnahme sie dann in Betrieben und Gewerkschaften finden, ob sie als Kollegen und potenzielle Mitstreiter in Arbeitskämpfen willkommen sind oder als Konkurrenz um Arbeitsplätze gelten, hängt von ökonomischen Rahmenbedingungen, vor allem aber vom Stand des Klassenbewusstseins auf beiden Seiten und den konkreten Bemühungen um gewerkschaftliche Organisierung und politische Orientierung ab**.

Die gesellschaftliche Stimmung kann durch das Schüren von Ängsten, erst recht bei Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen, reaktionär umschlagen. Sieht man sich die Veränderungen in den Umfragen an, dazu die politischen Vorgänge auf Berliner Regierungs- und Brüsseler EU-Ebene und die um sich greifenden Grenzschließungen nicht nur in Südosteuropa, so scheint dieser Umschlagpunkt nicht mehr fern zu liegen, oder wir befinden uns bereits darin.

Die Interessen der Unternehmer

Die Interessen der Unternehmer finden sich repräsentativ ausgedrückt im Herbstgutachten von vier führenden Wirtschaftsinstituten (DIW Berlin, ifo München, IWH Halle, RWI Essen), das im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wird. Ihre vorangestellte Zusammenfas-

Heft Nr. 5/6 · 10. Nov. 2015 · Jahrgang 56

Zwischen »Willkommenskultur« und Hasspolitik 1
Migrations- und Flüchtlingspolitik in BED und EU 6
Ursachen, Umfang und aktuelle Brennpunkte der Fluchtbewegung 8
Griechenland – Der 5. Juli – Ende der Illusionen. 10
Tarifrunde 2015 im kommunalen Sozial- und Erzeihungswesen, Teil 1. 14
Tarifrunde 2015 im kommunalen Sozial- und Erzeihungswesen, Teil 2. 18
Zweiter Kampf um die Hanauer Vacuumschmelze 23
Finnland: Landesweiter Streik 27
Auswirkungen der Digitalisierung der Produktion 29
Hamburg-Hauptbahnhof: Refugees welcome 35

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410 077 205 · BLZ 200 100 20
IBAN: DE 28200100200410077205 · BIC: PBNKDEFF
Zuschriften nur an: »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: www.arbeiterpolitik.de

sung lautet: »*Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem verhaltenen Aufschwung; das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 1,8 Prozent steigen. Getragen wird die Expansion vom privaten Konsum. Die Investitionen beleben sich allmählich. Angesichts der mäßigen Expansion der Weltwirtschaft dürften die Exporte hingegen nur leicht steigen, zumal die belebende Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlässt. Die Beschäftigung wird wieder rascher ausgeweitet. Dennoch dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des kommenden Jahres leicht steigen, weil die derzeit große Zahl von Asylsuchenden nach und nach am Arbeitsmarkt ankommt. Für die öffentlichen Haushalte in Deutschland zeichnet sich für das kommende Jahr ein Überschuss von 13 Milliarden Euro ab. Dieser dürfte damit deutlich geringer sein als der für 2015 erwartete Überschuss in Höhe von rund 23 Milliarden Euro – nicht zuletzt aufgrund zusätzlicher Ausgaben für die Bewältigung der Flüchtlingsmigration.*«

Doch die Zuwanderung der Flüchtlinge könnte einiges verändern. Die Institute schreiben: »*In der politischen Diskussion in Deutschland steht derzeit die Bewältigung der Flüchtlingsmigration im Vordergrund. Wie bereits die europäische Schulden- und Vertrauenskrise zeigt auch die aktuelle Flüchtlingskrise, dass auf europäischer Ebene in Krisensituationen die nationale Lastenverteilung im Vordergrund steht und nicht die sachorientierte Problemlösung. Auf Dauer ist die derzeitige Konzentration der Flüchtlinge auf wenige EU-Mitgliedsländer nicht durchzuhalten. Daher sind europäische Standards bezüglich der Asylgewährung und der Leistungen an Asylsuchende erforderlich. Für die lange Frist sollte erwogen werden, die Kompetenz für die Durchführung von Asylverfahren auf die europäische Ebene zu übertragen.*

In der öffentlichen Diskussion verschwimmt mitunter die Unterscheidung zwischen der Reaktion auf die Fluchtmigration und einer langfristig orientierten Einwanderungspolitik, die primär an wirtschaftlichen Interessen der Zielländer ausgerichtet ist. Die fluchtbedingte Migration ist kein Ersatz für eine vernünftige Zuwanderungspolitik. Sie ist allerdings durchaus mit Chancen für die Zielländer verbunden. Um diese zu nutzen, ist auch im Interesse der Flüchtlinge die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt der wichtigste Hebel.«

Die zentralen Forderungen sind also: Europäisierung der Asylpolitik, Integration des als Arbeitskräfte nutzbaren Teils der Flüchtlinge und Beendigung des planlosen Zustandes durch Etablierung einer *»vernünftigen Zuwanderungspolitik«*, am besten durch ein umfassendes Einwanderungsgesetz. Auf den Seiten 60 bis 62 des Herbstgutachtens folgen detaillierte Vorschläge, wie diese Vorgaben umzusetzen seien. Das fängt natürlich bei Sprachkursen an. Dringend erforderlich sei aber auch Weiterbildung, »*da die im Heimatland erworbenen Kenntnisse vielfach den in Deutschland gestellten Anforderungen nicht genügen dürften*«. Ein Schritt in die richtige Richtung sei, dass das früher neunmonatige Arbeitsverbot für Asylsuchende inzwischen auf drei Monate verkürzt sei. Es solle ganz abgeschafft werden, ebenso die vorgeschriebene *»Vorrangprüfung«*, bei der der Arbeitgeber nachzuweisen habe, *»dass für den Arbeitsplatz kein Einwohner Deutschlands oder ein anderer EU-Bürger in Frage«* komme.

Diesen nach Gleichstellung klingenden Forderungen können wir natürlich grundsätzlich zustimmen. Für uns verlaufen die Grenzen nicht zwischen Nationen, sondern zwischen den Klassen der Kapitalisten und der Arbeitenden, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten. Aber das Angebot ist vergiftet. Die Kapitalisten wollen die Lohnabhängigen, gleich welcher Nationalität, in die Konkurrenz untereinander treiben. Ziel ist die Unterbietung von Standards bei Tariflöhnen und Arbeitsbedingungen. Ganz klar wird das in der *»Empfehlung«*, den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen, weil dieser *»Flüchtlingen wie anderen gering qualifizierten Arbeitnehmern den Einstieg in den Arbeitsmarkt zusätzlich erschwere«*. Unsere Antwort darauf kann nur die grundsätzliche und konkrete Solidarität im Kampf um gemeinsame bessere Standards sein. Der Mindestlohn, die Tariflöhne und die gesetzlichen und tariflichen Arbeitsbedingungen gelten für alle, und nur in diese Richtung kann Solidarität gehen.

Wer trägt die Kosten der Integration?

Im Übrigen sind die Institute im Gutachten der Meinung, dass Deutschland die Aufgabe leisten kann: »*Aus gesamtstaatlicher Sicht sind derzeit strukturelle Überschüsse vorhanden, um die finanziellen Lasten der Flüchtlingsmigration zu stemmen; ein niedrigerer Finanzierungssaldo der öffentlichen Hand ist aus Sicht der Institute zu akzeptieren. Es ist vor diesem Hintergrund nicht erforderlich – wenngleich zu befürchten –, dass die jetzt notwendig werdenden Ausgaben zulasten anderer Elemente einer wachstumsorientierten Politik gehen.*« Für diejenigen Branchen und Unternehmen, die an der Bereitstellung von Infrastruktur und Sozialeinrichtungen beteiligt sind, ist dies schon ein kleines Konjunkturprogramm. Es seien überdies »*Wachstumspotenziale zu heben*«

Für uns gibt es genügend Gründe, diesen Worten nicht zu trauen. Zwar scheint die Bundesregierung derzeit die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch abzulehnen, aber nichts garantiert, dass das so bleibt. Für uns ist umgekehrt zu fordern, dass Unternehmen und große Vermögen durch eine entsprechend ausgestaltete Steuergesetzgebung für die Finanzierung der Integrationskosten (und selbstverständlich andere gesellschaftlich wichtige Ziele) herangezogen werden (z.B. Wiedereinführung der Vermögensteuer, echte Besteuerung großer Erbschaften, Besteuerung des Handels mit so genannten Finanzprodukten, Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes von derzeit 42 Prozent auf den bis 1989 geltenden Satz von 56 Prozent, ebenso des Satzes der Körperschaftssteuer von gegenwärtig 15 Prozent auf 56 Prozent etc.). Dies entspräche immerhin einem Niveau der Lastenverteilung bei der Besteuerung in der Bundesrepublik vor der so genannten Wiedervereinigung. Diese Entwicklung (der man noch die periodischen Erhöhungen der Mehrwertsteuer und die Sozialabbaumaßnahmen bei den gesetzlichen Sozialversicherungen u.v.m. anfügen könnte) macht beispielhaft deutlich, was der Imperialismus der herrschenden Klasse auch in den großen westlichen Industrieländern selbst die Arbeiterklasse kostet.

Probleme der Flüchtlinge in der Integration

Die grundlegenden ökonomischen Bedingungen sind gegenwärtig ganz andere als zum Beispiel Anfang der 90er Jahre. Damals herrschte Krise, es galten so genannte »Vermittlungshemmnisse« auf dem Arbeitsmarkt (noch vor den Hartz-Gesetzen der späteren Schröder-Zeit), während zugleich viele Menschen aus den neuen Bundesländern, sogenannte Spätaussiedler aus Osteuropa und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem vormaligen Jugoslawien Arbeit suchten. In einem aufgeheizten Klima wurde das Asylrecht durch Installierung entscheidender Ausnahmeregelungen (Drittstaatenregel, sichere Herkunftsländer) nahezu abgeschafft.

Heutzutage scheint hingegen überhaupt kein Weg daran vorbei zu gehen, dass Deutschland endlich auch offiziell zum Einwandererland erklärt wird. Die demografische Entwicklung lässt angeblich den Stamm der Beschäftigten zu klein werden, um einen Produktionsapparat am Leben zu

erhalten, der dieses Land zu einem der wohlhabendsten in der Welt gemacht hat. Dass diese Schrumpfung, wenn sie denn so käme, von der Produktivkraftentwicklung der Arbeit zumindest teilweise ausgeglichen wird, interessiert die Propagandisten des »Demografischen Faktors« freilich nicht (mit diesem Konstrukt wurde ja Sozialabbau vor allem in der Rentenversicherung begründet). Schon in 15 Jahren soll es etwa sechs Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter zu wenig geben. Vor diesem Hintergrund erklärt BDI-Chef Ulrich Grillo: *»Wir sind bereit, allen Asylsuchenden mit berechtigten Chancen auf ein Bleiberecht den raschen und zeitlich gesicherten Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen zu ermöglichen«*. Und der Boss von Daimler, Jürgen Zetsche, sieht im Flüchtlings-Zustrom sogar die *»Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder«.*

Aber es kommen auch die vorsichtigeren Kommentare, die sich auf Datenerhebungen beziehen, in denen die vorhandenen Qualifikationen der Flüchtlinge und ihre Übertragbarkeit in hiesige Arbeitsverhältnisse genauer aufgeschlüsselt werden. Nicht einmal jeder zehnte, so eine Zusammenfassung von Arbeitsministerin Nahles, verfüge über die nötigen Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikationen, um »sofort« einen Arbeitsplatz zu finden. Mehr als die Hälfte habe keinen Berufsabschluss, nur 15 bis 25 Prozent einen Hochschulabschluss.

Bei den Syrern speziell soll ein Viertel studiert haben. Noch mal etwa 25 Prozent besuchten ein Gymnasium. Nur 17 Prozent der Neuankömmlinge sollen demnach nicht mehr als eine Grundschulbildung haben. Wesentliche Teile des hiesigen Unternehmer-Lagers schienen anfangs überzeugt zu sein, dass aus Syrien vergleichsweise viele qualifizierte Flüchtlinge kämen. Wenn sie nicht von vornherein gut ausgebildet seien, dann seien sie doch zumindest jung, also formbar. Tatsächlich sind rund drei Viertel der syrischen Flüchtlinge unter 35 Jahre alt. Sie scheinen also tatkräftiger und besser qualifizierbar zu sein als beispielsweise ein hiesiger 50-jähriger, der schon die Rente im Auge hat.

Auch wenn Flüchtlinge mit guten Qualifikationen aus ihren Herkunftsländern hierher kommen, heißt das natürlich nicht, dass sie auf diesem Niveau auch Arbeit bekommen. Sie müssen viele bürokratische und kulturelle (Sprache!) Hürden überwinden und sind dann auch noch mit der Vorrangprüfung konfrontiert. So muss ein Arzt/eine Ärztin also häufig mit der Tätigkeit als Krankenpfleger/-schwester vorlieb nehmen. Wie viele neu ankommende ArbeitsmigrantInnen vergangener Jahrzehnte kommen sie häufig nur an die Jobs, die sowieso kein Deutscher mehr haben will: Erntehelfer, Angelernter in der Gastronomie, Hilfsarbeiter bei der Müllabfuhr. Und wenn es sich doch um qualifizierte Jobs handelt, werden sie nicht selten zumindest auf einem Tarifniveau unter dem eines vergleichbaren deutschen Kollegen eingeordnet. Flüchtlinge sind daher erpressbar und eher bereit, sich mit schlechter Entlohnung abzufinden. Auch weil sie sich eine neue Existenz aufbauen müssen, akzeptieren sie fast jeden Job. Schließlich können sie auch das Lohnniveau hierzulande nicht korrekt einschätzen –dafür freilich gibt es Gewerkschaften, die hier weiterhelfen müssen.

Für denjenigen Teil der hiesigen Arbeiterschaft, der auf Jobs in einfachen Tätigkeiten absolut angewiesen ist, dürfte es dementsprechend problematisch werden, wenn neue Kräfte ankommen. Wenn inzwischen das Risiko von Erwerbslosigkeit, Niedriglohn und Armut nicht mehr allein ab Hauptschul-, sondern schon ab Realschulabschluss beginnt, könnte es in diesem Bereich düster aussehen. Für alle aber, egal ob höher qualifiziert oder nicht, droht eine Konkurrenzsituation mit den Neuankömmlingen, die nur zu verstehen und bekämpfen ist, wenn beide Seiten – Flüchtlinge und bereits hier arbeitende Lohnabhängige – diese Probleme als Konsequenz ihrer Klassenlage im Kapitalismus erkennen. Daran müssen wir arbeiten, nicht zuletzt, um zu verhindern, dass Rechtspopulisten aus PEGIDA, AfD, Naziorganisationen usw. die Sumpfblüten ihrer Agitation daraus ziehen.

Wie ist die Fluchtbewegung politisch einzuschätzen?

Flüchtlinge wie andere Migranten kommen aus fast allen Schichten ihrer Herkunftsländer und mit fast allen beruflichen Qualifikationen von dort. Sie kommen aus vielfältigen Motiven: Flucht vor politischer und/oder rassistischer Verfolgung, vor Bürgerkrieg, wegen Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten, oder es sind schlicht und einfach Armutsflüchtlinge (letztere dürften allerdings in der Regel wegen der hohen Kosten gar nicht in der Lage sein, weit zu reisen). Politisch dürfte alles dabei sein: von Linken über bürgerliche Regimegegner bis hin zu Antikommunisten, was konkrete Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit im nicht rein humanitären, sondern im politischen Sinne nicht einfach macht. Dennoch müssen wir uns dazu verhalten und eine Einschätzung gewinnen, die uns in konkreten Fällen hilft.

Die Vorstellung von nur passiv flüchtenden Massen ist realitätsfern. Um es konkret verständlich machen zu können, konzentrieren wir uns hier auf den syrischen Teil der Bewegung. Sieht man die Bilder von teilweise planvollem Vorgehen in Auseinandersetzungen an den Grenzposten (in Mazedonien, Ungarn oder Kroatien), so kann man den Eindruck gewinnen, dass viele Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg ihre Erfahrungen aus der syrischen *»Arabellion«* des Jahres 2011 quasi im Gepäck haben und politische Kampfformen wie Demonstrationen, Überwindung von Grenzzäunen, Täuschung von gegen sie eingesetzten Polizeikräften etc. anzuwenden wissen.

Eine Analyse aus dem syrischen Bürgerkrieg macht das deutlich: *»Die zumeist jungen Menschen, die im Jahr 2011 die Demonstrationen gegen das Regime anführten, hatten mit der alten Opposition kaum etwas zu tun, weder mit der linken noch mit den Islamisten. Von der öffentlichen Wahrnehmung fast unbemerkt, war seit Beginn des Jahrtausends in der arabischen Welt eine neue Generation erwachsen geworden, die die Welt mit anderen Augen sah als ihre Eltern. Diese Generation war nicht mehr bereit, sich für eine dysfunktionale Entwicklungsdiktatur und einen verlogenen Nationalismus bzw. Antiimperialismus heuchlerischen Regimen unterzuordnen. … Sie waren viele und gut ausgebildet. Die heute 15- bis 35-jährigen sind besonders geburtenstarke Jahrgänge (70 Prozent der Syrer sind unter 35). Analphabetismus gibt es in dieser Generation zumindest in den Städten kaum noch, der Anteil der Hochschulabsolventen und -absolventinnen ist hoch. Das hat ökonomische Auswirkungen. Es gibt nicht genug qualifizierte Arbeitsplätze. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 hatte Baschar al-Assad zudem neoliberale Reformen in Angriff genommen. … Aber den Demonstrantinnen und Demonstranten ging es nur am Rande um soziale Themen. Ihre Hauptforderungen waren Meinungsfreiheit, Würde und Demokratie. … Sie wollen wie Menschen behandelt und nicht von Polizisten geschlagen oder ins Gesicht gespuckt werden.«*

Wir müssen davon ausgehen, dass ein Teil der Flüchtlinge diese Erfahrungen mitnimmt. Die Fluchtbewegung als vereinheitlichendes politisches Subjekt gibt es nicht, aber sie enthält Potenziale. Diese werden sich in dem Maße zeigen, in dem Konflikte bei der Integration ausgetragen werden, und dann, wenn die nun hier angekommenen und

proletarisierten Flüchtlinge als Teile der Klasse der Lohnabhängigen ihre Forderungen stellen und an den hiesigen Auseinandersetzungen teilnehmen.

Die soziale Frage in neuem Licht

Pläne, Verabredungen auf Regierungsebene und bereits beschlossene Gesetze halten düstere Aussichten für die Flüchtlinge und für die Mehrheit der Lohnabhängigen bereit. Sie führen zu den beschriebenen gespaltenen Stimmungslagen: Die einen erkennen die Not der Menschen und wollen helfen; andere dagegen fürchten, dass die bereitzustellenden Mittel nicht ausreichen und am Ende der ansässigen Wohnbevölkerung vieles gekürzt wird, was Arbeitsplätze, Erwerbseinkommen, Sozialleistungen und kommunale Dienstleistungen wie Schulen, Kitas, Schwimmbäder, Bibliotheken etc. angeht. Angst, Vorurteile und Konkurrenzneid kommen hoch. Dem muss gegengehalten werden: Der Kampf ist ein gemeinsamer. Die Integration der Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist in einem reichen Land wie Deutschland selbst nach Ansicht bürgerlicher Ökonomen (s. Herbstgutachten) leistbar; sie ist eine Frage des gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses. Deshalb schließen wir uns Forderungen an, wie sie z.B. zum Ausdruck kommen in einem Papier der Bremer Gewerkschaften vom 23. September 2015, aus dem wir Auszüge bringen:

»*1.* **Legale und sichere Fluchtwege schaffen***: Oberstes Gebot muss sein, dass Schutzsuchende nicht mehr auf ihrem Weg nach Europa ihr Leben riskieren müssen. Es führt daher kein Weg daran vorbei, legale Zugänge nach Europa zu schaffen. Hierfür müssen die Flüchtlinge ab sofort die Möglichkeit erhalten, die übers Mittelmeer pendelnden Fähren zu nutzen …*

2. **Freizügigkeit statt starrer Quoten***: … Flüchtlinge (sollten) dorthin gehen können, wo sie sich sicher fühlen oder wo bereits Verwandte oder Freunde leben. Länder, die hierdurch weniger Flüchtlinge aufnehmen, als es ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft entsprechen würde, sollten deshalb für die zusätzlichen Kosten jener Länder aufkommen, die überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen…*

3. **Gleiche Rechte für Geflüchtete***: Menschenrechte sind nicht teilbar! In diesem Sinne stehen Schutzsuchenden die gleichen Rechte zu wie der bereits ansässigen Wohnbevölkerung. Die jüngst durch die große Koalition in Berlin beschlossenen Gesetzesverschärfungen wie eine auf 6 Monate verlängerte Verweildauer in den Erstunterkünften oder die Wiedereinführung der Residenzpflicht (Verpflichtung der noch nicht anerkannten Asylbewerber, sich in dem ihnen zugewiesenen Landkreis aufzuhalten, Anm. de. Red.) bzw. des Sachleistungsprinzips sind daher als menschenrechtswidrig abzulehnen…*

4. **Zugänge zu Ausbildung und Arbeit schaffen:** *Flüchtlinge brauchen Ausbildung und Arbeit. … Zudem bedarf es eines Zugangs zu arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten sowie zu berufsbezogenem Sprachunterricht. Flüchtlinge brauchen bei der Anerkennung ihrer Berufs- und Bildungsabschlüsse Unterstützung. Bei der Ausbildung sollte von Anfang an ein gesicherter Aufenthalt für die gesamte Ausbildungszeit gewährleistet sein…*

7. **Sozialen Wohnungsbau und Recht auf Bildung** *umsetzen: Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle, die darauf angewiesen sind, erfordert ein Sofortprogramm. Der bevorstehende Winter erfordert ein schnelles und unbürokratisches Handeln. … Die Aussetzung der Schulpflicht ist keine Lösung! Stattdessen brauchen Schulen und Kitas sofort verfügbare zusätzliche Mittel, damit sie diese Aufgabe bewältigen können.«*

Jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz ist abzulehnen und zu bekämpfen, z.B. Arbeitsverbot für Asylsuchende, Vorrangprüfung bei der Einstellung von Arbeitskräften, Eingruppierung unter dem tatsächlichen Wert der Ausbildung, untertarifliche Bezahlung, Verweigerung des Mindestlohns. Das alles gehört abgeschafft bzw. verhindert.

Hinzu kommt die Forderung nach Finanzierung der Integrationskosten durch eine angemessene Besteuerung der Unternehmen und großen Vermögen, wie wir sie in dem Abschnitt *»Wer trägt die Kosten der Integration?«* angedeutet haben. Ansonsten droht etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer, also die Abwälzung der Lasten auf die Mehrheit der Lohnabhängigen.

Für die Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe der Organisierung der Ankommenden. Egal, welchen Status die Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern hatten: Arbeiter, Angestellte oder aber Freiberufler, kleine Selbständige oder größere Unternehmer – wenn sie hierherkommen, um Arbeit zu suchen, sind sie Lohnabhängige. Ihnen stehen die gleichen Rechte zu. Die Flüchtlinge, soweit sie als Lohnabhängige hierher kommen und hier leben und arbeiten werden, dürfen nicht als Opfer kapitalistischer Lohndumpingstrategien allein gelassen werden. Die Folgen wären für uns alle spürbar, nicht zuletzt in neuen Angriffen auf unsere Arbeits- und Sozialrechte und im Auftrieb rechtspopulistischer Tendenzen. Unsere Aufgabe ist es, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und, wo immer möglich, auf praktische Konsequenzen zu drängen.

Hierbei wird in Unterstützerkreisen, Gewerkschaften und Initiativen der sozialen Bewegungen zu Recht betont, dass soziale Forderungen wie diese auch für die hiesige Bevölkerung gelten, soweit sie auf öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen ist, und dass sie selbstverständlich schon lange vor der jetzigen Steigerung der Zuwanderung durch Flüchtlinge erhoben wurden. Jetzt kommt eben eine quantitative Ausweitung hinzu. Es kann nicht hingenommen werden, dass durch bewusste oder fahrlässige Denunzierung dieser Forderungen versucht wird, *»zur Stimmungsmache gegen die aus Kriegsgebieten zuwandernden Menschen beizutragen«* (aus einer Presseerklärung des »Runden Tisches für menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen« in Hanau vom 16. Oktober). Dies würde eben uns selbst auf die Füße fallen durch Stärkung rechtspopulistischer Tendenzen. Unsere Aufgabe dagegen ist der gemeinsame Kampf um soziale Fragen. So gesehen, hat die Integration der Flüchtlinge auch das Potenzial, zu einem Aufschwung von Klassenkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen beizutragen, wenn es gelingt, die Frage der Solidarität richtig zu lösen. 18.10.2015 ■

Migrations- und Flüchtlingspolitik in BRD und EU

Widersprüchliche Gleichzeitigkeit von Einwanderungspolitik und Abschottungsregime

Haben wir im vorstehenden Artikel die Vermutung geäußert, dass die als »Willkommenskultur« beschriebene Stimmung umschlagen könnte und dieser Punkt bereits erreicht oder überschritten ist, so können wir das an der Politik von Bundesregierung und EU konkretisieren. Die Maßnahmen, Pläne und Absichtserklärungen der Bundesregierung sind von dem Bemühen getragen, ein positives »Deutschlandbild« zu vermitteln. Wenn man in der EU jahrelang, vor allem bei Themen wie Schuldenbremse und Griechenlandkrise, als Schulmeister und Dompteur auftreten musste, bietet die Flüchtlingsbewegung eine Gelegenheit, sich mal ganz anders darzustellen: Alle wollen nach Deutschland! Dennoch ist das alte Dilemma damit nicht weg, dass man bei weitem nicht alle brauchen kann, sondern im Kapitalinteresse eine Politik der Selektion der Arbeitskräfte betreiben muss. Einerseits läuft das auf eine »moderne Einwanderungspolitik« hinaus, andererseits ist das alte Abschottungsregime nach wie vor präsent und wird mit der erneuten Verschärfung der Asylrechtsbeschränkungen exekutiert.

Im Völkerrecht gibt es die Unterscheidung der Begriffe »Flüchtlinge« (Asylsuchende), die den Schutz der Genfer Konvention besitzen, und »MigrantInnen« (Zu- oder Einwanderer), deren Rechtsstellung jeder Staat so regeln kann, wie es ihm beliebt. In der Praxis bestehen enge Zusammenhänge beider Bereiche, die sich auch in Kommentaren aus Politik und Medien widerspiegeln, wenn dort gefordert wird, die Manipulationen am Asylverfahren sein zu lassen und statt dessen ein neues, umfassendes Einwanderungsgesetz zu beschließen.

Die Zuwanderungsdebatte

Ob es in absehbarer Zeit ein Einwanderungsgesetz geben wird, weil auch die Wirtschaft ein solches will, ist nicht sicher. Es könnte noch in dieser Legislaturperiode kommen, weil die Regierungsparteien, die ab 2017 möglichst ohne die jeweils andere regieren möchten, es sich nicht leisten können, das Thema in den nächsten Bundestagswahlkampf zu verschleppen und damit den Oppositionsparteien und den Ehrgeizlingen von FDP und geschwächter AfD Futter zu geben. Dagegen sprechen Widerstände von Politikern in den Unionsparteien, denen das alles zu schnell geht und denen die ganze Richtung nicht passt. Auf jeden Fall wird es nach dem Muster *»Wirtschaftskraft stärken, Fachkräfte anwerben, das Elend von der Tür weisen«* angelegt sein.

Das derzeit gültige Zuwanderungsgesetz (Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern) scheiterte 2002/3 zunächst am Widerstand aus CDU/CSU. Daraufhin wurde gerade die Neuregelung für Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt aus dem Gesetzentwurf wieder entfernt, so dass er im August 2004 beschlossen werden konnte. Die Arbeitserlaubnis für Neuzuwanderer wird nach derzeit geltendem Recht von der Ausländerbehörde erteilt und ist mit Einschränkungen für Nicht-EU-AusländerInnen und Asylsuchende erschwert. Die aktuellen Diskussionen zielen darauf ab, diese Hemmnisse zu beseitigen oder neu zu strukturieren.

Unmittelbar notwendig sind jedoch zunächst einmal Sofortmaßnahmen. Die Menschen müssen untergebracht werden, es ist dabei an den bevorstehenden Winter zu denken, in dem Zelte nicht mehr ausreichen, und es müssen Integrationsmaßnahmen geplant und umgesetzt werden, die auf eine möglichst rasche Verwendung im Arbeitsmarkt zielen. Für die Erledigung solcher Aufgaben hat die Bundesregierung seit den Hartzreformen eine personelle Geheimwaffe: Frank-Jürgen Weise, den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit und *»Manager für Berlins verfahrene Projekte«* (FR vom 19.9.2015). Er war Offizier, studierte Betriebswirtschaft an der Fachhochschule des Heeres, arbeitete als Controller und Headhunter, baute auch mal ein eigenes Logistikunternehmen auf, das er gewinnbringend an der Börse verkaufte. Seit 2000 ist er Chef der Bundesagentur für Arbeit. Zwischendurch leitete er 2010 ein halbes Jahr lang die Kommission zur Bundeswehrstrukturreform, um die Folgen der Abschaffung der Wehrpflicht zu bewältigen. Nun steht er – »*in Personalunion*« – zusätzlich an der Spitze des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Einen besseren Ausdruck für die Zielsetzung bei der Bewältigung des Zuwanderungspotenzials gibt es nicht.

Die Asylrechtsverschärfung

Das Asylrecht wurde durchforstet. Das Asylrechtbeschleunigungsgesetz bringt keine Neuausrichtung, sondern, wie der Name sagt, Straffung und Beschleunigung des Verfahrens. Wer aus »sicheren Herkunftsstaaten« kommt (Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Senegal, geplant noch Albanien, Montenegro, Kosovo), hat künftig nur noch in Ausnahmefällen Anspruch auf Asyl und soll schnell zurückgeschoben werden. Die Sozialleistungen sollen (bis auf Taschengeldbeträge) auf Sachleistungen umgestellt werden. Für den Neubau von Unterkünften sollen Länder und Kommunen fast alle Bauvorschriften umgehen dürfen. Nach diesen Vorgaben soll Weise arbeiten. Letztlich sind hier Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat gemeinsam notwendig, d.h. den Grünen fällt nach den Stimmverhältnissen die »Verantwortung« zu, in mindestens einer Landesregierung grünes Licht zu geben. Im Gesetz werden die notwendigen Geldmittel bestimmt, die der Bund als Unterstützung für Länder und Kommunen zahlen soll, z.B. eine Pauschale von 670 EUR pro Kopf und Monat. Mit Beschluss von Bundestag (15.10.) und Bundesrat (16.10.) sind die Verschärfungen nun rechtskräftig.

Ein spezielles und umstrittenes Thema bilden die den Grenzen der BRD bzw. auch der gesamten EU vorgelagerte Selektion und Internierung von Flüchtlingen, die nach diesen Kriterien nur eine Aussicht auf Erfolg ihres Asylantrags hätten, in so genannten »Transitzonen"oder »Hotspots«. Hier gibt es die grundsätzliche Kritik, dass man in aufgeklärten Demokratien mit Menschen nicht so umgehen dürfe, aber auch juristische und pragmatische Zweifel an der Durchführung, denn diese Lager sind ohne verschärfte Grenzkontrollen unwirksam. Entschlossene Flüchtlinge können solche Einrichtungen leicht umgehen, einem Massenansturm könnten die Regierungen nur mit verstärkter Polizeigewalt bis hin zum Militäreinsatz begegnen.

Aus all diesen Gründen ziehen sich Konfliktlinien durch den Block der Regierungsparteien: zwischen SPD und Unionsparteien sowie zwischen CDU und CSU. Bemerkenswert ist auch die anschwellende Kritik am Merkel-Kurs in der CDU selbst. Die spöttische Bemerkung Gabriels, Merkel habe, solange sie »sozialdemokratische Politik« mache, jederzeit Asyl in der SPD, zeigt freilich keine grundlegenden Differenzen auf, sondern ist nur Widerspiegelung praktischer Schwierigkeiten in der Umsetzung eines

Noch Ende Oktober führte die Bundespolizei Flüchtlinge von der östereichischen Grenze ins Landesinnere der BRD. Welche Richtung wird die Bundespolizei in einem Jahr vorgeben?

Regierungskurses, der auf grundsätzliche Beibehaltung und widersprüchliche Balance der doppelgleisigen Politik zielt: *»rationale, moderne«* Einwanderungspolitik im Interesse des Kapitals an der Rekrutierung von Arbeitskräften, Abschottungsregime gegenüber denjenigen, die nicht erwünscht sind, um Stammtisch und Rechtspopulisten in Schach zu halten.

Widersprüche in der EU

Schwierig ist auch die Klärung in der EU. Die Reform oder gar Abschaffung der Dublin-II-Verordnung, also eine »gerecht« aussehende Verteilung der Migration auf die Zielländer oder gar die Legalisierung der Fluchtwege, ist nicht nur der bisherigen Abschottungslogik entgegengesetzt, sondern kollidiert auch mit den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten untereinander. Dieses Grenzregime geriet unter den anstürmenden Menschenmassen so unter Druck, dass es faktisch außer Kraft gesetzt wurde, indem die Bundesregierung versprach, syrische Flüchtlinge nicht nach Ungarn zurückzuschieben. Natürlich wurde dies von den Flüchtlingen und in den Netzwerken der Unterstützergruppen als Erfolg gewertet, aber ein Durchbruch ist es nicht. Das Ereignis hat zwar gezeigt, dass die Regeln des EU-Grenzregimes unter diesem Massenandrang nicht funktionieren, aber den europäischen Regierungen ist damit nicht die Macht entglitten, neue Verfahren zu ersinnen oder die alten neu zu strukturieren. Das Hauptproblem ist hierbei, unter den EU-Mitgliedstaaten Einigkeit herbeizuführen.

Nach der Dublin-II-Verordnung ist der Staat, in dem ein Flüchtling erstmals EU-Boden betritt, verpflichtet, diesen zu registrieren und zu behalten. Lässt er ihn weiterziehen, dann darf der nächste Ankunftsstaat ihn wieder in den ersten zurückschicken. Dieses seltsame System führte zu einer derartigen Überlastung in Italien und in Griechenland, dass beide Länder die Menschen schließlich einfach nach Norden ziehen ließen. Der Europäische Gerichtshof erklärte Abschiebungen nach Griechenland wegen der unhaltbaren Zustände dort für nicht mehr zulässig und suspendierte damit Dublin-II in diesem Punkt. Die Vorgänge dieses Sommers/Herbstes auf der Balkanroute zeigten vollends die Überforderung der »Erstaufnahmeländer«, in diesem Fall auch Ungarn. Auch die von den Flüchtlingen bevorzugten Zielländer – Deutschland, Österreich, Schweden – verlangen eine Änderung der Verfahren durch Einführung eines Quotensystems. Im Kern geht es um die Frage, ob die Nationalstaaten weiterhin die Souveränität über die Zulassung von Migration in ihren Ländern behalten oder ob das Asylrecht europäisiert wird.

Von einer Einigung sind die EU-Mitgliedsländer sehr weit entfernt, wie das Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs vom 23.9. deutlich machte. Beschlossen wurde die Verteilung von gerade mal 120.000 Flüchtlingen auf die EU-Staaten, im übrigen soll es mehr Geld, mehr Grenzkontrollen, mehr Finanzierung von Flüchtlingslagern außerhalb der EU, vor allem in der Türkei und Syrien, geben – also Maßnahmen, die die Probleme an den Außengrenzen der EU bekämpfen sollen. Diese Beschlüsse wurden nicht einstimmig gefasst, sondern gegen vier osteuropäische Länder (Tschechien, Ungarn, Slowakei, Rumänien) durchgesetzt, die auch gleich erklärten, dass sie sich nicht fügen würden. Die Interessen und Rechte der Flüchtlinge auf Freizügigkeit und sichere Lebensumstände werden mit Füßen getreten, sie werden als Verhandlungsmasse hin- und hergeschoben. Durch reine Symbolpolitik hat sich die EU lediglich Zeit gekauft.

Auch Außenpolitik war Thema des Sondertreffens. Der Massenandrang der Flüchtlinge zwingt die EU-Staaten, eine Lösung für den syrischen Bürgerkrieg zu suchen. Auch das Verhältnis zur Türkei ist seitdem in der Diskussion: Hatte man bisher den Annäherungsprozess an die EU bis hin zu einer Mitgliedschaft nach Kräften verschleppt, so will man ausgerechnet jetzt dieses Land unter dem Erdogan-Regime zum »sicheren Herkunftsstaat« erklären, verspricht Geldzahlungen zur Finanzierung von Flüchtlingslagern in der Türkei und stellt Reiseerleichterungen für türkische Bürger in die EU in Aussicht. Die chaotische Lage in Syrien und weiten Teilen der Nahostregion zeigt erneut, dass die »Neue Weltordnung«, die die USA mit Unterstützung der führenden EU-Staaten nach dem Untergang der Sowjetunion mit den Angriffen auf Irak und Afghanistan durchsetzen wollten, eine Illusion und ein Desaster ist. Abschottungspolitik, militärische Repression und Regierungsabsprachen haben bisher nur zur Verschärfung der Lage beigetragen.

Die EU hat nun mit mindestens zwei Krisen zu kämpfen, die für den Staatenverbund existentiell sein könnten, wie manche sagen (so deutete z. B. der slowenische Ministerpräsident den »*Anfang vom Ende der EU*« an). Die eine davon ist die Eurokrise, zugespitzt am Umgang mit Griechenland, die andere der Ansturm der Flüchtlinge an den Außengrenzen und ihre Verteilung ins Innere der EU. Der »Minigipfel« vom 26. Oktober in Brüssel mit Deutschland und einigen weiteren EU- und Nicht-EU-Staaten der »Balkanroute« ging ohne nennenswerte Ergebnisse, nur mit der Formulierung von Selbstverständlichkeiten zu Ende. Die scharfen Spannungen kamen dennoch zum Ausdruck. Deutschland will die Flüchtlinge möglichst weit vorgelagert in Griechenland und der Türkei in »Transitzonen« und »Hotspots« zwingen. Diese wollen sich das entsprechend vergüten lassen. Länder wie Ungarn und Polen (die Parlamentswahl am 25.10. wurde zum scharfen Rechtsruck) wollen am liebsten gar nichts damit zu tun haben. Überall wird über Grenzschließungen und Zäune diskutiert, die Nationalstaaten versuchen sich einzuigeln. Innerhalb von Deutschland sinken die Umfragewerte für die Bundeskanzlerin, die CSU in Bayern baut sich zur Gegenposition auf, PEGIDA ist wieder da, die AfD gewinnt Auftrieb. Ohne jeder Spekulation nachzujagen, kann man feststellen, dass einiges in Bewegung kommt. 27.10.2015 ■

Ursachen, Umfang und aktuelle Brennpunkte der Fluchtbewegungen

Die Gründe für Migration liegen in der ungleichmäßigen, krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems. Menschen wandern bzw. flüchten von den Zonen der Instabilität durch Armut, Überausbeutung, Krieg und politische, rassistische, religiöse etc. Verfolgung in die aufstrebenden und die bereits wohlhabenderen Regionen. Gegenwärtig sind diese Bewegungen in ihren immer größeren Dimensionen Ausdruck der Tatsache, dass die weltweiten Verwüstungen des Kapitalismus (Expansion und Konzentration in den Metropolen Nordamerikas, Westeuropas und Japans, Verschuldung, Krieg und Zusammenbruch in den Peripherien) und ihre politischen und sozialen Folgen immer weniger beherrschbar sind.

Zur zahlenmäßigen Dimension

Die UNO veröffentlichte 2013 folgende Zahlen (FR vom 16.11.2013): *»Fast eine Milliarde Menschen sind … weltweit unterwegs – jeder siebte Erdenbürger also. 232 Millionen von ihnen haben ihrem Herkunftsstaat den Rücken gekehrt. Die übrigen gut 750 Millionen migrieren innerhalb ihres Landes. Von all diesen Menschen sind etwa 45 Millionen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung – alle übrigen suchen aus anderen Gründen Arbeit oder ein besseres Leben.«*

Für 2015 veröffentlicht die UNHCR folgende Zahlen: Demnach sind 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung, davon 19,5 Mio. ins Ausland, 38,2 Mio. im jeweiligen Inland, 1,8 Mio. haben Asyl beantragt. Nach Pro Asyl flüchten etwa 80 Prozent nur bis in den nächsten Nachbarstaat. Davon sind besonders der Nahen Osten und Afrika betroffen: Die Türkei nahm 2015 1,6 Mio. Flüchtlinge auf, Pakistan 1,5 Mio., Libanon (bei einer Einwohnerzahl von ca. 6 Mio.) 1,2 Mio., Iran 1 Mio., Äthiopien 660.000, Jordanien 650.000. Auffällig ist hierbe, dass gerade die reichen Golfstaaten nicht dabei sind. Deutschland (80 Mio. Einwohner) erwartet dieses Jahr 800.000, manche sprechen von einer Million. Diese Zahlen machen deutlich, dass es um globale Ausmaße geht, von denen wir in Europa nur einen relativ überschaubaren Teil mitbekommen.

Die meisten MigrantInnen/Flüchtlinge mit Zielland »Deutschland« kamen lange Zeit vom Balkan (gegen diese Gruppe richtet sich vorrangig die Debatte zur Beschleunigung von Abschiebungsverfahren). Pressemeldungen zufolge sei die Zahl der Flüchtlinge aus den Balkanländern inzwischen stark gesunken, demnach stammten im Februar noch mehr als 42 Prozent aller Asylbewerber in Deutschland aus dem Kosovo, im Juli jedoch habe die Quote unter 1,6 Prozent gelegen (taz am 1.9.2015). Aktuell stellen den größten Anteil die Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg, weitere Gruppen kommen aus Irak, Afghanistan und aus Afrika. Weltweit, so UNHCR auf Basis der gestellten Asylanträge, flohen grenzüberschreitend im 1. Halbjahr 2015 die meisten Menschen aus Syrien (127196), Afghanistan (78363), Serbien und Kosovo (73711).

Derzeitige Migrations- bzw. Fluchtwege sind das Mittelmeer und die sogenannte Balkanroute. Beide sind »illegalisiert«: Es gibt z.B. jede Menge Fährrouten über das Mittelmeer, doch die EU-Verordnung 2001/51/EG bedroht Transportunternehmen, wenn sie Menschen befördern, die keine »Aufenthaltsberechtigung« für ihr Zielland haben und dort auch kein Asyl erhalten, mit hohen Strafzahlungen und Kostenerstattung für Unterbringung, Verwaltung und Rücktransport. Aus solchen Zwangslagen beziehen die sogenannten Schleuser ihren Profit: Die Kriminalität dieser Organisationen lebt von der Kriminalisierung der Migration und der Fluchtwege. Das Grenzregime der EU haben wir ausführlich dargestellt in Arpo 1/2014: *»EU-Grenzregime: Wirtschaftskraft stärken, Fachkräfte anwerben, das Elend von der Tür weisen«*.

Zu den aktuellen Brennpunkten der Fluchtbewegungen

Balkanstaaten: Jugoslawien hatte sich im Verlauf des Zweiten Weltkriegs weitgehend selbständig, wenn auch nicht unabhängig vom internationalen Kräfteverhältnis, von faschistischer Besetzung befreit. Der anschließende Aufbau sozialistischer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse vollzog sich infolge des Konflikts mit der Sowjetunion als riskante Gratwanderung zwischen Ost und West. Unauflöslich verbunden mit dieser Aufbaustrategie war der Versuch, die kleinen Balkanvölker in einer festen Föderation zusammenzuführen, die in der Lage sein sollte, soziale Sicherheit zu gewähren, Wohlstand zu entwickeln und nach außen zu sichern. Dieser Weg endete ungefähr zeitgleich mit der Blockkonfrontation in Europa (vgl. Arpo Nrn. 4-5/1989 und 5/1991). Mit der Wirtschaftskrise, dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Verlockungen eines Beitritts zur westlichen Welt (später konkretisiert in der EU) brachen historische nationale Egoismen und Konflikte wieder auf. Die Staaten des Westens bzw. der Nato erkoren einen davon, den serbischen Nationalismus, zum Hauptgegner und entwickelten hieran eine Strategie, den von innen heraus begonnenen Zerfall Jugoslawiens zum bitteren Ende zu führen (vgl. Arpo Nrn. 4/1995, 2/1999 und 3/1999).

Heute besteht die Westbalkanregion aus zwei Staatengruppen: Slowenien und Kroatien, die es als Mitglieder der EU-Peripherie zu einigermaßen stabilen Verhältnissen gebracht haben, und dem Rest – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Mazedonien, dazu Albanien –, der weiter in Armut und Perspektivlosigkeit steckt. So beträgt etwa im Kosovo die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen 70 Prozent, unter erwerbsfähigen Roma gar 100 Prozent. Allein in Serbien sollen sich noch immer 223.000 »Binnenflüchtlinge« aus den Kriegen und Vertreibungen der neunziger Jahre befinden. Am Beispiel des Zerfalls Jugoslawiens zeigen sich die enge Verschmelzung innerer und äußerer Faktoren einer schweren Krise, letztlich die desaströsen Folgen »westlichen« Eingreifens für die Menschen vor Ort.

Syrischer Bürgerkrieg: Die Krise in Syrien ist im Zusammenhang mit der im gesamtarabischen Raum zu sehen. Sie speist sich mindestens aus folgenden Hauptquellen: dem Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan und im Irak, das islamische Bewegungen mit betont antiwestlicher Stoßrichtung verstärkte, unter denen der »Islamische Staat« (IS) schließlich die dauerhafteste Wirkung entfaltete; dem sogenannten Arabischen Frühling, in dessen Verlauf sich ab 2011 auch in Syrien eine bürgerliche Opposition formierte; die kurdische Autonomiebewegung in Nordsyrien, die den Konflikt zu ihren Gunsten zu nutzen verstand; dem Eingreifen der Türkei, die vor allem eine kurdische Staatsbildung in der Region verhindern will, durch Waffenlieferungen und logistische Unterstützung an oppositionelle militärische Milizen bis hin zum IS; dem Bemühen der russischen Regierung, Assads Regime als Verbündeten und Stützpunkt (aus sowjetischen Zeiten stammend)

in der Region zu halten; schließlich aus den Rivalitäten des Iran, der libanesischen Hisbollah und der Golfmonarchien um Einfluss in diesen Kämpfen. Das alles führte zu einer unübersichtlichen Gemengelage unterschiedlichster Kräfte, der völligen Zerstörung großer Teile des Landes einschließlich großer Städte und zu einer Kriegslage, deren Ende nicht absehbar scheint. Aus Syrien, einem ehemals wohlhabenden Land, das mittlerweile in Schutt und Asche liegt, kommt daher seit längerem der zweitgrößte, aktuell größte Teil der Flüchtlinge nach Deutschland.

Irak/Afghanistan: Auch bei diesen Ländern handelt es sich um solche, die zu gewissen Zeiten als periphere, wenn auch sehr unsichere Verbündete der Sowjetunion galten und in den Fokus der USA und ihrer »Koalition der Willigen« in der geostrategischen Auseinandersetzung gerieten. In Afghanistan bildeten sich starke islamistische Gruppen wie Al Khaida und Taliban, in Irak war der Gegner die ambionierte Machtclique um Saddam Hussein. Beide zusammen wurden schließlich – ohne ausreichende Belege – für den Terroranschlag in New York vom 11.9.2001 verantwortlich gemacht und einzeln geschlagen. Die jeweiligen Kriegsmaßnahmen der USA und ihrer Verbündeten waren rasch erfolgreich, der Versuch eines dauerhaften »nation building«, also der Einrichtung eines stabilen kapitalistisch-bürgerlichen Staatswesens, scheiterte dagegen völlig und ließ diese Länder als weitere Krisenherde zurück. Im Irak wurde unter und nach der US-amerikanisch/britischen Besatzung die vorherige sunnitische in eine schiitische Dominanz verkehrt, im Gegenzug bildete sich hier der IS (vgl. Arpo Nr. 4/2014), der später auch im syrischen Bürgerkrieg auftauchte und bis Nordafrika ausstrahlt, und auch schiitische Milizen wurden aktiv. In Afghanistan droht nach wie vor die Wiederkehr der Taliban-Herrschaft.

Afrika: Hier ist zunächst die Geschichte zu beachten, die den afrikanischen Kontinent in eine nahezu perspektivlose Position am kapitalistischen Weltmarkt brachte: Sklavenhandel, Kolonialismus, Befreiungs- und Bürgerkriege, postkoloniale Abhängigkeiten etc. In der hier gebotenen Kürze können wir dies nicht weiter ausführen, aber es ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis der Zusammenhänge, dies als Hintergrund präsent zu haben. Auch die Gegenwart können wir hier nur mit Stichworten skizzieren: Plünderung der Fischbestände durch internationale, industriell arbeitende Fangflotten, Abbau von Rohstoffen und Abholzung der Wälder ohne Entwicklung einer eigenen Industrie, Freihandelsverträge mit der EU, die unter ungleichen Voraussetzungen die heimischen Märkte kaputt machen, Strukturanpassungsprogramme des IWF etc. Flüchtlinge kommen derzeit vor allem aus Westafrika sowie Somalia, Eritrea und Äthiopien im Osten. Der Fluchtweg über das Mittelmeer hat bereits tausende Menschenleben gefordert. Damit fällt der Blick nicht nur auf das europäische Grenzregime, sondern auch auf das zentrale Transitland in Nordafrika: Libyen. Das Regime Gaddafis, obwohl in früheren Jahren als »antiwestlich« verschrien, wurde in den 2000er Jahren als Partnerland zur Regulierung des Fluchtweges geschätzt (Verträge zwischen Italien und Libyen). Im »Arabischen Frühling« durch Aufstände schwer erschüttert, wurde es jedoch fallengelassen und mithilfe eines Bombenkrieges der USA, Großbritanniens und Frankreichs vernichtet. Seitdem herrscht auch in Libyen eine Situation des staatlichen Zerfalls und des islamistischen Terrors wie in Syrien und Irak. Die nordafrikanische Mittelmeerküste (siehe auch Tunesien) wird zunehmend destabilisiert, und auch hier setzt sich der IS fest und strahlt von dort bis Nigeria aus. 11.10.2015 ■

Nach einer Griechenlandreise, Herbst 2015: Was bleibt?

Der 5. Juli 2015 – Höhepunkt und Ende der Illusionen

Ende Juni erklärte die griechische Regierung, sie könne die fälligen Zahlungen an den IWF nicht mehr bedienen. Gleichzeitig kündigte sie ein Referendum für den fünften Juli an, in dem sie das Volk fragen wolle – was eigentlich? Das blieb lange unklar. Schließlich formulierte die Regierung die Frage, ob man den Vorschlag der Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF vom 25. Juni (der aus harten Auflagen bestand) annehmen wolle oder nicht. Tsipras rief dazu auf, mit »Oxi« (Nein) zu stimmen. Von einem Euro-Austritt war also nicht die Rede.

In der Arbeiterpolitik 1/2 2015 hatten wir nach dem Syriza-Wahlsieg im Januar geschrieben: »*Es kann durchaus sein, dass über kurz oder lang die Regierung vor der Alternative stehen wird: weiterhin sich vor den Forderungen der Gläubiger zu beugen oder sich zu verweigern.*« (S.3) Dieser Moment schien nun gekommen zu sein, »Oxi« zu sagen gegenüber dem ausländischen Diktat, wie das der griechische Diktator Metaxas gegenüber dem italienischen Ultimatum 1940 gemacht hatte. In Griechenland ist dieser Tag als »Oxi-Tag« bis heute Nationalfeiertag. Jeder weiß also, was »Oxi« bedeutet (Näheres dazu siehe Kasten).

In der letzten Arpo Nr. 3/2015 haben wir ausführlich beschrieben, wie sich die politische Lage vor dem Referendum gesellschaftlich polarisierte. Es wurde offensichtlich, dass es bei dem Referendum nicht mehr um die eingangs gestellte Frage ging, sondern um eine Grundsatzentscheidung: Soll sich Griechenland weiter unterwerfen oder soll es seine Würde und Unabhängigkeit bewahren?

Viele, die mit uns sprachen, erzählten uns, dass es den Leuten vorrangig um diese Punkte ging, die eng mit der griechischen Geschichte verbunden sind. Wurde Griechenland doch seit seiner Unabhängigkeit von einer herrschenden Klasse regiert, die sich ihre Macht durch ausländische Mächte sicherte. Und wenn ihre Macht in Gefahr war wie 1944, dann ließ sie den Widerstand mit ausländischer Hilfe (Großbritannien und USA) zusammen schießen. Würde und Unabhängigkeit sind zentrale Werte für viele Griechen, nur nicht für ihre herrschende Klasse. Und dieser Gegensatz brach auf: Ja oder Nein zur Unterwerfung war eine Klassenfrage. Der Euroaustritt spielte in diesem Zusammenhang eher eine Nebenrolle in dem Sinne: Wenn wir »Nein« zur Unterwerfung sagen und sie uns dann aus dem Euro schmeißen, dann schmeißen sie uns eben raus. Diese Haltung erklärt den auf den ersten Blick widersprüchlichen Befund, dass über 70 Prozent der Griechen die Spardiktate ablehnen, aber gleichzeitig 70 Prozent im Euro bleiben wollen.

Entgegen aller Prognosen, die auf einen knappen Ausgang mit wahrscheinlicher Mehrheit für ein »Ja« hindeuteten, gab es eine klare Mehrheit für das »Ochi« mit über 61 Prozent. Auf dem Syntagma-Platz trafen sich Tausende und lagen sich in den Armen. Das Volk hatte gesiegt. Was würde jetzt kommen?

Die Wende

Noch in der Nacht trat Tsipras vor die Fernsehkameras und verkündete das Unerwartete: Er werde mit den anderen Parteien, die für das »Ja« geworben hatten, ein Bündnis schließen, um so geeint zu den Verhandlungen nach Brüssel zu fahren. Er drehte also das Ergebnis des Referendums um zu einem Verhandlungsmandat für ein neues »Hilfspaket«. Eine Woche später unterschrieb er die Kapitulationsurkunde – damit eine Vereinbarung, die noch härtere Auflagen enthielt als der Vorschlag vom 25. Juni, der ja gerade mit dem Referendum abgelehnt worden war.

Wie Waschmittelwerbung: Der Text des Syriza-Wahlplakates hinter der Bettlerin: *»Machen wir Schluss mit dem Alten, kümmern wir uns um das Morgen«*

Für die Unterstützer und Kämpfer für den Sieg des »Ochi« brach eine politische Welt zusammen. Zu der seit Jahren anhaltenden ökonomischen Depression gesellte sich nun die politische Depression. Die aktiven und kämpferischen Elemente in Syriza aus den sozialen Widerstandsstrukturen verließen Syriza in Scharen.

Aber es gab keinen sichtbaren Widerstand, keine Massendemonstrationen oder Massenversammlungen gegen die Regierung. Wie konnte es zu diesem Ergebnis kommen? Warum konnten Tsipras und die engere Syriza-Führung dieses Manöver erfolgreich durchziehen, ohne dass sie von einem Sturm der Entrüstung weggefegt wurden? Denn den gab es ja nicht, nur lähmendes Entsetzen.

Das Ende einer Entwicklung

2010 war Griechenland bankrott und musste das erste Gläubigerdiktat (griechisch: Memorandum) hinnehmen (Kürzungen und Aufhebungen der Arbeiterrechte, über die wir in der »Arbeiterpolitik« ausführlich berichtet haben, zuletzt in 3/2015). Von 2010 bis 2012 hatte es an die 30 Generalstreiks, unzählige Demonstrationen gegeben. Gebracht hatten sie alle nichts, die Diktate und Kürzungen wurden keinen Millimeter zurückgenommen. Im Gegenteil, es kam das zweite »Hilfspaket« mit weiteren Einschnitten.

Dann kamen die Juniwahlen 2012 mit zwei bemerkenswerten Resultaten: der Aufstieg der Neonazi-Partei »Goldene Morgenröte« von 0,3 auf etwa sieben Prozent. Und der

Wahlerfolg von Syriza mit 27 Prozent zur zweitstärksten Partei von vorher um die 3,5 Prozent.

Mit Syriza zog ein Teil des Massenwiderstandes der Jahre zuvor ins Parlament ein. Syriza hatte sich aktiv z.B. an der Syntagma-Platzbesetzung 2011 beteiligt. Syriza war der Ausdruck des Widerstands gegen die Spardiktate. Was uns im Herbst 2012 auffiel und was sich in den nächsten Jahren bestätigte, war, dass die massenhaften Proteste und Streiks nicht mehr in der Form wie zuvor stattfanden. Viele berichteten damals, dass die Menschen müde und resigniert seien, weil die ganzen Aktionen nichts gebracht hätten. Was sich entwickelte, waren Selbsthilfe-Strukturen wie solidarische Kliniken, Nachbarschaftszentren, Lebensmittelmärkte, Genossenschaften, aus der Not geboren, um das Überleben zu sichern. Bewundernswert, nachahmenswert. Aber sie blieben begrenzt angesichts des Massenelends. Es gab einen besetzten Betrieb, Vio.Me in Saloniki, aber er blieb allein.

Im Nachhinein kann man feststellen, dass sich die ermattete Bewegung einen parlamentarischen Arm verschafft hatte, eben Syriza, und darauf vertraute, dass bei einem allfälligen Regierungssturz eine Syriza-Regierung die Veränderungen erreichen könnte, die die Massenbewegung 2010 bis 2012 nicht geschafft hatte. Das verstärkte sich noch nach der Wahl im Januar 2015, als Syriza die stärkste Partei wurde und zusammen mit ANEL die Regierung übernahm. Bei unseren Gesprächen im September 2014 hatten eigentlich alle gesagt, ein Erfolg einer Syriza-Regierung hänge von der Mobilisierung auf der Straße ab. Nur wenn diese genug Druck entfalte, könne sie verhindern, dass die Regierung der Erpressung durch die Gläubiger nachgebe.

Nun, diese Massenmobilisierung fand nicht statt. Als die Regierung im Februar dieses Jahres ein erstes Gläubigerabkommen unterzeichnete, gab es zwar jede Menge Kritik von links, aber keine Massen auf der Straße. Als die Syriza-Regierung die Kassen der Kommunen, der Rentenversicherung und anderer staatlichen Institutionen räumte, um die Kredite zu bedienen, gab es keinen nennenswerten Widerstand.

Im Grunde lag alles in den Händen der Verhandlungsdelegation der Regierung, und alle verfolgten erwartungsvoll das Schauspiel auf der europäischen Bühne. Tsipras ging diesen parlamentarischen, institutionellen Weg bis zum Ende, in der Hoffnung irgendwoher Unterstützung zu bekommen, sei es aus Italien, aus Frankreich oder Spanien. Als diese nicht kam, war er mit seinem Latein am Ende. Ein Austritt aus der Eurozone oder gar aus der EU stand aber nie in seinem Lateinbuch.

Insofern ist Tsipras kein »Verräter«, was viele jetzt von ihm in ihrer Enttäuschung sagen. Dass die enge Mannschaft um Tsipras die Partei ausschaltete, indem systematisch ihre Gremien umgangen wurden, kann man, wie es manche tun, als Putsch bezeichnen. Allerdings gehören zu einem Putsch immer zwei Akteure: die Putschisten und die, die den Putsch hinnehmen.

Die europäische Dimension

Wenn man von einer Kapitulation der griechischen Regierung und einer Niederlage der griechischen Widerstandsbewegung spricht, so ist gleichzeitig zu sagen, dass die ganze europäische Linke eine Niederlage erlitten hat, zumindest insofern sie den Kampf von Syriza als wichtigen Kampf angesehen hat. Syriza ist ja nicht nur an sich selbst gescheitert, sondern auch, weil sie keine nennenswerte Unterstüt-

»Ochi«

Der Hintergrund des griechischen National-Feiertags

»Ein ›stolzes Nein‹ hat die griechische Regierung von den Bürgern ihres Landes eingefordert, wenn sie am kommenden Wochenende in dem Referendum über die Forderungen ihrer Geldgeber abstimmen. Der markante Satz, den Gabriel Sakellaridis, Sprecher der Regierung Tsipras, in einem Interview mit Bedacht aussprach, ist nicht aus der aktuellen Situation geboren. Vielmehr bringt er Emotionen zum Schwingen, die zum Kernbestand der nationalen Identität gehören. Am 28. Oktober 1940 antwortete der Diktator Ioannis Metaxas *auf ein italienische Ultimatum mit ›Nein‹ (gr.: Ochi). Seitdem feiern die Griechen den Ochi-Tag; heute ist er der zweitwichtigste Nationalfeiertag nach dem 25. März, dem Beginn des Aufstands gegen die Osmanen 1821.«* (Die Welt, 29.6.15; http://www.welt.de/geschichte/article143262788/Der-griechische-Kult-des-Nein-Sagens.html)

Die griechische Regierung aus Syriza und ANEL stellte sich also vor dem Referendum am 5. Juli 2015 in eine nationale Tradition. Wohlgemerkt in eine **nationale** Tradition, denn der »Oxi-Tag« am 28. 10. wird in Griechenland wie weltweit als ein bürgerlicher Heldengedenktag begangen. Gerne wird Churchill zitiert: *»Von nun an müssen wir nicht mehr sagen: ‹Die Griechen kämpfen wie Helden›, sondern: ‹Die Helden kämpfen wie Griechen›!«* Während in vielen Ländern, die vom 2. Weltkrieg betroffen waren, das Kriegsende ein Feiertag ist, ist es in Griechenland der Kriegsanfang, weil das Kriegsende in Griechenland der Beginn eines Bürgerkriegs war, in dem die alte herrschende Klasse mit Hilfe Großbritanniens und der USA den griechischen Widerstand zusammenschoss. Daran wird nicht so gerne erinnert.

Verschwiegen wird, dass die herrschende Klasse Griechenlands sich während der Nazi-Besatzung überwiegend als Kollaborateur betätigte, während die Bevölkerung die größten Opfer infolge von Hungersnot, Massakern und Partisanenkrieg brachte.

Verschwiegen wird von bürgerlicher Seite auch bei der Erinnerung an das »Oxi« Metaxas', dass dieser ein den Faschismus Mussolinis und Hitlers bewundernder Militärmachthaber war. Sein System war der »Neue Staat«, die »Dritte Griechische Kultur« (nach Antike und Byzanz), also eine Ständestaatsideologie, wie sie ähnlich Mussolini und Franco vertraten. Sie wurde umgesetzt mit Verbot der Gewerkschaften durch Zwangsorganisationen, Verfolgung der Kommunisten, Gleichschaltung der Presse, Aushöhlung des parlamentarischen Systems etc.Wichtig für sein »Nein« waren innenpolitisch der Druck der Bevölkerung und außenpolitisch die Abhängigkeit Griechenlands von Großbritannien. Er starb im Januar 1941, so dass er beim Angriff der deutschen Wehrmacht nicht mehr dabei war.

Wir hatten in Nr. 1/2 2015 die Syriza/ANEL-Regierung als »patriotische« bezeichnet und nicht als Klassenregierung. Dieser Charakter zeigte sich ganz deutlich bei den Aufrufen zum Referendum. Sie waren eindeutig ein Aufruf an die bürgerlichen Kräfte, die Regierung zu unterstützen. Diese reagierten aber ganz anders, sie strömten nämlich zu Zehntausenden ins Panathinaikos-Stadion um für ein »Ja« zu demonstrieren. Dagegen reagierten dann die Krisenverlierer, vor allem die jungen Menschen, mit ihrer Massenkundgebung auf dem Syntagma und mit ihrer Stimmabgabe für das »Oxi«. Aus der nationalen Frage war so eine Klassenfrage geworden. Damit war einem »nationalen Oxi« die Grundlage entzogen und Tsipras musste »Nai« (Ja) sagen. ■

Ehemalige Einkaufsstraße in Livadia: alle Läden geschlossen, leer.

Im Zentrum von Athen: geschlossene Läden, leer.

zung aus anderen europäischen Ländern bekommen hat. In keinem Land, am allerwenigsten hier in Deutschland, gelang es, die eigene Regierung so unter Druck zu setzen, dass sie der griechischen Regierung in den Verhandlungen zur Seite gestanden hätte. Das Austeritätsdiktat der deutschen Regierung hat sich – zwar als Pyrrhussieg (vgl. Arpo 3/15) – auf ganzer Linie durchgesetzt. **Der Erklärung der deutschen Gewerkschaftsvorstände vom Februar –»Syriza – eine Chance für Europa« – folgte z.B. kein einziger praktischer Schritt.**

Als kurz vor den Neuwahlen am 20. September Gregor Gysi von der Linken, Ska Keller von den Grünen und Pablo Iglesias von Podemos in Spanien zur Unterstützung von Syriza in Athen auftraten, erinnerte uns diese Veranstaltung an das Streikende bei der Verpackungsfirma Neupack im Januar 2013 in Hamburg. (siehe Arpo 1/2 und 4/2015). Damals beschloss die IG BCE den Streik abzubrechen und die Belegschaft zu einem »Flexistreik« wieder in den Betrieb zu schicken. Ausgerechnet in diesem Moment der Niederlage mobilisierte der DGB Hamburg zum ersten und einzigen Mal – nach über zwei Monaten Vollstreik!–, um für die Neupack-Kollegen mit Fackeln den Weg zurück in die Fabrik zu beleuchten. Man versuchte so die eigene reale Macht- und Kraftlosigkeit zu verschleiern.

Am Abend der Stimmenauszählung nach der Wahl: An den Partei-Zelten von ND (links) und PASOK (rechts) herrscht gähnende Leere.

Die »Volkseinheit«

Sie konstituierte sich im August aus ausgetretenen Mitgliedern von Syriza, besonders aus der früheren »Linken Plattform« um den zurückgetretenen Umwelt- und Energieminister Lafazanis. Ähnlich wie Syriza früher besteht sie aus verschiedenen Gruppen (insgesamt 18), die sich auf ein gemeinsames Wahlprogramm für den 20.9. geeinigt hatten. Bei einem Gespräch nahmen wir mit: Ihrer Analyse dessen, was passiert ist, ist weitgehend zuzustimmen. Z.B. dass die Regierung in ihren Verhandlungen mit der Troika niemals einen „Plan B“ hatte für den Fall, dass die Gegenseite nicht nachgeben würde. Auch betonten sie den Putsch innerhalb Syrizas.

Ihrem Selbstverständnis nach begreifen sie sich als die »alte Syriza«, die am Kurs gegen die Spardiktate festhalte, weiterhin Anti-Memorandums-Partei sei. Dagegen habe die »neue Syriza« alles das verlassen, wofür sie einmal angetreten sei, nämlich Erleichterungen für die Bevölkerung durchzusetzen und gegen die Sparprogramme zu kämpfen.

Ihre Perspektive sehen sie in der Arbeit in den sozialen Widerstandsstrukturen, um langfristig wieder in der Lage zu sein, »eine Mehrheit im Parlament zu erringen«. Sie wollen also den Weg, den Syriza bisher gegangen war, über parlamentarische Mehrheit, Regierungsverantwortung, und Verhandlungen mit den EU-Institutionen noch einmal gehen. Aber wieso sollte er diesmal erfolgreicher sein? Wieso sollten die Menschen »Syriza 2.0« wählen, wo doch »Syriza 1.0« schon nicht erfolgreich war?

Auch dass ihr Hauptwahlkampfziel der Austritt aus dem Euro war, sahen viele kritisch. Man dürfe das Refe-

Im Zentrum von Athen: geschlossene Läden, leer.

Am Syntagma-Platz, erste Adresse in Athen: Wohnung zu vermieten

rendum vom 5. Juli nicht als Votum für einen Euroaustritt werten, das sei nur ein Nebenaspekt gewesen. Andere kritisierten, dass die Volkseinheit keine klare Aussage dazu machte, welche Folgen ein Euroaustritt hätte.

Dass Tsipras die Wahlen so schnell ausgerufen hatte, lag auch nicht zuletzt darin begründet, dass er der von Syriza abgespaltenen Volkseinheit keine Zeit lassen wollte, sich als Partei aufzustellen und bekannt zu machen. Hierin war er erfolgreich, denn sie kam nur auf 2,85%.

Die Wahlen vom 20.9.: Syriza gewinnt erneut

Dass Syriza gewinnen würde, kam für uns etwas überraschend, nicht unbedingt für unsere griechischen Kollegen. Sie wussten, dass die alten korrupten »Systemparteien« PASOK und Nea Demokratia von den bisherigen oder zukünftigen Krisenopfern nicht gewählt werden würden. Schließlich haben diese in ihren Augen das ganze Schlamassel zu verantworten. Syriza gilt zum einen als nicht korrupt, zum anderen wird ihr angerechnet, dass sie gekämpft habe, wenn auch erfolglos. Es war aber allen klar, dass sie, egal was sie am Wahltag tun würden, das Memorandum (»Hilfspaket« vom 13. Juli) wählen würden. Sicherlich hoffen einige darauf, dass Syriza an der Regierung das eine oder andere Schlupfloch finden würde. Das wird wohl Illusion bleiben, da diesmal die Abmachungen vorsehen, dass die griechische Regierung alle Gesetzesvorhaben vierwöchentlich in Brüssel absegnen bzw. korrigieren lassen muss, bevor eine neue Tranche aus den »Hilfsgeldern« freigemacht wird.

Syriza wurde also im Wesentlichen als »kleineres Übel« gewählt. Ein genauerer Blick auf die Wahlresultate zeigt, dass alle Parteien aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung auf historisch niedrige ca. 55 Prozent (Januar ca. 63 Prozent) an absoluten Wählerstimmen verloren haben. Syriza alleine verlor etwa 300.000 Stimmen. Es interessierte sich auch öffentlich kaum jemand für die Wahlen, die Kneipen mit Wahlen im Fernsehen waren leer, ebenso wie die Parteizelte im Zentrum. Was sollte auch gefeiert werden?

Ein Kollege aus dem früheren Werftenviertel Perama meinte vor den Wahlen: Es gebe kein linkes Memorandum, es gebe kein rechtes Memorandum, es gebe nur das Memorandum. Und dieses muss jetzt Syriza umsetzen. Dabei wird sie gerade diejenigen angreifen müssen, die bisher noch relativ ungeschoren davon gekommen sind: Diejenigen mit Renten über 1000 EUR werden von Kürzungen, die staatlichen Beschäftigten von Entlassungen betroffen sein, die öffentlichen Betriebe werden von einer Treuhandanstalt an Privatinvestoren verscherbelt werden, die zuallererst an die Löhne und Arbeitsplätze herangehen werden; usw. D.h. Syriza wird eine Regierung sein, der zunehmend ihre soziale Basis abhandenkommen wird. Das muss zu ihrer weiteren Zersetzung führen, wenn sie die Sparpolitik durchziehen muss unter Zuhilfenahme der alten korrupten »Systemparteien«.

Auch etwas überraschend war, dass die faschistische »Goldene Morgenröte« absolut auch an Stimmen verlor, wenn sie auch ihre sieben Prozent halten konnte und damit drittstärkste Fraktion wurde. Dass das nicht so bleiben wird, wenn Syriza den Menschen weitere Opfer abverlangen und sie nicht mehr schützen wird, kann man vermuten.

Perspektive

Die Hoffnung vieler europäischer Linker, dass Syriza Europa verändern oder erneuern könne, hat sich als Illusion erwiesen. Dass sich diese Hoffnung als Illusion erweisen musste, das wussten auch Schäuble und Merkel, die auch deshalb hart blieben. Es durfte keine Nachahmer geben.

Für den griechischen Widerstand ist das Aufwachen bitter, die Hoffnung auf einen parlamentarischen Ausweg zerstört. Was bleibt, ist Scherben aufsammeln, Neuaufbau, denn die Umsetzung des neuen Sparpakets beginnt jetzt nach den Wahlen – mit mehr Härten und Schlägen als bisher.

Für uns ist die Solidarität mit der griechischen Bevölkerung damit nicht am Ende. Es ist ja klar, dass die Herrschenden einen Etappensieg errungen haben, aber ebenso klar ist, dass der nächste Kriseneinbruch in einem europäischen Land oder in mehreren nur eine Frage der Zeit ist. Bis jetzt waren wir zu schwach, in den Gewerkschaften z.B. so viel Druck zu entwickeln, dass aus den leeren Worten der Gewerkschaftsvorstände konkrete Schritte geworden wären. Die Krise wird auch hier Opfer fordern, sei es bei VW nach dem Abgasskandal, seien es die anstehenden Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich und die Steuererhöhungen wegen der Versorgung der Flüchtlinge. Schuldenbremse und Flüchtlingsversorgung passen nicht zusammen. Das gilt noch viel mehr für Griechenland, dessen Staatshaushalt jetzt noch mehr zusammen gestrichen wird und das gleichzeitig Zehntausende von Flüchtlingen versorgen soll, damit sie nicht nach Norden weiterziehen.

Eine wichtige Lehre aus den griechischen Erfahrungen ist: Bleibt eine Widerstandsbewegung in einem Land auf sich allein gestellt, wird sie unterliegen. Diese Erkenntnis müssen wir verbreiten und praktisch werden lassen.

10.11.15 ■

Tarifrunde 2015 im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) Teil 1

Neue Kampferfahrungen aufarbeiten – gewappnet sein für den nächsten Gang

In der Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst ging es um Grundlegendes, und zwar um eine höhere Eingruppierung und damit eine bessere Bezahlung der Beschäftigten. Ver.di begründet die Notwendigkeit der deutlichen Aufwertung mit der »gestiegenen Bedeutung der Sozial- und Erziehungsb*erufe für die Gesellschaft und damit den Leistungen der Beschäftigten…Mit ihren Leistungen unterstützen die Beschäftigten…Eltern, Kinder und Menschen mit besonderem Hilfsbedarf darin, ihre Grundrechte zu wahren und zu realisieren. Das reicht von der Unterstützung zur Führung eines würdevollen Lebens, beispielsweise durch Seniorenberatung und Behindertenhilfe, über das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit bis zum Recht auf Bildung beispielsweise in Kindertageseinrichtungen. … Die hohe Arbeitslosigkeit und die steigende Zahl von Geringverdienern, zunehmende Kinderarmut und Perspektivlosigkeit von Jugendlichen, veränderte Familienkonstellationen verweisen auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen, in denen soziale Arbeit in ihrer unterstützenden Funktion noch bedeutsamer geworden ist. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen[1] und Sozialpädagogen leisten hierbei wesentliche Hilfestellungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Integration von Behinderten in die Gesellschaft, im Besonderen in die Arbeitswelt, ist ein wichtiger Gradmesser für eine soziale Gesellschaft. In den Einrichtungen und Werkstätten wird hierfür grundlegende Arbeit geleistet. …Sie arbeiten hoch motiviert und engagiert, sie haben hohe Qualifikationen, und sie leisten Außerordentliches. Hierfür gebührt ihnen ein hohes Maß an Anerkennung für ihre tägliche Arbeit.*

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Die Arbeitsverdichtung all dieser Beschäftigtengruppen hat immer mehr zugenommen. Die Anerkennung durch eine entsprechende Bezahlung ist ausgeblieben.«[2]

Die Arbeitsbedingungen

haben sich zu Lasten der Beschäftigten verändert. Die Hans-Böckler-Stiftung stellt aufgrund der von ihr in Auftrag gegebenen Studien zusammenfassend fest, dass die Arbeitsanforderungen an ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen besonders stark gestiegen ist.

Danach kommen die Wissenschaftlerinnen eines Forschungsprojekts am Bundesinstitut für Berufsbildung in ihrer Untersu-chung zu der Feststellung, dass es sich bei den ErzieherInnen um eine »*besonders belastete Berufsgruppe*« handelt. Mit den Inhalten ihrer Tätigkeit sind sie zufriedener als Beschäftigte in anderen Berufen. *»Doch gleichzeitig wird ihre Tätigkeit fachlich zunehmend anspruchsvoller, die körperlichen und psychischen Belastungen sind groß. Das gilt insbesondere für Lärm, die Notwendigkeit, in auf Dauer schmerzhaften Positionen zu arbeiten, die Anforderung an Multitasking und den Kontakt mit Krankheitserregern und Rahmenbedingungen, wie die Bezahlung, stimmen nach Einschätzung der Erzieherinnen und Erzieher in ihrem Beruf oft nicht. Fast die Hälfte der befragten ErzieherInnen ist mit der Bezahlung weniger oder gar nicht zufrieden.«* Das Tübinger Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur befragte Kommunalbeschäftigte. Die Befragung bei Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (Kindertagesstätten, Ganztagsschulen, Beratungsstellen, Jugendeinrichtungen, Heimen oder Behinderteneinrichtungen) ergab, dass für 75 Prozent der ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen die ihnen abverlangten Leistungen sehr stark zugenommen haben. Als wichtigen Grund benennen die Beschäftigten die zunehmend wachsenden Aufgaben und den Stellenabbau. Die gestiegenen Anforderungen im Erziehungsdienst sind den steigenden gesellschaftlichen Ansprüchen an die Qualität der vorschulischen Erziehung geschuldet und im Bereich der Sozialarbeit durch die Zunahme psychisch belastender Aufgaben. *»Mehr Personal und eine Aufwertung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst seien daher dringend notwendig.«*

Vorschulische Erziehung bzw. frühkindliche Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

sind seit Jahren in der öffentlichen Diskussion. Warum ist das so? Hierfür gibt es mehrere Gründe. Am 01.01.2008 trat das neue Unterhaltsrecht in Kraft. Darin wurden die Unterhaltsansprüche zwischen den Ex-Eheleuten stark reduziert. Bis dahin galt, dass der alleinerziehende Elternteil ab dem 8.Lebensjahr eine Teilzeit- und nach dem 15.Lebensjahr eine Vollzeitstelle antreten musste. Nunmehr gilt, dass Alleinerziehende wieder arbeiten müssen, wenn das jüngste Kind drei Jahre alt ist. Alleinerziehend sind vorwiegend Frauen. Bei vielen Arbeitnehmerfamilien reicht das Lohneinkommen eines Partners nicht mehr aus mit der Folge, dass Mann und Frau arbeiten gehen müssen.

Der Hauptgrund liegt jedoch in der enormen Nachfrage nach Arbeitskräften in nahezu allen Wirtschaftsbereichen, einschließlich des öffentlichen Dienstes. Nach Berechnungen des Bundesamtes stieg die Beschäftigung von Arbeitnehmern von 2006 bis 2014 gut 8,8 Prozent an. Auf die Differenzierungen nach sozialversichert Beschäftigen, Beschäftigungsumfang und der Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Mit der Verabschiedung des Kinderförderungsgesetz von Dezember 2008 trug die große Koalition 2005/2009 insbesondere der Nachfrage des Kapitals und der öffentlichen Arbeitgeber nach Arbeitskräften Rechnung.

Im Wesentlichen wurde der seit dem 01.08.2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr beschlossen. Gleichsam haben auch Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Für schulpflichtige Kinder hingegen ist ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten. Anspruch haben Erziehungsberechtige, die einen Job haben oder suchen, sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erhalten. Die Bundesregierung kam damit Alleinerziehenden und Elternteilen, die einer Ausbildung oder Arbeit nachgehen bzw.

1) im weiteren Text werden Sozialarbeiter u. Sozialpädagogen unter der Bezeichnung SozialarbeiterInnen zusammengefasst.
2) Tarifrunde für Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsdiensten – Aufwertung durch bessere Bezahlung, Berlin, im März 2015
3) Wv.
4) Erziehungs- und Sozialdienste: Arbeitsanforderungen besonders stark gestiegen, Hans-Böckler-Stiftung, 03.06.2015

Erste Tarifauseinandersetzungen

um die höhere Bewertung der Tätigkeiten der Beschäftigten im SuE wurden 1991 geführt. Unterstützt wurden die Verhandlungen von zentralen Kundgebungen. Das Ergebnis war für viele enttäuschend. Nach dieser Auseinandersetzung zogen sich insbesondere bis dahin aktive Sozialarbeiterinnen und SozialpädagogInnen zurück. Der nächste Versuch, der Streik um eine höhere Eingruppierung[5], wurde mittels der Rein-/Raus-Taktik vom 06.05.2009 bis zum 27.07.2009 geführt und fand während der härtesten Weltwirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Die diesjährige Auseinandersetzung hingegen wurde in einer Aufschwungsphase geführt. Diese spülte dem Öffentlichen Gesamthaushalt (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) im 1. Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 29,7 Mrd. EUR mehr ein. Die Steuerschätzung im Mai geht davon aus, dass die öffentlichen Haushalte von 2015 bis 2019 38,3 Mrd. EUR Mehreinnahmen zu verzeichnen haben werden. ■

wollen, entgegen. Familie und Arbeit sind seitdem etwas einfacher unter einen Hut zu bringen.

Bis 2013 sollte schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Unter-Dreijährige aufgebaut werden. Für die älteren, noch nicht schulpflichtigen Kinder, soll ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung stehen.

Verantwortlich für die Realisierung des Rechtsanspruches sind zuvorderst die Kommunen. Sie sind massiv an der Finanzierung des Ausbaus und Betriebes der eigenen Kitas sowie auch der freien und kirchlichen Träger beteiligt. Sie werden in der Finanzierung aller Kitas vom Bund und den Ländern unterstützt. Die Kosten sind dadurch bei weitem nicht gedeckt.

Die Forderungen der Gewerkschaften[6]

Für die Beschäftigen wurden die Verhandlungen von ver. di, der GEW und dem dbb Beamtenbund und Tarifunion gemeinsam geführt.
Ver.di forderte:

- Statusverbessernde Einkommenserhöhungen für die Beschäftigten im SuE durch Neuregelung der Eingruppierungsvorschriften und der Tätigkeitsmerkmale innerhalb der S-Tabelle im Umfang von durchschnittlich 10 Prozent.
- Zusätzliche Verbesserungen für die Behindertenhilfe.
- Zwingende Anerkennung aller Vorbeschäftigungszeiten bei der Stufenzuordnung.
- Belegbare Plätze, Gruppenzahl und Beschäftigtenzahl als alternative Heraushebungskriterien für Kita-Leitungen.
- Verbesserung der Eingruppierung bei nicht erfüllter Formalqualifikation (z.B. Einsatz von Sozialassistentinnen als Erzieherinnen).

Der dbb stellt zur Eingruppierung die gleichen Forderungen. Die GEW hat die Forderungen nicht so ausführlich konkretisiert. Im Verbund mit ver.di und dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit fordert sie eine höhere Eingruppierung. Damit soll eine Gehaltssteigerung von zehn Prozent erreicht werden. Im Vordergrund scheinen der GEW die Erzieherinnen zu stehen, für die ebenfalls die Eingruppierung in S 10 gefordert wird sowie die Beibehaltung der erreichten Erfahrungsstufe bei Höhergruppierung und Arbeitgeberwechsel.[8]

Die Konkretisierung der Forderungen wurde in ver.di auf Versammlungen der Kasseler Konferenz vorbereitet. Die Konferenz besteht schon seit mindestens 7 Jahren. An ihr nehmen Delegierte der öffentlichen, freien und kirchlichen Träger aus dem SuE teil. Die Kasseler Konferenz bereitete u.a. auch die Tarifrunde SuE 2009 vor und setzte ihre Arbeit zur Aufwertung der Sozialberufe 2011 fort.

Die Gegenseite: Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA)

Für die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) werden die Verhandlungen von der Lenkungsgruppe der VKA zur Entgeltordnung mit Vertretern des Gruppenausschusses der VKA für Verwaltung geführt.

Sie lehnte die Forderungen der Gewerkschaften rundweg ab und sah keinen Verhandlungsbedarf. Ihrer Auffassung nach nahm der SuE bereits eine Sonderstellung im Gehaltsgefüge des öffentlichen Dienstes ein. Danach erhielten Erzieher/-innen höhere Entgelte als andere Berufsgruppen mit vergleichbarer Ausbildung. Nach Thomas Böhle[9] (VKA) dauert die Ausbildung einer Erzieherin fünf Jahre. Sie leisten zwei Jahre ein Vorpraktikum ab, besuchen zwei Jahre die Fachakademie und leisten anschließend ein einjähriges Anerkennungspraktikum ab. Einen Nachholbedarf sah die VKA nicht, da wegen der Sonderregelungen 2009 die Entgeltsteigerungen in den vergangenen Jahren höher als die bei den anderen Beschäftigten waren. Wegen der schwierigen Lage der kommunalen Haushalte gäbe es keine Spielräume für überproportionale Kostensteigerungen. Sie befürchteten, dass bei den Kostensteigerungen der Rationalisierungsdruck in den Kitas mit der Folge von Beitragserhöhungen oder Einschränkungen der Betreuungsqualität wachsen würde.

Der wohl gewichtigste Ablehnungsgrund lag darin, dass das **Tarifgefüge** beachtet werden muss, denn die *»Arbeitgeber und Gewerkschaften verhandeln derzeit das Eingruppierungsrecht für alle rund zwei Millionen Beschäftigten der Kommunen, für die der Tarifvertrag TVöD gilt. Der Sozial- und Erziehungsdienst ist ein Teil hiervon. Es ist darauf zu achten, dass das Tarifgefüge insgesamt stimmig bleibt.«*[10] Während der Verhandlungen stellte Ulrich Mägde, Mitglied der Verhandlungsführung VKA, fest: *»…Es geht vor allem darum, dass wir alle die Erzieherinnen wertschätzen...Aber wir haben in unserem Kasten auch alle anderen Mitarbeiter vom Müllwerker bis zur Mitarbeiterin im Ausländeramt und bis zur Krankenschwester, und die sagen, wir wollen auch wertgeschätzt werden. Das heißt, das Gehaltsgefüge, was wir haben im öffentlichen Dienst, ist sehr breit aufgestellt, und wir können nicht nach 2009 eine Gruppe zum zweiten Mal höher bewerten so einfach, weil sonst bricht uns das alles auseinander…«* Wenn sie den Forderungen der Gewerkschaften nachgeben, dann öffnen sie sich auch für die Forderungen anderer Beschäftigtengruppen. Dies müssen sie von ihrem Standpunkt her gesehen mit aller Macht ver-

5) Über diesen Streik berichteten wir in der Arpo Nr. 02 und 03/2009 ausführlich; siehe auch: **Dokumentation – Zusätzliche Information** im Internet unter: www.arbeiterpolitik.de
6) vgl. Dokumentation – Zusätzliche Informationen
7) Fleyer: Mach mit für Anerkennung! Informationen zu den Tarifverhandlungen für den Sozial- u. Erziehungsdienst der Kommunen 2015, GEW, Frankfurt am Main, Februar 2015
8) Forderungen Nachdruck verleihen, GEW, Tarifinfo Nr. 2, März 2015
9) vgl. *»Der Kita-Streik könnte länger dauern«*, Interview mit VKA-Präsident, in: Stuttgarter Zeitung vom 19.05.2015
10) TARIFINFO der VKA, Sozial- und Erziehungsdienst, 24. 02. 2015

hindern. Nach unwidersprochener Feststellung der VKA orientieren sich die Träger der freien und kirchlichen Einrichtungen an den Abschlüssen im öffentlichen Dienst. Die Entgelte liegen vorwiegend unter den Abschlüssen im Öffentlichen Dienst. Für ver.di gilt der TVöD als »Leitwährung«. Die Gewerkschaften kalkulieren unwidersprochen damit, dass die Träger der freien und kirchlichen Einrichtungen den Abschluss nachvollziehen. Auch dies muss die VKA aus ihrer Sicht verhindern, da die Träger für die Verrichtung ihrer Dienstleistungen vorwiegend von den Kommunen bezahlt werden.

Der Hintergrund des Abblockens durch die kommunalen Arbeitgeber

Durch die Steuerentlastungen der Bundesregierungen seit 1998, insbesondere bei Vermögen und Kapitaleinkommen, entgingen den öffentlichen Haushalten bis 2013 gut 500 Mrd. EUR. **Das Einkommen der Kapital- und Vermögensbesitzenden darf selbstverständlich nicht angetastet werden! Über allem steht zudem das Diktum der schwarzen Null der Bundesregierung!** Die Gelder fehlen bezeichnenderweise den Sozialversicherungen, die zur sozialen Absicherung von Arbeitslosen, Kranken und Rentnern dienen, und in den Gemeinden. Die Kommunen *»haben die Aufgabe, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern... Neben freiwilligen Aufgaben müssen Kommunen auch zahlreiche Aufgaben wahrnehmen, die ihnen vom Bund oder von den Ländern übertragen werden«*[12] In der Finanzierung der Dienstleistungen, z.B. der Kinder- und Jugendhilfe, Flüchtlingshilfe, Infrastruktur etc., werden die Kommunen jedoch vom Bund und den Ländern weitgehend im Stich gelassen. Seit Jahren fordern die kommunalen Spitzenverbände eine bessere Finanzausstattung durch den Bund und die Länder. In der laufenden Bundestagsdebatte über die Kommunalfinanzen fordert der Deutsche Städtetag *»Bund und Länder auf, sich zügig auf eine Neuregelung der föderalen Finanzbeziehungen zu einigen und dabei die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Ziel müsse es sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sichern, die angekündigte weitere Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben bald abzusichern und die Investitionskraft der Kommunen dauerhaft zu verbessern.«*[13] Diesbezüglich mischte sich nach Beendigung des Streiks auch DGB-Chef Reiner Hoffmann ein. Er forderte *»finanzielle Entlastung der Kommunen, damit sie Kinderpfleger und Erzieher besser bezahlen könnten. Es gehe darum, den Wert Tausender Beschäftigter richtig einzupreisen, statt sich sklavisch hinter der ‚schwarzen Null' zu verstecken.«*[14]

Das Rückgrat des Streiks: die Eltern

Die Beschäftigten bestreikten die Einrichtungen der kommunalen Arbeitgeber und trafen insbesondere die Eltern. Ohne deren Unterstützung oder Duldung ist ein Streik in den Kitas nicht führbar.

Die Eltern sind in ihrer Mehrheit Lohnabhängige in unterschiedlichsten Arbeitsverhältnissen, was die Beschäftigungszeit betrifft. Sie sind darauf angewiesen, dass ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit sicher untergebracht sind, und machen von dem Angebot der Betreuung ihrer Kinder rege Gebrauch. Sie wurden von den Beschäftigten der Kitas mit Unterstützung der Gewerkschaften vor den Warnstreiks frühzeitig informiert. Berichten zufolge verlief dies besser als 2009. Das Gleiche gilt für den unbefristeten Streik. Sie zeigten Verständnis für die Forderungen der Kita-Beschäftigten und sahen zunächst auch ein, dass es ohne Streik nicht geht. Sie mussten die Aufsicht ihrer Kinder an Verwandte oder Freunde delegieren. Viele nahmen Urlaub. Verschiedene Kommunen richteten Notgruppen in Kitas ein. Eltern taten sich zusammen und versorgten abwechselnd ihre Kinder. Verschiedene Betriebe, die daran interessiert waren, dass sie keine Personalausfälle haben, ließen es auch zu, dass die Eltern ihre Kinder mit zur Arbeit bringen oder ihre Arbeitszeit flexibler gestalten. Ver.di war an verschiedene Betriebsräte mit der Bitte herangetreten, dass die Eltern ihre Kinder z.B. mit zur Arbeit bringen können. Dadurch wurde der Druck von einem Teil der Eltern und auch ein wenig von den ErzieherInnen genommen. Für dieses Entgegenkommen der Unternehmen bedankte sich der ver.di-Landesbezirk NRW ausdrücklich.

Trotzdem schlug die Zustimmung der Eltern ab Beginn der 3.Streikwoche merklich ins Gegenteil um. Zuvor forderten Eltern beide Seiten auf doch „endlich zu verhandeln". Kommunale Vertreter zeigten in der Regel Verständnis, taten aber so, als ob sie mit dem Arbeitgeberband gar nichts zu tun hätten. In den letzten beiden Wochen des Streiks protestierten Eltern vermehrt auch vor mehreren Rathäusern und forderten die Bürgermeister auf, den Streik zu beenden, indem sie ein Angebot machen. Es gab aber auch einzelne Bürgermeister, die die Forderungen der Streikenden unterstützten und dies gegenüber der VKA schriftlich dokumentierten. Die Aufforderung den Streik

Sozial- und Erziehungsdienst

Nach Angaben von ver.di arbeiten im SuE der kommunalen, freien und kirchlichen Träger insgesamt 722.533 Beschäftigte. Davon arbeiten rund 240.000 bei den öffentlichen Arbeitgebern. Die gewerkschaftlich Organisierten Beschäftigten der freien und kirchlichen Träger sind dem Fachbereich 3 (Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen) und gewerkschaftlich Beschäftigten der Kommunen sind Fachbereich 7 (Gemeinden) zugeordnet.
Nach Angaben der VKA waren 2013 rund 220.000 Beschäftigte bei Arbeitgebern mit VKA-Tarifbindung tätig. Davon entfielen rund 145.000 Beschäftigte auf die Kitas, rund 50.000 Beschäftigte auf die Sozialarbeit und rund 25.000 Beschäftigte auf die Behindertenhilfe (handwerklicher Erziehungsdienst).

Sie arbeiten u.a. als KinderpflegerInnen, ErzieherInnen, SozialassistentInnen, SozialarbeiterInnen, HeilpädagogInnen, der handwerkliche Erziehungsdienst in Kindertagesstätten, Behindertenwerkstätten, Heimen, Einrichtungen der Berufsförderung, Jugendfreizeiteinrichtungen und in sozialen Diensten.
Das Tarifgebiet des kommunalen SuE ist aufgesplittert in etliche Einrichtungen. So gab es bundesweit im März 2015 rund 18.034 Kitas in öffentlicher Trägerschaft. Die Kinder- und Jugendhilfe ohne Kitas umfasste Ende 2010 7.752 Einrichtungen, davon 6.736 Jugendhilfeeinrichtungen außerhalb der Jugendämter (z.B. Jugendzenten, Kinder- und Jugendheime, Beratungsstellen, Erziehungsheime) und 1016 bei den Jugendbehörden (davon u.a. 334 in Gemeinden ohne Jugendamt und 658 in Gemein-den mit Jugendamt). Zudem bestehen 2015 17 Landesjugendämter und 16 oberste Landesjugendbehörden. Beschäftigt sind in den verschiedenen Einrichtungen vorwiegend Frauen.

Der Fachkräftemangel ist in den Kitas erheblich. Rund 59,5 Prozent der Kita-Beschäftigten sind 2015 teilzeitbeschäftigt. Auch in den Einrichtungen Kinder- und Jugendhilfe ohne Kitas war ein hoher Anteil von Teilzeitbeschäftigung zu verzeichnen. Er lag 2010 bundesweit bei 36,5 Prozent. ■

zu beenden ging in der 3. und insbesondere der 4. Woche direkt flächendeckender an die Streikenden. An einer städtischen Kita in Porz hing ein von Eltern verfasstes Flugblatt, in dem es hieß: »Jeder Streik muss sich an der Verhältnismäßigkeit messen lassen. Beenden Sie den Streik und stehen Sie zu der Verpflichtung, die Sie übernommen haben, den Kindern und den Eltern gegenüber.«[18] Dies brachte zum Ausdruck, was Teile der schweigenden Mehrheit auch dachten. Der Landeselternbeirat NRW rief am 27.05.2015 in Köln zum Ende des Streiks auf und forderte beide Seiten auf sich auf einen Kompromiss einzulassen, da der Streik für Eltern nicht länger zumutbar sei.

Die Haltung der Elternbeiräte zu den erneut angekündigten Streiks

Im Vorfeld der für nach dem Scheitern der Schlichtung angekündigten Streiks für Oktober 2015 berichtete Attila Gümüs, Vize-Eltern-Vertreter des Elternbeirats NRW, dass er dafür Verständnis habe, dass die ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen sich nicht spalten ließen und entgegen der Annahme des Elternbeirates, die Kröte zu schlucken, gegen den Schlichterspruch stimmten. Diese Entscheidung fordere letztlich auch Respekt. Er bestätigte, dass es während des 3 ½ wöchigen Streiks sehr viel Unterstützung gab. Nach Attila Gümüs befanden sich die Eltern im Zwiespalt. Sie verständen die Forderungen der Beschäftigten nach wie vor und setzten sich dafür ein, dass es zu Ergebnissen kommt, die auch fundamental eine Aufwertung bedeuten. Sie wollten aber eine Lösung ohne neue Streiks. Der Elternbeirat habe auch schon mögliche Lösungsvorschläge erarbeitet. Danach könne man die Aufwertung und damit die Erhöhung der Löhne über 5 bis 6 Jahre strecken. Von den Forderungen der Gewerkschaften machte er keine Abstriche.[19]

Auch die Bundeselternvertretung stand hinter den Forderungen nach Aufwertung der Beschäftigten der Kitas, da sie vor allem für ihre Kinder richtig und wichtig sei. Wohlwissend, dass die Politik sich nicht in Tarifauseinandersetzungen einmischen darf, fordern sie *»einen Kita-Gipfel zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Beteiligung der Verbände. Damit diese Tarifauseinandersetzung gelöst werden kann.«*[20] Ihrer Auffassung nach brauchen die Kitas *»eine bessere finanzielle Ausstattung: für eine Aufwertung der Fachkräfte, für eine Verbesserung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses und …eine Abschaffung der Elternzusatzsteuer. Die Aufwertung des Erzieher-innen-Berufes darf keinesfalls zu Lasten der Eltern gehen.«*[21]

Aktiver Streik

Über den Verlauf des Streiks berichten wir ausführlich in dieser Ausgabe **im zweiten Teil** der »*Tarifrunde im kommunalen SuE 2015*«. Der Streik begann am 08.05.2015 und wurde zum 06.06.2015 unterbrochen. Der Streik wurde aktiv geführt. Die Besonderheiten bestanden darin, dass die Streikenden fast täglich zusammen kamen. Sie diskutierten die aktuelle Lage und planten Aktionen vor Ort. Sie demonstrierten vor Rathäusern. Sie forderten die Vertreter der Kommunen dazu auf die Forderungen der Streikenden innerhalb der VKA unterstützen. Sie suchten die KollegInnen der freien und kirchlichen Träger, um sie über die Forderungen zu informieren und von ihnen Unterstützung zu erhalten. Sie besuchten ihre noch arbeitenden KollegInnen im SuE und forderten sie dazu auf mit in den Streik zu treten. Die Erfolge waren höchst unterschiedlich. Beide Gruppen unterstützten per Unterschrift die Forderungen. Auch mit den Eltern wurde ausführlich diskutiert, um ihre weitere Streikunterstützung zu erhalten. Vorbereitet und diskutiert wurden Ergebnisse der zentralen Streikdelegiertenversammlungen.[22] Aus Beiträgen von KollegInnen auf Demonstrationen und mitgeführten Transparenten wurde deutlich, dass es nicht nur um eine bessere Bezahlung, sondern auch um bessere Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Arbeitsfeldern geht. Der letzte Streiktag wurde von den Streikenden dazu genutzt die Berichte der Streikdelegierten zu verdauen und gemeinsam die weitere Vorgehensweise zu besprechen. Dabei war der Masse der Streikenden klar, dass sie den Kampf um die Aufwertung ihrer Tätigkeiten fortsetzen wolle.

Schlussfolgerungen für die Zukunft

Den gewerkschaftlich Aktiven ist klar, dass für zukünftige Auseinandersetzungen die eigentlichen Problemstellungen benannt sind: Wie kann Kampfkraft entwickelt werden bei kostspieligen, längeren Streikaktionen und bei wirtschaftlich nicht zu treffenden Arbeitgebern? In Zeiten gut gefüllter öffentlicher Kassen mögen die Arbeitgeber noch leicht zu Zugeständnissen zu bewegen sein. Dies wird sich in Folge einer Wirtschaftskrise und damit einhergehenden Mindereinnahmen deutlich schwieriger darstellen. Der Streik muss vorurteilsfrei aufgearbeitet werden.

In dieser und künftigen Auseinandersetzungen muss vor Ort auch der Blick auf das gesamte Bild geworfen werden, um sich einen Eindruck über die eigene Stärke bundesweit machen zu können. Zu deutlich wurde in den Diskussionen auf der letzten SDK, dass die kämpferischen KollegInnen, die zum Weiterstreiken aufriefen und sich dabei auf ihre streikbereiten Mitglieder verlassen konnten, die Augen davor verschlossen, dass es in vielen Bezirken und Landesbezirken ganz anders aussah. Dazu kommt, dass die Arbeitgeber finanziell keinen Schaden erlitten. Allenfalls mag ein politischer Schaden entstanden sein. Die VKA sparten die Lohnkosten ein und setzten auf Zeit und hofften darauf, dass die von ver.di organisierte Unterstützung durch die Eltern nachließ oder ins Gegenteil umschlug. Das

11) Ulrich Mägde im Interview, HS/He, Deutschlandfunk, »*Informationen am Morgen*«, 10.04.2015
12) Strategisches Management als Erfolgsfaktor in der Kommunalverwaltung und Entwicklung eines Konzeptes zur Strategieimplementierung für die Stadt Vlotho, (Diplomarbeit Internetausgabe), Volker Nentwig, 2005
13) Leistungsfähigkeit der Städte stärken und Entlastung der Kommunen bald festlegen, Deutscher Städtetag, Presseerklärung vom 24.09.2015
14) DGB: Kommunen entlasten – Im Streit um die Bezahlung von Erzieherinnen sieht DGB-Chef Hoffmann den Bund am Zug, Süddeutsche Zeitung vom 18.08.2015
15) Vgl. unser Arbeitspapier – zusätzliche Informationen
16) vgl. Tarifrunde für Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsdiensten – Aufwertung durch bessere Bezahlung, ver.di, Berlin, März 2015
17) vgl. Tarifmappe Sozial- und Erziehungsdienst, VKA, 2015_02_18, S. 14
18) http://www.ksta.de/koeln/aerger-der-koelner-eltern--die-stimmung-beim-kita-streik-kippt-,15187530,30793480.html *»Die Stimmung beim Kita-Streik kippt«*, Erstellt am 26.05.2015
19) vgl. Kitas: Elternvertreter respektiert Ablehnung des Schlichtervorschlages, moma – Das erste am Morgen, 11.08.2015
20) Aufwertung: Ja – Kita-Streik: Nein, Pressemitteilung der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrich-tungen und Kindertagespflege vom 11.08.2015
21) Wv.
22) Die SDK ist in der Satzung **nicht** verankert. Erstmals im SuE-Streik 2009 wurde sie drei Mal einberufen. Die SDK dient zum Austausch zwischen den Streikenden und der Verhandlungsleitung und hatte deutlich Einfluss auf die weiteren Verhandlungen. Die letztendliche Entscheidung hat die Bundestarifkommission (BTK). Die BTK wird immer auf den alle vier Jahre tagenden Bundeskongress besetzt. Sie setzt sich aus 97 stimmberechtigten und 15 beratenden Mitgliedern zusammen. Von den stimmberechtigten entfallen 80 Mandate auf die Bereiche TVöD, TV-L, TV-Fleischuntersuchung und BAT, 2 nichtfachbereichsgebundene Mandate auf die Landesbezirke Hamburg und Berlin, 10 Mandate für die Bereiche TV-V und TV-N sowie 5 Mandate auf die Jugend. Zusätzlich sind die BundesfachbereichsleiterInnen der betroffenen Fachbereiche stimmberechtigte Mitglieder.

Kalkül ging auch mehrheitlich auf. Die Unterstützung der ehemaligen Unterstützer ließ nach gut 2 – 3 Wochen Streik nach. Letztlich blieb aufgrund eigener Schwäche nur die Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Es kann allerdings nicht angehen, dass die Verhandlungsführung eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse ankündigt und dies im Verlauf der Auseinandersetzungen unterläuft. Die Verhandlungsführung machte gravierende Fehler, die die Streikenden gegen sie aufbrachten und mehr zur Verwirrung statt zur Stabilisierung der Streikenden führten. Die gravierenden Fehler sind darin zu sehen, dass die Verhandlungsführung vor der Diskussion mit den Streikdelegierten Erklärungen abgab. Sie hätten die Arbeitgeber darauf hinweisen müssen, dass eine Erklärung von Seiten der Gewerkschaft erst nach der Entscheidungsfindung der Streikdelegiertenversammlung abgegeben wird. Die Verhandlungsführung hätte von Beginn an auf die bestehende Schlichtungsvereinbarung und ihre bindende Wirkung an die Tarifparteien hinweisen müssen. Auch hier wäre es möglich gewesen, dassdie Streik-delegiertenversammlung vor Abgabe einer Erklärung der Verhandlungsführung ihren Standpunkt erarbeitet.

Im Grunde genommen müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, dass die entstandene politische Zustimmung und Unterstützung durch die Eltern und die entstandene Streikbewegung wachgehalten wird. Die Eltern haben ein Interesse daran, dass ihre Kinder bei den ErzieherInnen gut aufgehoben sind und intensiv gefördert werden, um in ihrer weiteren Laufbahn bestehen zu können. Dazu bedarf es auch kleinerer Kindergruppen. Für dieses Ziel müssen Erzieher und Eltern vor Ort und auf Landesebene mit Unterstützung der Gewerkschaften die politische Auseinandersetzung führen.

Die Probleme liegen auch in den Kräfteverhältnissen zwischen den abhängig Beschäftigten und den Arbeitgebern. Die abhängig Beschäftigten können nur dann mehr erreichen, wenn sie sich massenhaft organisieren und auch massenhaft – mit Unterstützung der Eltern – in weitere Auseinandersetzungen eintreten. Der Streik hat dann eher eine politische Wirkung, da die Arbeitgeber aufgrund gesetzlicher Vorgaben dazu angehalten sind die Dienstleistungen von ihren Beschäftigten erbringen zu lassen. Jeder Streikende ist ihnen politisch ein Dorn im Auge und tritt für die Belange der Beschäftigten ein. Insbesondere den Beschäftigten der Sozialdienste muss von den aktiven Gewerkschaftern und der örtlichen Organisation klargemacht werden, dass das Ergebnis nicht der Unfähigkeit der Gewerkschaften geschuldet ist, sondern der Stärke der Arbeitgeber, die auf der Schwäche der Gewerkschaften beruht. Wichtig ist es die Beschäftigten der Sozialdienste in die gewerkschaftliche Arbeit einzubeziehen, damit sie bei der nächsten Auseinandersetzung den ErzieherInnen den Rücken stärken. Letztlich gilt dies auch für alle anderen Beschäftigten aus dem Bereich SuE.

Die gewerkschaftlich Aktiven sollten in Diskussionen darauf drängen wirksamere Aktions- und Streikformen zu erarbeiten, die die öffentlichen Arbeitgeber mehr unter Druck setzen. Insbesondere müssen Aktionsformen diskutiert werden, die es den örtlichen Arbeitgebern nicht mehr ermöglichen sich aus der Affäre herauszuziehen. Dazu kann es hilfreich sein, sich auch mit den Arbeitsbedingungen in den Kitas (z.B. zu große Gruppen) und den Sozialdiensten (z.B. hohe Fallzahlen) zu beschäftigen. Bei Beibehaltung der Forderungen um bessere Eingruppierung der Berufe besteht auch in erträglichen Arbeitsbedingungen zugunsten der Beschäftigten eine Aufwertung. ■

Tarifrunde 2015 im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) Teil 2

Der Verlauf des Streiks

Die Warnstreiks

Die Verhandlungen zur Tarifrunde wurden am 25.02.2015 in Hannover aufgenommen. Sie wurden nach der 5. Verhandlungsrunde am 20./21. April 2015 in Frankfurt von den Gewerkschaften für gescheitert erklärt. Mit zahlreichen, über das ganze Land verteilten Warnstreiks und zentralen Kundgebungen, wurde die Verhandlungskommission der Gewerkschaften unterstützt. Die ver.di-Landesleiter von Niedersachsen-Bremen und NRW zeigten sich von der starken Beteiligung überrascht bis überwältigt. An den zentralen Kundgebungen in Dortmund, Hannover, Stuttgart, Mainz und Offenbach nahmen vom 15.04 bis 20.04. 2015 insgesamt 45.5000 Warnstreikende teil. Allein an der Kundgebung in Dortmund nahmen am 15.04.15 insgesamt 12.000 **Streikende aus NRW** teil, davon 10.000 aus den Kitas. In seiner häufig durch Beifall unterbrochen Rede drohte Frank Bsirske den Arbeitgebern mit unbefristeten Streiks, wenn sie sich der gesellschaftlichen und finanziellen Aufwertung der sozialen Beru-fe weiterhin verweigern. Er betonte auch, dass dieser Konflikt nicht in ein paar Tagen beendet sein wird. In den Berufen des SuE arbeiten bis zu 95 Prozent Frauen. Bedingt durch die hohe Teilzeitquote seien viele Beschäftigte bei einem Bruttoeinkommen von 1.400 EUR dazu gezwungen, in einem Zweit- oder Dritt-Job zu arbeiten. Er forderte Beschäftigte und Eltern dazu auf, gemeinsam Druck auf die Parlamente auszuüben. Die Stimmung der Teilnehmer war gut und zuversichtlich. Bestärkt durch die überraschend hohe Beteiligung an den Warnstreiks, die massive Unterstützung aus der Öffentlichkeit, insbesondere der Unterstützung der Beschäftigten in den Kitas durch die Eltern und des DGB erklärten die Tarifkommissionen des dbb, von ver.di und der GEW die Verhandlungen für gescheitert und leiteten die Urabstimmung ein. Bei ver.di stimmten 93,44 Prozent, bei der GEW 96,37 Prozent und dem ddb 96,5 Prozent der Mitglieder für den unbefristeten Streik.

Die Rein-Raus-Taktik…

beim Streik 2009 wurde von vielen Teilnehmern hart kritisiert. Damals mussten die Beschäftigten der Kitas immer wieder in die Kita zurück und bei erneutem Aufruf mit den Eltern um deren Verständnis und Unterstützung diskutieren. Dies war einfach zu kräftezehrend. Die anderen Beschäftigten der Sozialdienste folgten den Aufrufen nicht entsprechend ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit.

…und die neue Taktik

Gemäß der Entscheidung der zentralen Arbeitskampfleitung, den Diskussionen in den Landesbezirken wurden die Kita-Beschäftigten 2015 von Beginn an durchgängig in den unbefristeten Streik gerufen. Die anderen Beschäftigten wurden tageweise mit Steigerung in den Streik gerufen. Dies führte im Vorfeld zu Diskussionen, da sich durch Mitgliederzuwachs in einigen Jugendämtern einiges getan hatte. Sie forderten ebenfalls, ohne Unterbrechung in den

Streik gerufen zu werden. Dies war in einigen Städten auch der Fall.

Der unbefristete Streik

Den Streikauftakt machten am 08.05.2015 rund 20.000 Streikende aus den Landesbezirken (LBZ) Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz-Saarland, Hessen, Niedersachsen-Bremen, Nord, Hamburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen. Am 11.05. folgten weitere 20.000 Streikende aus den LBZ NRW, Bayern und Berlin-Brandenburg. Die Losung lautete, dass der Streik solange geführt werden soll, bis die Vereinigung der kommunalen Arbeitergeber (VKA) ein *»akzeptables Angebot«* vorlegt. In den ersten beiden Streikwochen standen täglich gut 40.000 Beschäftigte im Streik. Während des Streiks fanden etliche lokale Demonstrationen und Kundgebungen in den einzelnen Landesbezirken statt, auf diese wird nicht weiter eingegangen werden, da sie nicht in Gänze erfasst werden können. Zentrale Demonstrationen und Kundgebungen stellten in der einzelnen LBZ auch den jeweiligen Streikhöhepunkt dar. Der Grund liegt darin, dass sich an diesen Tagen auch die KollegInnen beteiligten, die an den anderen Streiktagen nicht im Streik standen. Begründet mag dies darin sein, dass sie nicht die ganze Zeit über aufgerufen waren, es nicht für notwendig sahen sich zu beteiligen oder aus Einrichtungen mit sehr geringem Organisationsgrad kamen. In den Reden wurde u.a. auf die berechtigten Forderungen nach Aufwertung und ihre Bezahlbarkeit eingegangen. Begründet wurde dies mit der Steuerschätzung[1)] im Mai 2015. Diese prognostizierte Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte.

Der bundesweite, unbefristete Streik wurde nach Pfingsten…

…mit verminderter Kraft fortgesetzt, da in Mecklenburg-Vorpommern vom 22.05. bis 26.05, in Bayern und Baden-Württemberg vom 25.05. bis 06.06.2015 Pfingstferien waren. Der streikstarke LBZ Baden-Württemberg mit maximal 6.500 Streikenden stieg aus dem Streik aus. Die Beschäftigten aus Bayern streikten weiter. In der 3. Streikwoche standen schätzungsweise noch knapp 34.000 Beschäftigte im Streik. Die Unterstützung der Eltern nahm nun merklich ab. Die Gewerkschaften riefen für den 28.05.2015 zu zentralen Kundgebungen und Demonstrationen in Frankfurt und Hamburg auf. In Frankfurt versammelten sich auf dem Römerberg 16.000 aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Im Hamburg kamen 15.000 Beschäftigte aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen. Mit einer Streikbeteiligung von bundesweit 50.000 Beschäftigten war der Höhepunkt des Streiks erreicht.

Die mit Spannung erwartete Sondersitzung der VKA am 28.05.2015 in Frankfurt/Main …

…sollte ursprünglich am Römer stattfinden. Angesichts der am 20.05.2015 von den Gewerkschaften angekündigten Kundgebung für den gleichen Zeitpunkt am Römer verlegten sie ihre Sitzung zum Flughafen. Dies wurde von den 16.000 streikenden ver.di- und GEW-Mitgliedern mit Pfiffen und Rufen, wie… *»Böhle zeig dich«*… quittiert. In den Reden wurde nochmals ausführlich auf die Forderungen eingegangen. Ralf Möller, Bürgermeister von Weiterstadt, zeigte sich in großer Sorge um die Kinder. Der SuE sei hinsichtlich dessen, dass fast jedes fünfte Kind von Misshandlung oder Missbrauch betroffen sei, ein Frühwarnsystem. Er forderte den Bund auf die finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Der Frankfurter Oberbürgermeister, Peter Feldmann (SPD), unterstützte die Forderung der Streikenden. Nach Frank Bsirske geht es auch darum, dass die Arbeit mit Menschen nicht weiter geringer geschätzt wird als die mit Maschinen. Er verwies deutlich auf die prognostizierten Mehreinnahmen der Kommunen und versprach nochmals, dass die VertreterInnen der Streikdelegiertenversammlung darüber entscheiden, ob ein mögliches Ergebnis der Verhandlungen annehmbar sei oder nicht!

…und der weitere Verlauf

Die VKA forderte am 28.05.2015 in einer gleich lautenden Mail Frank Bsirske (ver.di) und Klaus Duderstädt (dbb) auf, die Verhandlungen mit ihnen unverzüglich wieder aufzu-

1) Vgl. Dokumentation – Zusätzliche Informationen
2) Vgl. Tarifrunde im kommunalen SuE 2015, Teil 1

Die erste bundesweite Streikdelegiertenkonferenz (SDK)

fand während der 2. Streikwoche am 20.05.2015 in Fulda statt. Es nahmen mehr als 330 Streikende teil. Etliche Delegierte berichteten über die Streikbeteiligung in ihren Bezirken. Dabei wurde allzu deutlich, dass der Streik von Beschäftigten der Kitas getragen wird. Nur einzelne Jugendämter oder Abteilungen in Jugendämtern konnten dauerhaft erfolgreich bestreikt werden. Die Stimmung war kämpferisch. Jedem Beitrag, insbesondere denen der KollegInnen aus den neuen Ländern, wurde Beifall gezollt. In seiner Abschlussrede sprach Frank Bsirske von einer Bewegung im Lande, die durch die Streiks entstanden sei. Die Bezirke wurden von bis dahin unbekannten KollegInnen angerufen, um in den Streik zu treten. Die Öffentlichkeit, insbesondere die Eltern, unterstützen das Anliegen der Beschäftigten. Dagegen stehe jedoch die Strategie der öffentlichen Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber würden darauf setzen, den Streik auf dem Rücken von Eltern und Kindern auszusitzen. Sie setzen auf Zeit und hoffen, dass die Zustimmung ins Gegenteil umschlägt. Bei einer Tagung des Deutschen Städtetages habe Thomas Böhle Frank Bsirske gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass die VKA darauf setzte, den Streik der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst »auszuhungern«. Ein Ende des Arbeitskampfes sei nicht absehbar. Er könne noch Wochen andauern. Die Tarifauseinandersetzung werde in der Öffentlichkeit entschieden. Die bisher geltende Losung, dass solange gestreikt wird, bis ein *»akzeptables Ergebnis«* vorliegt, wurde auf Vorschlag von Frank Bsirkse geändert. Die neue Losung lautet, dass solange gestreikt wird, bis *»ein annehmbares Verhandlungsergebnis«* vorliegt. Über das, was annehmbar ist, sollen die Streikdelegierten entscheiden. Sie entscheiden in einfacher Mehrheit, ob sie den Mitgliedern die Annahme oder Ablehnung empfehlen. Dieser Vorschlag von Frank Birske wurde per Akklamation angenommen. Die Rolle der BTK, als letztlich entscheidendes Gremium, oder die bestehende Schlichtungsvereinbarung, erwähnte er mit keinem Wort. Die deutliche Forderung der Streikdelegierten, dass ver.di zu einer Demonstration und Kundgebung zur Sondersitzung der VKA am 28.05.2015 in Frank-furt/Main aufruft, wurde von der Verhandlungsleitung angenommen. ■

nehmen. Sie erhoben ihr Vorschlagspapier vom 21.04.2015 zum Angebot und luden die Gewerkschaften zur Fortsetzung der Verhandlungen am 02.06.2015 in der Geschäftsstelle der VKA in Frankfurt/Main am 03.06.2015 ein. Sie erwarteten, dass die laufenden Streiks angesichts ihres Verhandlungsangebotes ausgesetzt werden. Auf eine weitere Verzögerung[3] eines Verhandlungstermins ließ ver.di sich nicht ein, da befürchtet wurde, dass sich die Auseinandersetzung bis in die Sommerferien, in denen viele der Kitas geschlossen sind, hineinzieht. Das ver.di-Tarifsekretariat lud am 28.05.2015 im Gegenzug die VKA zu einem Spitzengespräch am 01.06.2015 in Berlin ein. In der an die Streikenden verteilten Eilmeldung vom 28.05.2015 begründete ver.di dies damit, dass keine Zeit verloren werden soll *»zu einem annehmbaren Verhandlungsergebnis für alle Berufsgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst zu kommen. Deshalb kann das völlig unzureichende VKA-Papier vom 21. April 2015 auch jetzt keine Verhandlungsgrundlage sein.«*[4] In dem Spitzengespräch *»muss geklärt werden, ob die VKA zu echten Verhandlungen über die Aufwertung der Tätigkeit aller Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst bereit ist oder nur Endlosschleifen über kleine Verbesserungen für einige wenige Beschäftigte drehen will.«*[5]

Fortsetzung des Streiks in der 4. Streikwoche

Der Forderung, die Streiks zu beenden, gaben die Verhandlungsführungen der Gewerkschaften nicht nach. Der Streik wurde entsprechend des Beschlusses der 1.SDK vom 20. Mai 2015 in Fulda fortgeführt *»bis ein annahmefähiges Ergebnis vorliegt!«*[6] Das Angebot der VKA war für die Mehrheit der Streikenden enttäuschend, hatten sie doch darauf gehofft, dass die Arbeitgeber nach einem gut dreiwöchigen Streik bereit sind ein Angebot für alle Berufsgruppen vorzulegen. Die für alle erfahrene Blockade-Haltung der Arbeitgeber spornte die im Ausstand stehenden Kolleginnen und Kollegen an, ihrer Sache treu zu bleiben und den Streik fortsetzten, um weiter Druck auf die Arbeitgeber auszuüben und die Arbeitgeber damit zum Einlenken zu zwingen. Über die in der letzten Streikwoche stehende Streikfront ist es schwierig genaue Aussagen zu machen. Es dürften aber noch weit mehr als 34.000 gewesen sein, die bis zum 03.06. im Streik standen.

Allein in NRW nahmen am 02.06.2015 statt der erwarteten 10.000 Dauerstreikenden mehr als 20.000 Beschäftigte aus NRW an einer zentralen Kundgebung vor dem Landtag in Düsseldorf teil. Die Stimmung war gut und zuversichtlich. Die Redner machten nochmals deutlich, dass die Forderungen berechtigt und bezahlbar sind. Auch Attila Gümüs, Vize-Eltern-Vertreter des Elternbeirats NRW, stellte sich trotz vieler massiver Beschwerden der Eltern, hinter die Streikenden.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen in der 6. Verhandlungsrunde und der Weg in die Schlichtung

Am 01.06.2015 die wurden Verhandlungen in Berlin aufgenommen. Sie wurden zur Chefsache erklärt und von Frank Bsirske und Dr. Thomas Böhle geführt. Sie erbrachten kein annehmbares Ergebnis. Beide Seiten erklärten die Verhandlungen in den frühen Morgenstunden des 04.06. für gescheitert. Dem Gang in die Schlichtung, den die Arbeitgeber ins Spiel brachten, konnten sich die Gewerkschaften nicht widersetzten. Die ÖTV hatte sich nach dem Streik 1974 darauf eingelassen ein Schlichtungsverfahren zu vereinbaren. Im Kern hat die Vereinbarung nach wie vor Bestand. Auch in der Fassung vom 25.10.2011 wurde vereinbart, dass das Schlichtungsverfahren eingeleitet ist, wenn mindestens eine Tarifvertragspartei die Verhandlungen förmlich für gescheitert erklärt. Die Tarifvertragsparteien haben sich darauf verpflichtet sich auf das Schlichtungsverfahren einzulassen.

Zentrale Demonstrationen vor Schlichtung

Für den 13.06.2015 riefen DGB, ver.di und GEW zu Demonstrationen in Hannover, Dresden, Köln und Nürnberg auf. Insgesamt nahmen 26.000 Beschäftigte teil. Dem Aufruf nach Köln folgten trotz Regen 15.000 Beschäftigte aus NRW, Rheinland-Pfalz und Nordhessen. Unter ihnen waren auch einzelne Eltern mit ihren Kindern. In den Reden gingen u.a. Achim Meerkamp (ver.di – Bundesvorstand) und Gabriele Schmidt (ver.di-LBZ NRW) auf den bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung ein. Danach haben sich an dem Streik viele KollegInnen beteiligt, die noch nie gestreikt haben. Eine Ermüdung sei nicht festzustellen. Nach wie vor standen die Eltern mehr hinter den Streikenden als dagegen. Betont wurde, dass es um die Aufwertung aller Berufe geht. Der Schwerpunkt liege nach Meerkamp allerdings bei den ErzieherInnen. Hervorgehoben wurde, dass der Schlichtungsspruch nicht bindend sei und der Arbeitskampf noch nicht beendet ist und auch insgesamt sie-

Die zweite Streikdelegiertenversammlung während des Streiks...

fand am 04.06.2015 in Frankfurt/Main statt. Die ca. 300 KollegInnen standen gut dreieinhalb Wochen im Streik. Über die Medien erfuhren sie vor Beginn der Versammlung, dass ver.di der Schlichtung zugestimmt hatte. Gleich zu Beginn der Versammlung kam in einer Rede harsche Kritik an der Vorgehensweise der Verhandlungskommission auf. Begründet wurde dies mit der Fuldaer Vereinbarung. Der Rede wurde von einem Teil der Delegierten mit Beifall gezollt. Auf einem Plakat warfen Delegierte der Verhandlungsführung »Wortbruch« vor. Frank Bsirske verteidigte die Vorgehensweise damit, dass die Öffentlichkeit kein Verständnis gehabt hätte, wenn sie die Schlichtung nicht angenommen hätten. Die Enttäuschung blieb jedoch: 3 ½ Wochen gestreikt und kein greifbares materielles Ergebnis! In Gesprächen wurde geäußert: Wie soll ich das den Kollegen klarmachen? Das war wie ein Schlag in die Fresse.

Gegenüber der ARD brachte eine Erzieherin die Kritik, die wohl von vielen geteilt worden ist, auf den Punkt. Danach hätte sie sich gewünscht, dass der Gang in die Schlichtung vor der Verkündung mit den Streik-delegierten diskutiert wird. Auf der Delegiertenversammlung wurde nochmals deutlich gemacht, dass die Auseinandersetzung nur mit Unterstützung der Öffentlichkeit zu einem annehmbaren Ergebnis führen kann. Beschlossen wurde, dass die Zeit der Streikaussetzung aktiv genutzt wird, um die Forderung nach Aufwertung der Berufe in der Öffentlichkeit wachzuhalten. Da kam wieder etwas kämpferische Stimmung auf. Bewerkstelligt werden sollte dies durch Mahnwachen vor den Kitas und vor den Rathäusern. Eingefordert wurde eine Großdemonstration in Berlin. Dies wurde der weiten Anfahrwege und wegen der Gewöhnung an Demos in Berlin von Frank Bsirske abgelehnt. Sein Vorschlag, regionale Demon-strationen durchzuführen, wurde angenommen. ■

Auf der SDK am 24. Juni 2015...

wurde das Schlichtungsergebnis von Mitgliedern der Verhandlungskommission vorgestellt. Ihre Bewertung des Schlichter-spruchs wurde als Schönrechnerei kritisiert. Die KollegInnen waren herbe enttäuscht und wütend: Besonders kritisiert wurde, dass die Verhandlungsführung dem Schlichterspruch zugestimmt hat, ohne dass dies zuvor mit den Streikdelegierten diskutiert wurde. Die meisten fühlten sich einfach übergangen, weil auf der 1. SDK vereinbart worden war, dass die Streikdelegierten in einfacher Mehrheit darüber entscheiden ob sie den Mitgliedern die Annahme oder Ablehnung eines Ergebnisses empfehlen.

Die ehrenamtlichen Mitglieder stellten den Verlauf der Verhandlungen dar. An den Darstellungen ehrenamtlicher Mitglieder wurde deutlich, dass die Arbeitgeber zu keinerlei weiteren Zugeständnissen bereit waren. In einer Rede bedankte sich ein Streikdelegierter bei den ehrenamtlichen Mitgliedern für ihren Einsatz und bekam dafür überdeutlichen Beifall. Die Meinung, dass dafür nicht vier Wochen gestreikt worden ist, wurde vorwiegend massiv von Vertretern der streikstarken Bezirke und Landesbezirke vertreten. Auch von angedrohten Austritten war die Rede.

Die Diskussion ergab, dass das Schlichtungsergebnis nicht angenommen werden kann. Auch Redner aus Bezirken, in denen die Kraft zu einem weiteren unbefristeten Streik nicht ausreicht, betonten, dass sie dem Ergebnis inhaltlich nicht zustimmen können. Klar war allen, dass die Auseinandersetzung fortgesetzt werden muss. Der Ruf nach einer anderen Streikstrategie wurde laut; außerdem fehlte der Delegiertenkonferenz das Votum der Mitglieder, die im Streik gestanden haben. Bsirske griff den Vorschlag eines Landesbezirks, eine Urabstimmung durchzuführen, auf. Nach einer kontroversen Diskussion über Urabstimmung oder Mitgliederbefragung setzten sich die Unterstützer der Mitgliederbefragung durch. ■

ben bis acht Wochen weiter gestreikt werden könne, um die Forderungen durchzusetzen. Das muss den Eltern zugemutet werden, da es nicht nur um die Einkommen der ErzieherInnen ihrer Kinder geht, sondern auch um die Einkommen nachfolgender Generationen von ErzieherInnen. Die Reden wurden von Beifall begleitet. Die Stimmung war zuversichtlich. Die Veranstaltung kam bei den meisten gut an. Norbert Hocke, GEW-Vorstandsmitglied, forderte in Dresden vor 2.500 Kundgebungsteilnehmern, dass die Kommunen bei der Finanzierung nicht allein gelassen werden dürfen. Bund und Länder müssen seiner Auffassung nach stärker in die Verantwortung genommen werden. Alle warteten mit »gemischten Gefühlen« auf den Schlichterspruch.

3) Angesichts der bevorstehenden Schulferien und auch dem Druck, dem streikende ErzieherInnen trotz massiver Unterstützung in ihren Anliegen in der Öffentlichkeit durch Eltern durch Öffentlichkeit und Eltern ausgesetzt waren.
4) Tarifbewegung 2015 – Eilmeldung, ver.di-Bundesverwaltung, Berlin, 28.05.2015
5) ebenda 6) ebenda
7) Vgl. Dokumentation – Zusätzliche Informationen
8)) Erste Bewertung der Schlichtungsempfehlung für den Sozial- und Erziehungsdienst, ver.di-Pressemitteilung vom 23.06.2015

Die Schlichtungsempfehlung[7] vom 22.06.2015 und die dritte Streikdelegiertenversammlung

Die Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter stimmten in der Schlichtungskommission dem Schlichterspruch noch vor der Versammlung der 3. SDK am 24.06.2015 zu. Nach erster Bewertung der ver.di-Verhandlungskommission *»wurden für alle Beschäftigtengruppen Verbesserungen erreicht. Besonders im Bereich der Behindertenhilfe wurden erste Schritte zur Aufwertung in diesem wichtigen Feld vorgeschlagen. Im Erziehungsdienst gibt es Verbesserungen für Kinderpflegerinnen, auch wenn nicht alle Ziele erreicht werden konnten. Deutlich gestärkt wurden die Leitungen und ihre Stellvertretungen sowohl in den Kitas als auch in der Behindertenhilfe und in anderen Betreuungseinrichtungen. Bei den Sozialarbeitern konnten wir angesichts der harten Haltung der Arbeitgeber nur geringfügige Verbesserungen, wenn auch nur für einen Teil der Beschäftigten, erreichen. Die generelle und überfällige Aufwertung des gesamten Berufsfeldes ist noch nicht erreicht und bleibt für uns weiter ein zentrales gesellschaftliches und tarifpolitisches Ziel. Aber das Ergebnis ist nach 2009 ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung.«*[8] Auch Silvia Bühler (ver.di-Bundesvorstand) fand es für unangemessen, eine Bewertung des Schlichterspruches vorzunehmen. Die Kolleginnen und Kollegen die für die Aufwertung auf die Straße gegangen sind, sollen ihrer Auffassung nach als erste dieses Ergebnis bewerten.[9]

Die Mitgliederbefragung[10] vom 6.7. bis 5.8.2015

Vor der Befragung setzten nun die Diskussionen der Streikenden über das weitere Vorgehen ein. Bundesweit fanden Versammlungen der am Streik beteiligten KollegInnen statt. Auf diesen wurde das Schlichtungsergebnis von den örtlichen Sekretären vorgestellt. Diskutiert wurden auf den Veranstaltungen die finanziellen Auswirkungen für die einzelnen Beschäftigtengruppen und die mangelhafte Wirksamkeit des Streiks: Den Arbeitgebern konnte trotz 4-wöchigem Streik kein finanzieller Schaden zufügt werden. Unklar war, ob es nochmals möglich ist die Streikfront wiederherzustellen.

Klar wurde in den Diskussionen, dass die Streikenden in dem vierwöchigen Streik zusammengewachsen sind. Von ErzieherIn-nen und SozialarbeiterInnen wurde betont, dass alle organisierten Beschäftigten mit unterschiedlicher Beteiligung gemeinsam mit der gemeinsamen Forderung nach höherer Eingruppierung in den Streik gegangen sind und jetzt kein Berufsfeld abgehängt werden dürfe. Schließlich waren ja auch Kollegen aus dem Sozialdienst, denen man die Inaktivität ihrer Berufsgenossen nicht anlasten könne, im Streik.

Gemessen am Einsatz im vierwöchigen Streik, z.B. bei den z.T. unangenehmen Diskussionen mit Eltern, blieb der Schlichtungsspruch für die Aktiven weit hinter den Erwartungen zurück. Den Kita-Beschäftigten war aber auch bewusst, dass sie bei Wiederaufnahme des Streiks kaum mit der breiten Unterstützung der Eltern rechnen können. Im Gegenteil. In Anbetracht der Gemengelage dürfte es vielen schwer gefallen sein, ad hoc eine klare Haltung zu haben.

Die Mitgliederbefragung wurde von ehrenamtlichen Funktionären, wie Vertrauensleuten, Personalräten und weiteren Aktiven wie eine Urabstimmung durchgeführt. Die Kollegen wurden entweder in ihren Einrichtungen aufgesucht oder es wurden zentrale Abstimmungsorte benannt. Die Abstimmungszettel kamen in eine Urne. In ver.di gibt es die Regelung, dass Einzelergebnisse von Betrieben oder dem Bezirk nicht weitergegeben werden dürfen.

Ergebnis der Mitgliederbefragung und die 4. SDK

Auf der 4. SDK am 08.08.2015 in Fulda wurden die Streikbeteiligung und Ergebnisse der Mitgliederbefragung dargestellt. Was die Streikbeteiligung und auch die Dauer der im Streik stehenden KollegInnnen betrifft, ergibt sich bundesweit und auch innerhalb der Landesbezirke kein einheitliches Bild. Hauptsächlich wurde die Arbeit in den größeren Städte und ihrem Umfeld niedergelegt. Als Streikhochburgen stellten sich Stuttgart und Umgebung, Ludwigshafen/Mannheim, Dortmund und Köln heraus. Deutlich wurde, dass die Träger des Streiks die Erzieherinnen waren und die Beschäftigten des Sozialdienstes sich nur in einigen Städten so zahlreich beteiligten, dass Einrichtungen geschlossen werden konnten. Hervorgehoben wurde aber auch, dass sie sich stärker als 2009 beteiligten.

Bundesweit lehnten 69,13 Prozent der ver.di-Mitglieder, 68,8 Prozent der GEW-Mitglieder und 60 Prozent der Mitglieder des dbb den Schlichterspruch ab. An der Mitgliederbefragung in ver.di nahmen wegen der 27.000 Eintritte in den Fachbereichen Gemeinden (7) und Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen (FB 3) mehr Mitglieder als bei der Urabstimmung teil. Mit einem so deutlichen Ablehnungsergebnis hatten weder die Arbeitgeber noch die Gewerkschaften gerechnet. Für Frank Bsirske war die Ablehnung des Schlichterspruchs *»ein klarer Handlungsauftrag, den Streik fortzusetzen.«* Eine solch klare Ablehnung einer Schlichtungsempfehlung sei außergewöhnlich. *»Das ist ein klares Signal an die eigene Gewerkschaft, aber auch an die Arbeitgeber, die gut beraten sind, dieses Signal der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ernst zu nehmen.«* Und weiter dient die *»Schlichtung der Befriedung des Tarifkonflikts. Dies ist erkennbar nach Meinung der ver.di-Mitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst nicht gelungen…«*

Die ver.di-Spitze wollte die Verhandlungen vor der anstehenden Tarifrunde von Bund und Gemeinden Anfang 2016 zum Abschluss bringen. Diese betrifft rund 2,1 Mill. Beschäftigte. Der SuE würde mit seinen Forderungen darin untergehen Vermutlich würde dann von den Arbeitgebern versucht die Gewerkschaften unter Druck zu setzten, indem diese versuchen die Vielfalt der Forderungen gegeneinander aufzurechnen. ■

Frank Bsirske empfahl den Streikdelegierten…

auf der 5. Streikdelegiertenversammlung am 02. Oktober 2015 in Fulda das Ergebnis anzunehmen. Für die streikenden ErzieherInnen haben sich äußeren Bedingungen verändert; die Fortsetzung des Streiks wird von den Elternbeiräten nicht mehr unterstützt, da die Eltern vor Ort einen weiteren Streik nicht mitgetragen wollten. Andererseits stehen die insbesondere auch die Kommunen angesichts der Flüchtlinge vor einer riesigen Aufgabe. Auch von ihm wurde das Ergebnis nicht schöngeredet. Es sei dabei zwar nicht die Aufwertung der Sozialen Berufe herausgekommen. Ein Einstieg – wenn auch ein kleiner Schritt dahin wurde erzielt!

Das Verhandlungsergebnis anzunehmen oder Möglichkeiten mehr Druck zu machen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen, wurden kontrovers diskutiert. Für die Fortsetzung des Streiks machten sich KollegInnen aus den »groß-städtischen Streikhochburgen« stark. Kritisiert wurden über die Entgelte hinaus die lange Laufzeit und die Schlichtungsvereinbarung. Trotz der inhaltlichen Kritik setzte sich in der Mehrheit der Reden durch, dass man das Ergebnis hinnimmt und die Auseinandersetzung fort-setzen muss. Angesetzt werden soll an den Arbeitsbedingungen in den Kitas (z.B. zu große Gruppen) und den Sozialdiensten (zu hohe Fallzahlen). Die SDK entschied sich letztlich dafür, der BTK vorzuschlagen, den Mitgliedern in einer Urabstimmung die Annahme zu empfehlen.
. ■

Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Auszählung über die Bezirksverwaltungen erfolgte.

Erneute Verhandlungen

In der 7. Verhandlungsrunde am 13.08.2015 war die VKA nicht bereit Angebote über den Schlichterspruch hinaus machen. Ver.di wies darauf hin, dass für die Ablehnung durch die Mitglieder *»insbesondere die geringen Erhöhungen für Erzieherinnen und Erzieher in den ersten Stufen der Entgeltgruppe S6, die fehlende Erhöhung für Gruppen der SozialarbeiterInnen, die fehlende zwingende Anerkennung aller Berufserfahrungszeiten und die lange Laufzeit … maßgebend waren.«*[12] Die Arbeitgeber sahen sich außer Stande über die von der VKA-Mitgliederversammlung zugestimmte Schlichtungsempfehlung hinauszugehen. Sie verwiesen darauf, dass es bereits Austritte aus den kommunalen Arbeitgeberverbänden gegeben habe und Kommen überlegen, ob sie Kitas an freie Träger abgeben wollen. Das Scheitern der Gespräche bedeutete, *»dass die Wiederaufnahme des Streiks für Anfang Oktober mit veränderten Streikformen vorbereitet werden muss.«*[13] Bereits auf der 4. SDK war über neue Streikformen diskutiert worden. Angekündigt wurden unkonventionelle Streiktaktiken, die in der Organisation schon diskutiert wurden.

Die 8. Verhandlungen vom 28.9. – 30.09.2015 wurden auf Grundlage des von den Gewerkschaften abgelehnten Schlichterspruchs geführt

Das Verhandlungsergebnis[14] im Einzelnen darzustellen würde zu weit führen, da im SuE rund 40 Berufsgruppen beschäftigt sind. Wir beschränken uns daher auf die größten Berufsgruppen. In den Verhandlungen gelang es für

9) ARD-Tagesschau, 23.06.2015 um 22:37
10) Der Bundesvorstand kann eine Mitgliederbefragung zu einem Verhandlungsergebnis beschließen. Sprechen sich mehr als 75 Prozent der zur Mitgliederbefragung aufgerufenen und nicht verhinderten Mitglieder gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses aus, **kann** der Bundesvorstand dieses Votum wie eine Urabstimmung zu einem Erzwingungsstreik behandeln.
11) Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes: Ablehnung des Schlichterspruchs ist Handlungsauftrag für die Fortsetzung des Streiks, ver.di-Presseinformation vom 08.08.2015
12) Tarifbewegung 2015, ver.di – 08/15
13) Wv.
14) Vgl. Dokumentation – Zusätzliche Informationen
15) vgl. Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst erzielt, Presseinformation der VKA vom 30. September 2015
16) Sozial- und Erziehungsdienste: ver.di und Kommunen einig über Verbesserungen, ver.di-Pressemitteilung vom 30.09.2015
17) Vgl. Dokumentation – Zusätzliche Informationen

SozialarbeiterInnen in S 14 durch Anhebung der Entgelte Verbesserungen gegenüber dem Schlichtungsergebnis zu erreichen. Für ErzieherInnen in der neuen S 8 a wurden in den Stufen 1 bis 4 Steigerungen erzielt und in den letzten beiden Stufen mussten dafür jedoch gegenüber dem Schlichtungsergebnis Verluste hingenommen werden. Für ErzieherInnen in S 8b wurden in den ersten 3 Stufen Verluste hingenommen und Zugewinne in den Stufen 5 und 6 erzielt. Von der Auseinandersetzung um die Aufwertung der Berufe »profitierten« insbesondere die Leitungen von Kindertagesstätten, Einrichtungen der Behindertenhilfe und von Erziehungsheimen.

Der Tarifvertrag soll rückwirkend zum 1. Juli 2015 in Kraft treten. Er läuft bis zum 30. Juni 2020. Vereinbart wurde, dass ab 1. Juli 2019 Gespräche über die Erfahrungen mit dem Tarifabschluss geführt werden. Die Erklärungsfrist endet am 31.10.2015. Ver.di geht von einer Lohnerhöhung von gut 3,73 Prozent aus. Aus Sicht des VKA-Präsidenten, Thomas Böhle, steigen die Entgelte im Durchschnitt um 3,3 Prozent. Der »noch vertretbare« Abschluss liege mit einer deutlichen Belastung der kommunalen Haushalte von 315 Mill. EUR geringfügig um neun Mill. EUR über dem Schlichterspruch. Die Arbeitgeber sind letztlich billig davon gekommen, umfassten doch die Ausgangsforderungen der Gewerkschaften bei einer Erhöhung der Entgelte um rund 10 Prozent eine Mehrbelastung der Gemeinden von 1,2 Mrd. EUR.

Frank Bsirkse sieht dieses ausgehandelte Ergebnis näher an den Wünschen und Erfordernissen der Beschäftigten als die abgelehnte Schlichtungsempfehlung. Es sei richtig gewesen erneut zu verhandeln, *»wenngleich die Arbeitgeber eine signifikante Ausweitung des Verteilungsvolumens abgelehnt hätten. Allerdings seien beide Seiten in den Gesprächen daran interessiert gewesen, eine weitere Eskalation des Tarifkonflikts zu vermeiden.«*[16]

Den Verhandlungsführern war nach der Mitgliederbefragung und der erneuten Einschätzung der bundesweiten Streikbereitschaft klar, dass keine neue größere Kampfkraft zu entwickeln war. Sobald die Arbeitgeberseite eine kleine Verbesserung des letzten Verhandlungsangebotes präsentierte, haben die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer dies sofort angenommen. Damit konnte das Gesicht gewahrt werden.

In der Urabstimmung ...

...stimmten 57,2 Prozent der ver.di-Mitglieder, 72,06 Prozent der GEW Mitglieder und 64,04 Prozent der Mitglieder in den beteiligten dbb-Fachgewerkschaften für das Tarifergebnis. Insbesondere bei den ver.di-Mitgliedern ist der Kompromiss nach wie vor umstritten. In der kommenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst haben sie als kampferprobte Belegschaften die erneute Chance gemeinsam mit ihren Kolleginnen die Auseinandersetzung um eine Entgelterhöhung zu führen! ■

Teilabbau des Standortes abgewehrt

Zweiter Kampf um die Hanauer Vacuumschmelze

Zum zweiten Mal seit 2008 hat die Belegschaft der Hanauer Vacuumschmelze im Jahr 2015 einen umfassenden Angriff der Kapitaleigner auf ihre Arbeitsplätze, -rechte und -bedingungen abgewehrt. In einem entschlossenen, von Betriebsrat und IG Metall unterstützten Vorgehen gelang es ihr, den Unternehmer von seinem ursprünglichen Vorhaben, 340 Arbeitsplätze abzubauen und weitere Verschlechterungen vorzunehmen, abzubringen und ihn zu Zugeständnissen zu zwingen, die in einem Tarifvertrag schriftlich niedergelegt wurden.

Zur Auswertung dieses Arbeitskampfes veröffentlichte die IG Metall (Bezirk Mitte, d. h. Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Saarland, mit Sitz in Frankfurt, und die Verwaltungsstelle Hanau/Fulda) im September 2015 eine Broschüre mit dem Titel »Mut zur Beteiligung als Wurzel des Erfolges - der Sozialkonflikt bei der Vacuumschmelze in Hanau« (download unter http://igmetall-hanaufulda.de/betrieb/129-broschuere-zukunft-statt-sozialplan-mut-zur-beteiligung-fuehrt-zum-erfolg). Mit dieser Broschüre will die Gewerkschaft »auch andere Belegschaften und verantwortliche Arbeitnehmervertreter ermutigen, um in einer vergleichbaren Auseinandersetzung auch über die engen Grenzen des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus auf die eigene gewerkschaftliche Kraft zu setzen und erfolgreich um den Erhalt von Arbeitsplätzen zu kämpfen.« Die Schilderung der Ereignisse und die Zitate, soweit nicht anders angegeben, haben wir im Folgenden dieser Darstellung entnommen.

Der Konflikt von 2008

Die Eigendarstellung des Unternehmens (von 2008) ergab folgendes Bild: *»Die Vacuumschmelze (VAC) mit 1.500 Mitarbeitern in Hanau entwickelt, produziert und vermarktet*

Die Belegschaft der VAC streikte 2008 erfolgreich, in diesem Jahr genügte die Bereitschaft zum Streik

Spezialwerkstoffe, insbesondere mit magnetischen, aber auch anderen physikalischen Eigenschaften sowie daraus veredelte Produkte. 1914 legte der erste Vakuumschmelzofen den Grundstein zur heutigen Vacuumschmelze. Das Erschmelzen von Legierungen unter Vakuum erfolgt schon seit 1923 industriell. … (D)*ie VAC-Gruppe … zählt mit über 600 Patenten zu den weltweit innovativsten Unternehmen bei der Entwicklung von hochwertigen industriellen Werkstoffen. Das Produktangebot der VAC umfasst ein breites Spektrum hochwertiger Halbzeuge, Teile, Bauelemente, Komponenten und Systeme, die in den unterschiedlichsten Bereichen und Industriezweigen zum Einsatz kommen – vom Uhrenbauer über Medizintechnik, regenerative Energien, Schiffsbau und Telekommunikation bis hin zur Automobil- und Luftfahrtindustrie. Die maßgeschneiderten Lösungen der VAC werden in enger Zusammenarbeit mit den Kunden entwickelt und spiegeln die hohe Werkstoffkompetenz, verbunden mit neuester Fertigungstechnologie, wider.«*

Aktuell ist noch zu ergänzen, dass die VAC gegenwärtig in weltweit ca. 50 Ländern 4400 Menschen (davon 1500 in Hanau) beschäftigt und einen Jahresumsatz von ca. 400 Millionen Euro angibt. Die Entwicklung befindet sich dabei fast ausschließlich in Hanau.

1923 gegründet, war die VAC seit 1933 Teil des Siemens-Konzerns. 1999 wurde sie an einen britischen Industriekonzern (Morgan Crucible), von diesem 2005 an den Finanzinvestor OEP verkauft. Finanzinvestoren sind an der betrieblichen Substanz nicht interessiert, sondern nur daran, die Unternehmen auszupressen und möglichst profitabel weiterzuverkaufen. Die Kosten dieser häufig kreditfinanzierten Betriebsübernahmen werden den Belegschaften zusätzlich aufgedrückt. Nach Einschätzung von Betriebsrat und IG Metall wäre die VAC 2008 ohne diese Übernahmekosten nicht in der angeblich »schlechten Geschäftslage« gewesen, die den Vorwand für die damalige Tarifflucht lieferte. Von Produktionsablauf und Marktsituation her war diese Überschuldung seinerzeit nicht gerechtfertigt.

Die OEP hatte dem Unternehmen zwei Drittel des Kaufpreises von 360 Mio. EUR als Schulden aufgehalst, so dass die VAC mit 260 Mio. EUR bei den Banken in der Kreide stand. Es gelang der Belegschaft, dem Betriebsrat und der IG Metall damals, das Unternehmen durch einen kurzen Streik, verbunden mit der gerichtlichen Klärung der Legalität des Arbeitskampfs durch das LAG Frankfurt, in die Tarifbindung zurückzuzwingen (vgl. Arpo Nr. 4/2008, S. 10ff).

Der aktuelle Konflikt 2015

Zum 3. Juli 2011 übernahm das US-amerikanische Spezialchemieunternehmen OM Group die VAC. Der Kaufpreis betrug rund eine Milliarde US-Dollar (700 Mio. EUR), die Übernahme wurde zum 2. August 2011 abgeschlossen. Hier handelt es sich anscheinend nicht um eine »Heuschrecke«, die kurzfristigen Börsengewinn sucht, sondern um einen Industriekonzern, der an der Optimierung seiner Produktpalette interessiert ist. *»Die Vacuumschmelze ist mit rund 1.500 Beschäftigten der größte durch Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband Hessenmetall tarifgebundene Betrieb der Metall- und Elektroindustrie in der Region. Sie repräsentiert (bei einem Organisationsgrad von ca. 90 Prozent im Betrieb) rund 20 Prozent der betriebsangehörigen IG Metall-Mitglieder in der Verwaltungsstelle«*, so der Erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Hanau/Fulda, Robert Weißenbrunner, zur lokalen Bedeutung der VAC. Ein strategisches Problem ist, dass sie nicht »*eigengeführt, sondern … über Fremdkapital eines Finanzinvestors finanziert*« ist, der also wenig an lokaler Verankerung interessiert ist, so Jörg Köhlinger, Bezirksleiter des IG-Metall-Bezirks Mitte. Aktuell scheint es dem Unternehmen nicht schlecht zu gehen: Laut IG Metall wurden in den Jahren 2011 bis 2015 bei rund 450 Mio. EUR Umsatz etwa 150 Mio. EUR als Gewinn entnommen. Was auch immer das für die Entscheidungen vor Ort bedeuten mag: Kapital hat den Drang, sich zu verwerten und die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, der Produktionsablauf muss an dieses Ziel immer wieder angepasst werden. Im Februar 2015 legte die Geschäftsführung Pläne auf den Tisch, bis zu 340 Arbeitsplätze am Standort Hanau abbauen oder verlagern zu wollen.

Doch zunächst wurde eine andere Geschichte in Gang gesetzt. Noch vor Bekanntgabe der Abbaupläne machte die Geschäftsführung der früheren, langjährigen, kämpferischen Betriebsratsvorsitzenden Conny Gramm ein überraschendes Angebot. Sie selbst erklärte dazu: »*Das war schon eine merkwürdige Geschichte. Man macht mir vier Monate vor dem Ende meiner aktiven Arbeitsphase ein sehr lukratives Angebot, wollte die Altersteilzeit um ein Jahr verlängern, damit ich abschlagsfrei in die Rente gehen kann, aber nur unter der Bedingung, dass ich schon Ende Januar 2015 aus der Firma ausscheide. Die VAC wollte mir 16 volle Monatsbezüge ohne jede Arbeitsleistung ‹schenken›.«* Die Gewerkschafterin lehnte ab: *»So einen Abgang wollte ich nicht - ich wollte mit erhobenem Haupt aus dem Berufsleben ausscheiden und nicht zulassen, dass meiner Arbeit als Betriebsrätin auf dem letzten Meter noch ein ›Geschmäckle‹ angehängt werden kann. Deshalb habe ich das Angebot abgelehnt.«* Im Betriebsrat und in der Gewerkschaft wurde diese Geschichte als erstes Anzeichen gewertet, dass sich auf der Geschäftsführungsebene etwas anbahnte.

Die Voraussetzungen zur Führung eines Arbeitskampfes schienen nicht schlecht zu sein. Immerhin hatten Belegschaft und Gewerkschaft den Konflikt von 2008 zu ihren Gunsten entschieden, die Erinnerung daran war noch frisch. Andererseits aber waren der damalige und der aktuelle Angriff nicht von der gleichen Art. 2008 handelte es sich um die Tarifflucht des Unternehmers und damit um eine Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen für alle. 2015 versuchte die Geschäftsführung die Belegschaft zu spalten, indem sie »nur« einen Teil direkt bedrohte: 340 Arbeitsplätze, immerhin ein Viertel, sollten abgebaut werden, und zwar durch Produktionsverlagerung und Ausgliederung von Bereichen wie Lager, Verkehrswirtschaft und Kantine. Die Information darüber wurde »generalstabsmäßig« vorbereitet. Am 18. Februar wurden unmittelbar nacheinander der Wirtschaftsausschuss, der Betriebsrat, die Belegschaft in drei Mitarbeiterversammlungen, die Medien, die lokalen Bundes- und Landtagsabgeordneten, der Oberbürgermeister der Stadt Hanau und der Landrat des Main-Kinzig-Kreises unterrichtet. Die Lokalpresse druckte ganzseitige Interviews mit dem Geschäftsführer.

Betriebsrat und Gewerkschaft hatten nun die Aufgabe, in der um sich greifenden Verunsicherung der Belegschaft Orientierung zu schaffen. Dem Konzept des Unternehmers, dass der Betrieb sich »*besser aufstellen*« müsse, dass »*nur*« einige Teile abzustoßen seien, um »*das Ganze zu retten*«, musste Solidarität entgegengehalten werden: »*In abgestimmten Redebeiträgen konnten wir in insgesamt drei Versammlungen deutlich machen, dass der geplante Abbau von Arbeitsplätzen den Anfang vom Ende des Industriestandorts bedeuten könnte. Wer sicherte denn der Belegschaft zu, dass der auf drei Jahre angelegte Arbeitsplatzabbau wirklich alles war, was der Arbeitgeber vorhatte? Wir stellten mit den uns bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Zahlen die Rentabilität der Aus- und Verlagerungsmaßnahmen infrage. Darüber hinaus stellten wir dar, dass – entgegen der Ankündigung, den Betriebsrat umfangreich zu beteiligen und zu informieren – sich der Betriebsrat jede wichtige Information*

mühselig beschaffen musste. Schon frühzeitig entwickelten sich unsere Ziele, die wir im Rahmen eines Strategie-Wochenendseminars formulierten«, nämlich die Arbeitsplätze zu sichern und die Verlagerungen zu verhindern. Im folgenden wurden die gewerkschaftlichen Strukturen im Betrieb aktiviert, Informationstreffen mit Vertrauensleuten durchgeführt, Lenkungs- und Entscheidungsstrukturen aufgebaut, die rechtlichen Grundlagen angeeignet, Öffentlichkeitsarbeit organisiert usw. usf.

Nachdem es gelungen war, mit dem Unternehmen eine Verfahrensvereinbarung abzuschließen, der zufolge Tarifkommissionssitzungen während der Arbeitszeit und bei voller Entgeltzahlung abzuhalten seien, wurde in einer Mitgliederversammlung der IG Metall eine 44-köpfige Tarifkommission gewählt. Diese wurde beauftragt, Tarifforderungen zu entwerfen und in der Belegschaft zur Diskussion zu stellen.

Die Kommission forderte einen Zukunftsvertrag zur Standort- und Arbeitsplätzesicherung und hilfsweise, sollte er nicht durchsetzbar sein, einen Sozialtarifvertrag. »*Die Strategie lautete wie folgt: Anstatt über einen Sozialplan wollen wir mit dem Arbeitgeber über die Zukunft der Arbeitsplätze und des Standorts verhandeln. In erster Linie forderten wir deshalb tarifliche Garantien, Sicherheiten und Perspektiven für den Standort und die Arbeitsplätze in Hanau. Sollte sich der Arbeitgeber weigern, mit uns darüber zu sprechen, kündigten wir an, dem Arbeitgeber den geplanten Arbeitsplatzabbau durch unsere in der Situation angebrachten hohen Forderungen nach einem Sozialtarifvertrag so teuer wie möglich zu machen.*« Die Verhandlungen zu beiden wurden parallel geführt. Als am Ende der Zukunftstarifvertrag durchgesetzt war, war der Sozialtarifvertrag überflüssig und wurde nicht abgeschlossen.

Streikstrategie

In die Verhandlungskommission wurden auch Mitglieder des Betriebsrats gewählt. In der ersten Runde bot der Unternehmer nichts an, sondern sattelte mit eigenen Forderungen nach Ausweitung der Arbeitszeit drauf. Als Antwort gab es den ersten Warnstreik. Ein Werkstor wurde symbolisch besetzt. Um deutlich zu machen, dass die Belegschaft hinter den Forderungen der Tarifkommission steht, begleiteten 600 Streikende ihre Verhandlungskommission zum Verhandlungsraum.

Ein zweiter Warnstreik am 26. Juni wurde in einer besonderen Form organisiert. Von 6.00 Uhr bis 22.30 Uhr sollten abteilungsweise Beschäftigte in Gruppen von 20 bis 50 Leuten die Arbeit niederlegen und sich in dem vor dem zentralen Werktor aufgebauten Streikzelt aufhalten. Dort gab es neben Verpflegung Informationen über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens. Anschließend stand jeweils der Betriebsrat für eine Stunde zu einem Informationsgespräch zur Verfügung. An der gesamten Aktion beteiligten sich rund 1000 Beschäftigte. *»Und einen weiteren großen Vorteil hatte diese Aktion: Innerhalb eines Tages konnte man so mit rund 1.000 Beschäftigten ins Gespräch kommen, mit ihnen diskutieren, Fragen beantworten, ihnen aber auch Ängste nehmen und teilweise vorhandene Widerstände gegen unsere Vorgehensweise abbauen.«*

Das von VK-Leitung, Verhandlungskommission, IGM-Verwaltungsstelle und IGM-Bezirk Mitte entwickelte Streikkonzept sah vor, in ähnlicher Weise abteilungsweise fortzufahren wie beim zweiten Warnstreik, also nicht, wie 2008, einen Streik der gesamten Belegschaft zu organisieren. Es sollten zunächst die Bereiche mit hoher Fernwirkung auf die Produktion von Kundenbetrieben aufgerufen werden. Über die gewerkschaftlichen Strukturen wurden Kontakte mit Betriebs- und gewerkschaftlichen Aufsichtsräten dieser Unternehmen aufgenommen. Alle Vorbereitungen für ein Scheitern der Tarifverhandlungen, eine mögliche Urabstimmung und einen unbefristeten Streik wurden getroffen. Mit der Absicht, eine entsprechende Wirkung zu entfalten, wurde das alles auch in die Öffentlichkeit verbreitet.

Unterstützung in der Region

Im Jahre 2008 hatte sich über den Betrieb hinaus ein breites Bündnis aufgebaut, das unter dem Namen »Eine Region steht auf« firmierte. Dem gehörten seinerzeit Menschen *»aus vielen Bereichen der Gesellschaft, aus Politik, Verbänden, Betriebsräten, Gewerkschaften, Kirchen bis hin zu Unternehmen«* an. Das wurde 2015 reorganisiert. Der Hanauer Oberbürgermeister bringt in einem Interview in der Broschüre das Interesse der Kommunalpolitik klassisch auf den Punkt: *»Die grundsätzliche Zielsetzung, den VAC-Standort Hanau gleichzeitig als Fertigungsstandort und Innovationszentrum für die Schlüsseltechnologien der VAC beizubehalten, stärkt die Stadt Hanau in ihrem Bestreben, als Hochtechnologiestandort zukunftssicher zu bleiben.«* Ein solches Bündnis trägt zur Stärkung der Kampfkraft der Belegschaft bei, solange diese den Kurs beibehält, dass sie selbst mit ihrer eigenen Kraft die Maßstäbe setzt. Denn den Worten des Oberbürgermeisters, wenn man sie gegen den Strich liest, ist deutlich zu entnehmen, dass es eben nicht um die Rechte der Lohnabhängigen geht, sondern um die Erhaltung des Unternehmens am Standort. Ohne den selbständigen Kampf der Beschäftigten um ihre Interessen sieht Kommunalpolitik in der Regel doch ganz anders aus, nämlich Konzessionen an das Kapital. Hierfür sind gerade derzeit im Zeichen des Umbaus der Innenstadt in Hanau genügend Beispiele zu finden, dass die Stadtführung (SPD, Grüne, BfH-Bürger für Hanau) die Unternehmensinteressen sehr wohl in den Vordergrund zu stellen weiß (vgl. Arpo Nr. 3/2010, S. 14ff).

Ergebnis: Zukunftstarifvertrag

Am 30. Juni, »fünf vor zwölf«, rief die IG Metall zum dritten Warnstreik auf. Dieser fand mehrstündig in dem großen Streikzelt vor dem Werkstor statt, diesmal nicht in Gruppen, sondern in der ganzen im Betrieb befindlichen Belegschaft, soweit sie streikwillig war. An dieser Aktion nahmen über zwei Schichten hinweg mehr als 1000 Beschäftigte teil. Im Anschluss daran fand die fünfte (und wie sich zeigte, letzte) Verhandlungsrunde mit der Unternehmensleitung statt. Das nach 14 Stunden vereinbarte Ergebnis war ein Zukunftstarifvertrag, der nachfolgend in der Zusammenfassung der Broschüre dargestellt wird. Er wurde von der Tarifkommission angenommen, der IG-Metall-Mitgliederversammlung erläutert und in einer unverzüglich anberaumten Urabstimmung mit 95,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in der VAC angenommen.

»**Tarifliche Standortgarantie:**

- Erhalt des Standorts Hanau.
- *Am Standort Hanau werden weiterhin, wie im Jahr 2015, die Produktion und Fertigungstiefe von folgenden Produkten und damit notwendige Investitionen aufrechterhalten: kristalline und rascherstarrte Materialien sowie Dauermagnete, sofern diese Produkte weiterhin von VAC-Kunden in ähnlichem Umfang erworben werden.*
- *Verbot der Verlagerung von Maschinen, Betriebsausstattung oder Betriebsanlagen, die zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung am Standort Hanau stehen und betrieben werden, an andere VAC-Produktionsstätten ohne die vorherige Zustimmung der IG Metall.*
- *Keine Aufspaltung oder Ausgliederung von Betriebsteilen der VAC.*

- *Der Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen für Mitglieder der IG Metall ist bis zum 31.7.2020 zu unterlassen. Keiner wird damit gegen seinen Willen entlassen. Eine gegen diesen Zukunftstarifvertrag verstoßende Kündigung von Mitgliedern der IG Metall ist unwirksam.*
- I*m Falle der Veräußerung der VAC gehen die Rechte und Pflichten aus diesem Zukunftstarifvertrag bis 2023 auf den neuen Eigentümer über.*

Weitere Regelungen des Zukunftstarifvertrags:
- *24 neue gewerbliche Auszubildende sowie die erforderliche Zahl von Dual-Studierenden werden pro Jahr eingestellt.*
- *Bekenntnis und klare Regelung zur Tarifbindung - keine Tarifflucht bis Ende 2025.*
- *Im Rahmen einer Neupositionierung der VAC können in den nächsten vier bis fünf Jahren bis zu 129 Stellen unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und auf Basis der verbesserten Altersteilzeitregelung abgebaut werden. Betriebsrat und Arbeitgeber vereinbaren weitere Gespräche mit der Zielsetzung, die Zahl der abzubauenden Stellen zu verringern. Dies soll durch die Überprüfung der noch nicht abgeschlossenen Einschätzung zu den Verlagerungsrisiken sowie mögliche Ersatzproduktion bzw. neue Hightech-Produkte, die in Hanau hergestellt werden könnten, geschehen.*
- *Verbesserte tarifliche Altersteilzeitregelung.*
- *Vor dem Abbau weiterer möglicher 60 Stellen im Bereich Dauermagnete werden zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber zuvor beschäftigungssichernde Maßnahmen wie Kurzarbeit ergriffen. Der Hintergrund ist, dass in diesem Bereich lang laufende Projekte von Großkunden auslaufen und sich dementsprechend in den nächsten Jahren das Produktionsvolumen reduzieren könnte. Eine gegenläufige und positive Entwicklung durch im Raum stehende Neuaufträge ist ein realistisches Alternativszenario.*
- *Der Einsatz von Leiharbeitern darf nur im Ausnahmefall erfolgen und bedarf der Zustimmung des Betriebsrats.*
- *Die bisher geltenden betrieblichen Regelungen zur Betriebsrente werden für zehn Jahre fortgeführt.«*

Der Abschluss eines Sozialtarifvertrages wurde damit hinfällig, da es keine Arbeitsplatzverluste, Lohnsenkungen oder sonstige negativen Konsequenzen auszugleichen gab.

Eine Bewertung des Ergebnisses sollte zunächst davon ausgehen, dass die VAC-Belegschaft zusammen mit dem Betriebsrat und der IG Metall einen kämpferischen Einsatz geleistet hat, um zum zweiten Mal innerhalb von sieben Jahren einen umfassenden Angriff des jeweiligen Kapitaleigners der VAC abzuwehren. Dabei hat sie in der aktuellen Auseinandersetzung der Versuchung widerstanden, sich spalten zu lassen und die angegriffenen Betriebsteile ihrem Schicksal zu überlassen. Die Voraussetzungen dieser Bereitschaft liegen in der Kampferfahrung von 2008, dem entschlossenen Handeln des betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionskreises und natürlich in dem außerordentlich hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Hinzu kommt als Rahmenbedingung die starke wirtschaftliche Positionierung der VAC, die die Schwäche von 2008 (hohe Verschuldung) hinter sich gelassen hat.

Dennoch bleiben Sorgen, die es erfordern, die Kampfbereitschaft hochzuhalten. Gerüchte wollen nicht verstummen, dass der VAC schon in den nächsten Jahren oder gar Monaten ein erneuter Verkauf bevorsteht. Der neue (oder auch der bisherige) Eigner könnte an Betriebsrat, Gewerkschaft und Belegschaft mit dem Ansinnen herantreten, dass Verschlechterungen der Marktposition eine »Anpassung« des Zukunftstarifvertrages erfordern. Ohnehin bedeutet schon die »normale« betriebliche Praxis, dass die einzelnen Bestimmungen, von denen etliche den Charakter von Versprechungen bzw. Absichtserklärungen haben, in ihrer Umsetzung Verhandlungsmacht und -geschick in der Interessenwahrnehmung der Beschäftigten erfordern.

Insgesamt ziehen Gewerkschaft, Betriebsrat und sonstige Aktive eine positive Bilanz. Man hat den Angriff zurückgeschlagen, dem Kapital Grenzen gesetzt und darf zuversichtlich sein, »dass die im Arbeitgeberverband organisierten Unternehmen sehr genau darauf geschaut haben, was bei der Vacuumschmelze passiert ist. Das sollen sie auch. Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze bei der VAC war exemplarisch und kann somit auch dafür sorgen, dass andere Unternehmen in der Region von vergleichbaren Plänen Abstand nehmen«. 5.10.2015 ■

Auch sonst weiß sich die Hanauer IG Metall als im hessenweiten Maßstab links und kämpferisch zu positionieren: Zum Gewerkschaftstag der IG Metall hat tedie Verwaltungsstelle Hanau/Fulda folgenden Antrag gestellt:

»Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Aufgabe der IG Metall ist in erster Linie, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder zu fördern. Dies steht in § 2 der Satzung der IG Metall. Dies kann nur gegen den Widerstand der Unternehmer erfolgen. Die Darstellung in dem ›Debattenpapier zum Gewerkschaftstag 2015‹, in dem sich die IG Metall als ein Partner darstellt, ist weltfremd. Der erneute Beginn einer Debatte für ein neues ›Bündnis‹ zur Industrie ist desorientierend und weist in die falsche Richtung. Die negativen Erfahrungen mit dem ›Bündnis für Arbeit‹ (in den neunziger Jahren unter dem damaligen IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel, d. Red.) *dürfen dabei nicht ignoriert werden.*

Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand der IG Metall auf, die Interessen der Mitglieder stärker in den Vordergrund zu stellen, Aufklärung und Mobilisierung, dass nachhaltige Fortschritte nur kämpferisch gegen die Arbeitgeber durchzusetzen sind, sind voranzutreiben.«

Soweit bekannt, ist dieser Antrag der einzige zum Gewerkschaftstag, der sich **gegen das Bündnis »Zukunft der Industrie«** als Plattform zur »Förderung von Industrie 4.0« zwischen BDI, Bundeswirtschaftsministerium und IG Metall ausspricht. ■

Finnland
Landesweiter Streik

Erste Machtprobe zwischen Gewerkschaften und neuer Regierung

Am Freitag dem 18. September streikten ca. 300.000 Arbeiter und Angestellte im ganzen Land. Der öffentliche Verkehr stand still, Post wurde nicht verteilt, Finnair-Maschinen blieben am Boden, Bildungseinrichtungen waren geschlossen.

Politische Grundlagen...

Am 19. April des Jahres waren Wahlen zum finnischen Reichstag. Die letzte, eine ursprünglich aus sechs Parteien bestehende, selbst für finnische Verhältnisse sehr breite Konsensregierung (Sammlungspartei (Kok), Sozialdemokraten (SDP), Grünen (Vihr)[3)], des Linksverbandes (Vas)[3)], der Schwedischen Volkspartei (RKP) und den Christdemokraten (KD), wurde abgewählt.

Stattdessen kam eine Koalition unter Führung der Zentrumspartei (Kesk), den rechtspopulistischen Basis-finnen (PS), den bis dahin einzigen Oppositionsparteien und der bisher den Ministerpräsidenten stellenden Sammlungspartei (Kok), zustande.

Besonders abgestraft für die Teilnahme als Juniorpartner der großbürgerlichen konservativen Sammlungspartei wurden die Sozialdemokraten, die 2,6 Prozent ihrer Wählerstimmen einbüßten. Gewinner waren neben der Zentrumspartei, die vornehmlich im ländlichen Finnlands (Ausnahme ist die schwedischsprachige Landbevölkerung an der Westküste, die traditionell durch die Schwedische Volkspartei repräsentiert wird), dominierend war und wieder ist, die Rechtspopulisten (PS), die aber auch Stimmen verloren, aber dennoch mehr Stimmen als die SDP erhielt. Die Basisfinnen profitierten von der Verschlechterung der ökonomischen Situation, die durch Nokia und die Wald- und Holzindustrie einen Namen erhielt. Die damit verbundene Verunsicherung der Bevölkerung, verstärkt durch die EU-Schuldenkrise und die sich abzeichnende Flüchtlingsbewegung, konnten von der populistisch auftretenden Partei seit Jahren aufgenommen werden. Themen, in der die bisherige Konsensregierung unter maßgeblicher Beteiligung der sozialdemokratischen Minister eine harte Linie vorgab.

Besonders die Sozialdemokraten waren Opfer ihrer Koalitionspolitik, die eine Verminderung der Staatsausgaben von sieben Milliarden Euro und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 zu verantworten hatte. Diese Regierung gilt bisher als die ineffektivste und unpopulärste Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nun sind die Sozialdemokraten raus aus der Regierung. In den Regierungsverhandlungen lehnten sie aus gut nachvollziehbaren Gründen eine erneute Beteiligung an einer zentrumsgeführten Regierung ab. Die Zentrumspartei ging eine Koalition mit der stärksten Oppositionspartei, den Populisten ein. Eine machtpolitisch durchdachte Entscheidung (sie FN). Die großbürgerliche Klientel wurde berücksichtigt durch die Hereinnahme von Kok.

Es sind jetzt Parteien in der Regierung, die den *»Querschnitt des Volkes«* vertreten. Die PS als selbst ernannte »größte Arbeiterpartei«, Partei der kleinen Leute, der Rentner etc. mit den Überläufern unzufriedener sozialdemokratischer Gewerkschaftsmitglieder (der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in Finnland bei 75 Prozent), Kesk als Vertreterin der Landbevölkerung und Kok als Vertreter der großindustriellen Interessen.

...und ökonomische Grundlagen des Streiks:

Seit dem Jahr 2007 sank in Finnland das Bruttonationalprodukt um fünf Prozent; 2015 war das vierte Jahr mit negativen Zuwachsraten in Folge. Die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und die Gegenmaßnahmen Russlands, dem lange größten Absatzmarkt, haben die Situation erheblich verschärft. Deutschland übernahm die Spitze als Exportzielland. Die Importbeschränkungen durch Russland betreffen besonders die Landwirtschaft und Bauindustrie/ Handwerk, aber auch die Wald- und Holzindustrie. Die Staatsschulden haben sich innerhalb von zehn Jahren verdoppelt, liegen bei 63 Prozent des BNP; was im europäischen Vergleich immer noch gering ist.

Auf diesen Grundlagen galt es der Regierung Juha Sipila, einem als Subunternehmer von Nokia reich gewordenem Zentrumspolitiker, als sicher, eine so genannte Produktivitätsoffensive starten zu können. Die Produktivität soll um fünf Prozent gesteigert werden, um die Exportfähigkeit der finnischen Industrie wieder zu verbessern.

In drei Verhandlungsrunden, die letzte im September, die mit einem ultimativen Verhandlungsdatum versehen war, versuchte die Regierung einen Gesellschaftsvertrag zur Erreichung des Ziels der Senkung der Arbeitskosten pro Einheit um 5 Prozent zu erreichen. An diesen seit dem Frühjahr stattgefundenen drei Verhandlungsrunden waren Vertreter der Regierung, der Unternehmensverbände und der Gewerkschaft (Dreiparteienverhandlung) beteiligt. Auch die letzte Verhandlungsrunde führte zu keinem Ergebnis, da die vorgesehenen Maßnahmen der Regierung in die Tarifautonomie der Gewerkschaften eingegriffen hätten.

Vorstellungen der Regierung zur Durchsetzung der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit

Die Regierung drohte daraufhin mit der gesetzlichen Regelung zur Erreichung der vorgegebenen Marge von fünf Prozent durch die:

- Verkürzung des Urlaubes für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes – 30 statt 38 Tage (= allgemein übliche Urlaubszeit)
- Wiedereinführung eines Karenztages im Krankheitsfall, Senkung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent
- Halbierung des Entgelts für Überstunden
- Verminderung der Sonntagszulage mit 25 Prozent für Krankenpflegepersonal und Polizei
- Umwandlung von zwei gesetzlichen bezahlten Feiertagen in unbezahlte Freizeit
- Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung der Arbeitgeber um 1,72 Prozent
- Teilweise Zahlung der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeitnehmer

Reaktion der Gewerkschaften – Streik

»Löhne sinken um zehn Prozent – deshalb sind wir hier«. Die **Androhungen von gesetzlichen Maßnahmen** nach dem

Scheitern der dritten Verhandlungsrunde waren dann Auslöser des Aufrufes zum Streik am 18. September.

Stauer, Arbeiter aus der Zelluloseindustrie, der Metallindustrie, Angestellte des Öffentlichen Dienstes, wie Lehrer, ErzieherInnen, Pflegekräfte, Lokomotivführer und das weitere Zugpersonal, Postangestellte, Beschäftigte des Überlandbusverkehrs, der städtischen Verkehrsbetriebe usw., legten ab 6 Uhr für 24 Stunden ihre Arbeit nieder. Allein in Helsinki beteiligten sich 30.000 Streikende an der Streikkundgebung. **Studenten nutzten diesen Anlass zur Besetzung eines Gebäudes der Universität Helsinki, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen**.

Dieser Streik wurde nicht als Generalstreik benannt. Diese Benennung unterblieb trotz der Zulässigkeit von politischen Streiks in Finnland, z.B. Solidaritätsstreiks, sofern sie nicht in laufende Tarifverträge eingreifen. Vermutlich will man die Gewerkschaftsführung eine Kompromisslösung nicht erschweren, die jedoch nicht in die Tarifautonomie eingreifen darf.

Eine weitere Überlegung spielt dabei eine Rolle – Vorzeitige Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen, da die Wähler der Basisfinnen durch die Haltung ihrer Regierungsmitglieder, sowohl in der Frage der Haushaltseinsparungen zu Lasten der sozial Schwächeren, als auch in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen in Konflikt zu diesen kommen.

1). **Wahlergebnisse:**	**2015**	2011	Meinungsumfrage Sept. 2015
Zentrumspartei	**21,1**%	15,8%	21,7%
Sammlungspartei	**18,2**%	20,4%	18,0%
Basisfinnen	**17,7**%	19,1%	10,7%
Sozialdemokraten	**16,5**%	19,1%	18,3%
Die Grünen	**8,5**%	7,3%	12,7%
Linksverband	**7,1**%	8,1%	8,3%
Schwed. Volksp.	**4,9**%	4,3%	4,8%

3) Der Linksverband verließ im Frühjahr 2014 die Regierung wegen geplanter Einsparung an den Hochschulen, die Grünen verließen im Herbst 2014 aus Protest gegen die russische Beteiligung (Rosatom) am Bau eines neuen Atomkraftwerks die Regierung.
Als Grund muss man die Hoffnung auf eine bessere Ausgangsposition für die Wahlen im Frühjahr ansehen, da die Konsensregierung eine Senkung der Ausgaben um siebenMilliarden Euro und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre beschlossen hatte. Dieses führte nach Umfra-ge der Zeitung Helsingin Sanomat dazu, dass nur noch eine von zehn Personen der Regierung eine gute bis sehr gute Arbeit, aber sechs von 10 eine schlechte bis sehr schlechte Arbeit bescheinigte.

Somit steht die SDP mit Antti Rinne, einem ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden, in der Warteschleife.

Gewerkschaftliche Gegenvorschläge

Um eine friedlich-schiedliche Lösung herbeiführen zu können, machte der Gewerkschaftsverband SAK, vergleichbar mit dem DGB, Gegenvorschläge zu Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit:

- Nullrunde für 2017 und Lohnerhöhung für 2018, die durch die Entwicklung der Exportbranche definiert wird,
- Senkung der Sozialabgaben der Arbeitgeber um 1,72Prozent, finanziert durch Steuererhöhungen oder erhöhte Abgaben der Arbeitnehmer
- Paritätische Beteiligung an der Arbeitslosenversicherung
- aber keine gesetzlichen Eingriffe in Urlaubs-, Überstunden-, Kranken- und Sonntagsvergütungsregelungen

Die Resonanz in der Öffentlichkeit

Nach den Auseinandersetzungen um den Gesellschaftsvertrag, der Entscheidung der Regierung entgegen der Versprechungen in den Wahlprogrammen der nunmehr stärksten Parteien und der Regierungserklärung, in der Absage an die Griechenlandhilfe, der rigiden Haltung gegenüber der Quotierung von Flüchtlingsverteilung, der dann realpolitischen Anpassung der Regierung an die Haltung der Bundesregierung Deutschland in diesen Fragen, kam es im September 2015 für die Basisfinnen zu einem sehr ernüchternden Umfrageergebnis[2)]:

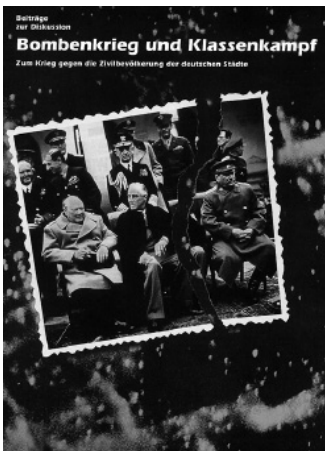
Die Basisfinnen, die zur Reichstagswahl[1)] noch 17,3 Prozent erhielten, fielen in der Umfrage auf 10,7 Prozent zurück und wurden durch die Grünen (12,7 Prozent) noch überholt. Nutznießer des Absturzes der Basisfinnen sind die Sozialdemokraten, die gegenüber der Wahl im April 2015 von 16,5 Prozent (2011 noch 19,1 Prozent) wieder auf 18,3 Prozent in der Zustimmung zulegten. Diese Entwicklung spricht für eine sich überlappende Wählerschaft, die insbesondere durch die Regierungssparmaßnahmen betroffen sind.

Ein Mitglied des Reichtages und der Basisfinnen, Vesa Matti Saarakkala äußerte sich gegenüber dem finnischen Fernsehsender Yle wie folgt: *»Ich bekam so viel Beschimpfungen (auf den öffentlichen Markplatztreffen) wegen der Sparmaßnahmen, dass ich nicht überrascht bin. Die Kritik an diesen Sparmaßnahmen waren steinhart.«* 1.11.15 ■

Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld
April 1989, Auton. Nahostgruppe HH und Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 | 2,00 EUR

Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Weiße Flecken
Über die tatsächliche Geschichte der Sowjetunion
Dez. 1990, Gruppe Arbeiterpolitik
74 Seiten A4, | 4,00 EUR

Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992 und Gruppe Arbeiterpolitik
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Bombenkrieg und Klassenkampf
Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte
Nov. 2008, Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 zweifarbig | 2,00 EUR

Zu den Auswirkungen der Digitalisierung der Produktion – Fluch oder Segen?

1 Große, leere Worte der DGB- und Gewerkschaftsführungen: In einem Boot mit den Unternehmern

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte die Maikundgebungen 2015 unter das Motto *»Die Zukunft der Arbeit bestimmen wir«* gestellt – im Wissen um die anstehende Digitalisierung der Arbeitswelt. Vorsitzender Rainer Hoffman sprach in seiner Lübecker Rede davon, dass die Digitalisierung die Gewerkschaften herausfordere, *»die Arbeit der Zukunft zu gestalten.«* Groß sei die Befürchtung, dass Globalisierung und Digitalisierung auf Kosten der Beschäftigten gehen. Zu einem digitalen Prekariat mit einer Bourn-Out-Elite dürfe es nicht kommen. Er forderte eine neue *»Humanisierungspolitik, um die Chancen der Digitalisierung der Arbeitswelt zu nutzen«*, ließ sich aber nicht darüber aus, wie dieses nicht weiter konkretisierte Ziel erreicht werden sollte.

Noch im Mai kam der Angriff der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA. Sie warnte in ihrem Positionspapier *»Chancen der Digitalisierung nutzen«* vor Auflagen für Zeitarbeit, Werks- und Dienstverträgen. Diese würden eine erfolgreiche Digitalisierung erschweren. Nur mit diesen erfolgreichen Instrumenten ließen sich die zu erwartenden Schwankungen der Auftragslage ausgleichen. Außerdem sprach sich die BDA dafür aus, die tägliche Höchstarbeitszeit auszusetzen und stattdessen eine Wochenhöchstarbeitszeit zu vereinbaren. Das würde bedeuten, den von der Arbeiterbewegung erkämpften Acht-Stunden-Tag – der jetzt schon zeitweise bis auf zehn Stunden ausgeweitet werden kann – ganz abzuschaffen.

Der DGB antwortete seinerseits mit einem Positionspapier. Er wirft der BDA vor, die Digitalisierung von Produktion und Dienstleistungen für weitere Liberalisierungen des Arbeitsmarktes nutzen zu wollen: Dem Markt alle Regulierungen überlassen und damit das Arbeits- und Sozialrecht diskreditieren. Sie wolle die Digitalisierung darüber hinaus dazu nutzen Mitbestimmungsrechte anzugreifen, Arbeitszeit auszuweiten und Arbeitsplätze durch Werksverträge noch unsicherer machen.

Der DGB fordert, die Digitalisierung müsse unbedingt politisch gestaltet werden, weil die Perspektiven noch ungewiss seien. *»Einerseits eröffnet die Digitalisierung neue Potenziale für eine Humanisierung der Arbeit. Andererseits besteht das Risiko der Entgrenzung, Prekarisierung und Substituierung menschlicher Arbeit.«* Eine neue Technik müsse mit den Beschäftigten und ihren betrieblichen Vertretern erreicht werden. Über eine lebensbegleitende Weiterbildung müssten die Kompetenzen der Arbeitnehmer ausgebaut werden, damit viele Beschäftigte davon profitieren könnten. Der DGB fordert Regeln für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, damit die Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit nicht verwischt werden. Geregelt werden müssten auch von Betrieben vorgegebene Leistungsziele, um Überlastung und psychische Erkrankung zu verhindern.

Digital vernetzte Arbeit muss nicht mehr in der Firma zu zeitlich festgesetzten geleistet werden. Deshalb sind Entgrenzung und Flexibilisierung möglich. Den Beschäftigten wird mehr Freiheit in der Gestaltung ihres Lebens vorgetäuscht – ganz im Gegensatz zur Wirklichkeit. Der globale Konkurrenzkampf treibt die Unternehmer dazu, die Beschäftigten nach Bedarf einzusetzen. Doch noch steht den Unternehmern die »Ankerfunktion« des Rumpf-Acht-Stunden-Tages im Wege.

Der Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit steht auch hinter der wachsenden Zunahme von Werksverträgen bei der Digitalisierung. Die BDA will darin nicht in erster Linie Einsparungsmöglichkeiten, sondern die fortschreitende Spezialisierung der Arbeit sehen. Die Gewerkschaften sehen sich jedoch auf den Plan gerufen, weil die Kernbelegschaften in der Produktion – ihre Klientel – betroffen sind.

Fast die Hälfte der Firmen, die auf der Basis von Werksverträgen arbeitet, hält sich nicht an Tarifverträge. Die IGM sieht hier das Prinzip »*Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn*« durch Dumping gefährdet. Ihre bundesweiten Protestveranstaltungen am 24.9.15 konnten allerdings nicht zu mehr als zu ihrer Legitimation vor den Mitgliedern dienen. (In Bremen protestierten von den vielen Tausend Daimler-Beschäftigte nur 200: Die IGM lässt hier von Abmahnungen betroffene Kollegen, die gegen Fremdvergabe die Arbeit niedergelegt hatten, im Regen stehen.) Nun will die IGM das Problem ungleicher Bezahlung über Mitgliederwerbung bei den Werkvertragsfirmen angehen.

Die Gewerkschaften sehen Probleme und fordern Regelungen – doch sie sind Stütze der Unternehmer im globalen Konkurrenzkampf der Konzerne.

Bündnis »Zukunft der Industrie«

Schon im November 2014 hatten Wirtschaftsminister Gabriel, der BDI-Präsident Grillo und der IGM-Vorsitzende Wetzel ein Bündnis zur Erneuerung der deutschen Industrie vereinbart. Vorläufer dafür gab es schon mit der »Konzertierten Aktion« (70er Jahre) und dem »Modell Deutschland« (90er Jahre). Dass die Gewerkschaften mit ihrer Sozialpartnerschaftspolitik besonders nach dem Mauerfall erkämpfte Standards aufgeben haben, also schwerwiegende Niederlagen einstecken mussten, stört sie nicht. Hauptsache sie sind als Verhandlungspartner von der Gegenseite akzeptiert und

sitzen mit am Tisch – auch bei einer weiter herabgestuften Sozialpartnerschaft.

Gemeinsam erklärten der Wirtschaftsminister, die Unternehmer und die IGM unter dem Titel *»Zukunft der Industrie«*: *»An der Schwelle eines neuen Industriezeitalters, wo globale Wertschöpfungsanteile, Innovationsfüh-rerschaften und Produktionsstandorte neu umkämpft sind, braucht Deutschland eine konzertierte Aktion. Das Ziel: die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa sichern. Die Aufgabe: die umfassenden Herausforderungen systematisch und kooperativ angehen durch politische Initiative, durch unternehmerisches und gewerkschaftliches Engagement in einem Aktionsbündnis von Bundesregierung und Sozialpartnern.« ... »Die Industrie ist … in Deutschland ein wesentlicher Garant für Wohlstand, Wachstum, technologische Innovation und zukunftssichere Arbeitsplätze.«* Das gemeinsame Ziel sei die Schaffung von wieder mehr und besseren Industriearbeitsplätzen in Deutschland. Konkrete Handlungsempfehlungen sollen u.a. zur Zukunft der Arbeit in der Industrie und industrienahen Dienstleistungsbereichen, zu Wertschöpfungsstrukturen der Zukunft sowie zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erarbeitet werden. Die Bundesregierung will die Forschung mit dem Programm »Gute Arbeit im digitalen Zeitalter« mit einer Milliarde Euro unterstützen.

Unter Ausschluss von ver.di und NGG, die auch in Industriebetrieben Mitglieder haben, hoben die vier DGB-Gewerkschaften IGM, IG Chemie, IG Bau und EVG im April in einer Erklärung hervor, die Zukunftsfähigkeit der Industrie sei nur mit Intelligenz, Innovation und Investitionen gegeben. Die Entwicklung der heutigen Wirtschaft zeichne sich durch eine arbeitsteilige Integration von Güterproduktion und Dienstleistung aus. Während im Prozess der Digitalisierung der Wirtschaft die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungen verschwimmen, kochen also die Industriegewerkschaften ihr eigenes Süppchen. Den DGB gibt es nur auf dem Papier.

Bei einem zu erwartenden verschärften Konkurrenzkampf durch die Digitalisierung der Produktion stehen die deutschen Industriegewerkschaften wie bisher an der Seite der deutschen Unternehmer. Grundsatz der IGM-Politik ist, auf sozialpartnerschaftlichem Wege *»die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern«*. Erinnern wir uns: Die Agenda 2010 des sozialdemokratischen Kanzlers Schröder mit ihrem Sozialabbau durch Harz IV ermöglichte die wirtschaftliche und politische Führungsrolle Deutschlands in der EU. Welche Rolle die IGM der Digitalisierung der Produktion beimisst, zeigt sich an der Wahl der Expertin Christiane Benner zur zweiten Vorsitzenden.

Im Konkurrenzkampf setzt sich heute derjenige durch, der flexibel auf Kundenwünsche eingehen kann. Kurzfristig auf Aufträge reagieren zu wollen, heißt, flexibel produzieren zu müssen. Dafür wollen die Unternehmer die Arbeit im Betrieb organisieren. Wird flexibel produziert, so sind flexible Arbeitsmärkte erforderlich und Maschinen geben den Beschäftigten den Takt vor. Das treibt die Unternehmer dazu, die von den Belegschaften erkämpften Arbeitsbedingungen abbauen wollen. Soziale Sicherheit, die bis zum Mauerfall Aushängeschild Westdeutschlands gegenüber der DDR-Bevölkerung war, ist für die Profitproduktion längst hinderlich geworden. Über die Mitbestimmung im Betrieb Arbeitsabläufe mitgestalten zu wollen, bedeutet angesichts des globalen Konkurrenzkampfes Unterordnung unter die Strategie der Firma. Haben die Lokführer und die Beschäftigten der Berliner Charité auch erfolgreich einen Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen erkämpft – in der Industrie drückt der globale Konkurrenzkampf. Und der führt dazu, dass immer mehr Unternehmer die Arbeitgeberverbände verlassen, um sich Tarifverträgen zu entziehen.

Der Acht-Stunden-Tag

Der Acht-Stunden-Tag war eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung. Aufgekommen war sie in den 1830er Jahren in der britischen Arbeiterbewegung. International aufgestellt wurde sie auf dem Sozialistenkongress 1889 in Paris. Sie wurde zur zentralen Losung für den 1. Mai, der **ab 1890** weltweit als Kampftag der Arbeiter begangen wurde: *»Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung«*. **1918** führten die revolutionären Aktivitäten der Arbeiter zur gesetzlichen Festschreibung des Acht-Stunden-Tages in Deutschland.

1923 konnte die Unternehmerseite den gesetzlich verankerten Achtstundentag wieder aushebeln. Die Arbeits-zeitverordnung vom 21. Dezember 1923 gestattete neben dem Achtstundentag auch einen Zehnstundentag. Im 2. Weltkrieg waren Arbeitszeitregelungen außer Kraft gesetzt. Nach seinem Ende wurde der Acht-Stunden-Arbeitstag bei einer 48-Stunden-Arbeitswoche wieder eingeführt.

Ab 1965 Die 40-Stunden-Woche setzte sich nach der Gewerkschaftskampagne »Samstags gehört Vati mir«; in Westdeutschland durch. Nach zehn Jahren Arbeitskampf wurde **1990** die 35-Stunden Woche teilweise durchgesetzt. Ab Mitte der 1990er Jahre setzten die Betriebe der Metallindustrie jedoch schrittweise die Arbeitszeit wieder auf 40 Stunden hoch, zuerst für außertariflich bezahlte Arbeitnehmer.

Aktuell liegt die erlaubte Höchstarbeitszeit immer noch bei acht Stunden. Vorübergehend ist eine Ausdehnung auf zehn Stunden erlaubt, wenn dies innerhalb von einem Jahr wieder ausgeglichen wird, sodass ein Durchschnitt von acht Stunden erreicht wird. Mit bezahlten Überstunden kann auch eine 50-Std-Woche erreicht werden. 2004 arbeitete ein Vollzeitbeschäftigter im Schnitt 42 Stunden pro Woche und damit deutlich länger als tarifvertraglich vereinbart. ■

2 Was ist heute technisch revolutionär?

Revolutionäre Schritte in der industriellen Entwicklung

Die **1. industrielle Revolution** begann in Großbritannien mit der anfangs noch hölzernen Spinning Jenny. Dadurch dass mit ihr gleichzeitig mehrere Spindeln angetrieben werden konnten, wurden Spinner arbeitslos. Auf die Spinnmaschine folgte der mechanische Webstuhl. Muskelkraft wurde zunächst durch ein Wasserrad und dann durch die Dampfmaschine ersetzt.

Als **2. industrielle Revolution** bezeichnet man den Übergang zur Massenproduktion, die Ford Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Fließband einleitete.

Als **Industrie 3.0** wird am Ende des 20. Jahrhunderts die Einführung der Industrieroboter zur Unterstützung der Arbeiter am Fließband gesehen.

Die Kommunikation unter Robotern, das Internet der Dinge, wird auch als **4. industrielle Revolution** gesehen. Produziert werden kann gezielt nach individuellem Kundengeschmack, und nicht mehr nur das Massenfabrikat.

Um im unerbittlichen Konkurrenzkampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt hohe Gewinne erzielen zu kön-nen,

sind die die Unternehmen gezwungen, die Arbeitskosten zu senken. Deshalb gibt es eine lange Entwicklung des Ersetzens menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen. Jeder technische Fortschritt bedeutet Produktivitätssteigerung und Rationalisierung. Mit dieser Entwicklung einher geht eine gewaltige Zunahme der Produkte, die eine Verschärfung der Konkurrenz zur Folge hat. *»Kaum etwas wird die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ebenso wie das soziale und kulturelle Umfeld so verändern wie die digitale Vernetzung.«* (Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel)

Das Internet der Dinge bringt nicht nur Rationalisierungs- und Produktivitätsschübe sowie eine damit stattfindende gewaltige Ausweitung der Produktion, die zu einem verstärkten globalen Konkurrenzkampf führt. Die Auswirkungen werden darüber weit hinausgehen.

Digitalisierung der Produktion

In der digitalen Produktion werden Informationstechnik und Mechanik in einem komplexen System verbunden. Nicht nur Menschen, sondern Maschinen und Werkstücke kommunizieren dann in Echtzeit, temporär über drahtlose bzw. drahtgebundene Netze wie das Internet miteinander, das Internet der Dinge. Fahrerlose Transportfahrzeuge erledigen eigenständig Logistikaufträge.

Die Fertigung organisiert sich selbst, weil in jedem Teil der Wertschöpfungskette Software steckt – von der Produktentwicklung bis zum Service. Noch ist die Autonomie des Systems und der Geräte weitgehend auf einige motorische Abläufe beschränkt. Doch nach und nach wird künstliche Intelligenz in wachsendem Maße die menschliche ersetzen. Besonders in der Übergangszeit werden die Erfahrungen langjährig Beschäftigter gebraucht, um auftretende sensorische Lücken schließen zu können. Am Ende der Entwicklung stehen dann Produktionsanlagen, die sich überwiegend selbst verwalten, überwachen, warten und selbständig den Güternachschub sowie die Logistik regeln.

Schon seit Fords Einführung des Fließbandes ist die Automobilproduktion in der Revolutionierung der Produktionsweise vorneweg. Hier wird der Arbeitsprozess schon heute von den Geräten selbst weitgehend autonom gesteuert. Im Kompetenzzentrum der Daimler-C-Klasse z.B. werden z.Zt. 1500 Roboter noch hinter Schutzgittern eingesetzt. Vorangetrieben wird die komplette Vernetzung aller Werksprozesse, die digitale Planung sowie Prozessverbesserungen. Die vier Produktionsstätten der C-Klasse sind weltweit vernetzt. Bei Audi wird bereits ein Roboter erprobt, der über eine Kamera, Annäherungs- und Berührungssensoren und Rechner mit einem Menschen ohne Schutzgitter zusammenarbeitet. Zulieferer, die früher nur mechanische und elektrische Teile geliefert haben, bauen nun auch Elektronik und programmieren Software. Zehntausende Bosch-Ingenieure sind Programmierer. Im Sektor der Automobilproduktion ist eine unternehmensübergreifende Vernetzung der Digitalisierung zu erwarten. Der nächste Sieben-Jahre-Modellzyklus wird die nächsten Schritte zeigen.

Der Digitalisierungsprozess ist allumfassend. Er findet in der Produktion wie im Dienstleistungssektor statt: Computerprogramme können schneller als Menschen bestimmte Veränderungen an den Börsen erkennen und auf diese dann automatisch reagieren. Ähnliches ist künftig auch in der industriellen Produktion denkbar. Ist die Produktion mit großen vernetzten Robotern auch noch in der Entwicklung, Einzelteile werden jetzt schon weltweit digital produziert: Der 3-D-Drucker mit seiner in Schichten aufbauenden Fertigung produziert aus Metallpulver Bauteile, die im Rechner programmiert worden sind. In der deutschen Flugzeugindustrie wird diese Technologie ab 2016 eingesetzt. Eine Materialersparnis von 90 Prozent wird erwartet.

In den USA, wo die Entwicklung der Software weiter als in Europa ist, liegt das Augenmerk nicht nur auf der bloßen Produktion: Es geht vielmehr um die breiten Zusammenhänge entlang der ganzen Herstellungskette, in denen gedacht und gewirkt werden muss. Im Industrial Internet Consortium (IIC) ziehen kleine und große Firmen, Verbände, Forschung und Regierung an einem Strang. Als internationaler Konzern spielt Bosch eine Hauptrolle im ersten veröffentlichten IIC-Innovationsprojekt, bei dem es um vernetzte Industriewerkzeuge geht. Allerdings: *»Die reichsten Unternehmen der Welt arbeiten inmitten einer Region mit der höchsten Armut«*, so ein US-Gewerkschafter.

In Deutschland hängen 15 Millionen Arbeitsplätze direkt und indirekt von der produzierenden Wirtschaft ab. Nach einem Gerangel der Industrieverbände hat die Bundesregierung begonnen zu koordinieren und propagiert: Wenn Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft gemeinsam die digitale Revolution aktiv mitgestalten, können Wohlstand und Lebensqualität für alle steigen.

Am 14. April dieses Jahres ist dafür die erweiterte Plattform Industrie 4.0 gestartet worden. Beteiligt sind Vertreter der Industrie, Politik, Gewerkschaften (IG Metall) und Wissenschaft.

3 Was für den Menschen drinliegt

Die Informationstechnik ist dabei alle Bereiche unserer Wirtschaft zu durchdringen. Im Gegensatz zu den bisherigen technischen Revolutionen zielen heute die Erneuerungen auf den Kernbereich unserer Fähigkeiten, auf unsere Sinne, unserer Wahrnehmungen, unser Denken.

Wer sich damit befasst, erkennt: Das Ergebnis könnte eine Welt sein ohne Plackerei und voller Wohlstand, voller Möglichkeiten, das Leben selbstbestimmt zu gestalten, Krankheiten und Gefahren schnell zu erkennen und ihnen damit zu begegnen. Schon heute kann ein Chirurg viel zuversichtlicher ein Herz operieren, wenn er es vorweg schon von einem dreidimensionalen Modell kennt, das ein 3-D-Drucker schichtweise mit etwa ein Zehntel Millimeter dicken Schichten aufgebaut hat.

Die Digitalisierung der Produktion könnte den Menschen also neue Lebensperspektiven eröffnen: Durch das Internet der Dinge könnte die zum Leben notwendige Arbeitszeit auf ein Minimum verkürzt werden, anstatt dass die Arbeitsplätze von Millionen lohnabhängig Beschäftigter überflüssig werden. Perspektivisch gesehen wäre es dann nicht mehr notwendig, dass alle Menschen sich zwangsweise auf einen Beruf spezialisieren, nur eine Arbeit verrichten, die sie nicht befriedigt, oder sie gar krank macht. Sie könnten die Freiheit erhalten, ihre persönlichen vielfältigen Fähigkeiten zu entwickeln und ihren eigenen Neigungen nachzugehen. Arbeit wäre also nicht mehr Zwang. Darüber hinaus könnten sie sich entsprechend ihrer Fähigkeiten auf einer der Stufen der menschlichen Gesellschaft verantwortungsvoll und kritisch einbringen. Schwebte das dem DGB-Vorsitzenden Hoffmann bei seiner Mai-Rede vor? Marx und Engels haben diese Perspektive unter anderen gesellschaftlichen Verhältnisse schon 1845/46 in »Die deutsche Ideologie« angesprochen. (MEW Bd. 3, S. 33.) Was steht dem also im Wege? Sehen wir uns die Auswirkungen dieser Entwicklung an.

4 Auswirkungen auf die lohnabhängig Beschäftigten – nicht erst morgen

DGB-Vorsitzender Hoffmann will die Arbeit der Zukunft gestalten. Er blieb in seiner Rede am 1. Mai bei allgemeinen Worten. Über die Auswirkungen auf die Beschäftigung in

den Betrieben wird auch von Regierungs- und Wirtschaftsvertretern gern hinweggeredet.

Geschäftsleitungen, Vorstände und ihnen freundlich gesinnte Medien versuchen Belegschaften mit Hinweis auf die Verrentung der Babyboomerjahrgänge und das Nachrücken geburtenschwacher Jahrgänge zu beruhigen. Dadurch werde es möglich, die für den menschlichen Körper anstrengenden, problematischen Arbeitsplätze abzuschaffen, ebenso werde eine Umstellung auf weitere technische Erneuerungen ohne Entlassungen möglich. Nicht wenige Betriebsräte denken auch so und glauben an einen kontrollierten Strukturwandel. Ihr Blick erfasst die Entwicklung, deren Anfang sie jetzt erfahren, allerdings nur teilweise

Ist die Umstellung auf digitale Produktion auch teuer, für die Herstellung digitaler Produkte werden ganz erheblich weniger Beschäftigte gebraucht als vorher; die Herstellungskosten schrumpfen. Letztlich sind die Lohnkosten dann minimal.

Für die Umstellung der Produktion auf digitale Vernetzung werden qualifizierte Fachkräfte gebraucht, die die neuen komplexen Produktionsabläufe verstehen. Wie es aussieht, wenn sie erst einmal laufen, zeigt sich z.B. in der Stahlproduktion. Dort werden schon jetzt für jedes Band, das hier gewalzt wird, tausende Daten benötigt – und der Walzprozess wird nur noch von einzelnen Beschäftigten beobachtet, kontrolliert. Sie arbeiten isoliert und haben deshalb ein größeres Risiko psychisch krank zu werden.

In der Vergangenheit hat der technische Fortschritt meistens an anderer Stelle neue Arbeitsplätze geschaffen. Im 18. Jahrhundert ersetzte der mechanische Webstuhl die Weber, doch es entstanden andere Arbeitsplätze. Neue Produkte haben neue Jobs geschaffen, im 20. Jahrhundert vielfach im Dienstleistungsbereich, denn die Bedürfnisse der Menschen stiegen. Da nicht nur die Produktion sondern auch im Dienstleistungsbereich digitalisiert wird, können Maschinen Dienstleister, die ihr Fachwissen als Jobgarantie gesehen haben, ersetzen: Dazu gehören z.B. Assistenten im Krankenhaus, Anwälte, Journalisten, Köche, Tischler, Programmierer, Sacharbeiter, Busfahrer und Kreditanalysten. Und notwendige hochqualifizierte Kopfarbeiter, die bisher Einzelkämpfer waren, werden austauschbare Lohnarbeiter. Über Online-Plattformen (Internetplattformen) können Leistungen von Freischaffenden in aller Welt eingekauft werden. Selbständige ohne Sozialschutz können also für ein Unternehmen Umsatz schaffen, über sie kann Profitproduktion laufen.

Schon jetzt werden Arbeiten im Netz, die noch nicht automatisiert erfolgen können, von »Crowdworkern« (Klickarbeitern) auf Abruf erledigt. Sie sind nicht fest angestellt, arbeiten als Individualisten und werden wie Akkordarbeiter nur für erledigte Arbeiten bezahlt. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen Lohnabhängigen und Selbständigen. Das nutzen Unternehmer aus: Soziale Absicherung von Krankheit, Kurzarbeit und Kündigung gibt es für sie nicht.

Bislang haben weniger als zehn Prozent der deutschen Industrieunternehmen den digitalen Transformationsprozess in die Wege geleitet. Die heute ganz unterschiedliche Arbeitsplatzsicherheit in den einzelnen Bereichen wird also noch einige Zeit erhalten bleiben. In der Öffentlichkeit werden wir von verschiedensten Seiten beschwichtigt, Menschen würden immer gebraucht. Dem ist auch so, denn Roboter müssen schließlich eingeschaltet, gewartet und ihre Programmierung muss ständig verbessert werden. Auch Roboter sind nicht in der Lage zu produzieren, neue Werte zu schaffen, wenn sie nicht von Arbeitskräften eingeschaltet werden.

Vor dem Entwicklungsschub dieser hochtechnologischen Produktionsweise sicher sein werden außer diesen Berufen hauptsächlich entweder wenige besonders gut bezahlte Jobs im kreativen Bereich (z.B. Architekten, Künstler, Gestalter, Autoren) oder besonders schlecht bezahlte wie Aushilfskräfte im Restaurant. Ihre Arbeit wird nicht vom Roboter übernommen. Ihnen drohen Hungerlöhne. Doch Wetzel verkündete mit den Unternehmern: *»Das gemeinsame Ziel sei die Schaffung von wieder mehr und besseren Industriearbeitsplätzen in Deutschland.«* Erfahren wir gegenwärtig auch, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland z.Z. sinkt – mit ihren umfangreichen Investitionen weist die technische Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung, denn der Faktor Arbeit soll verbilligt werden.

In der Produktion entstehen nun dynamische Netzwerke, auch zwischen Firmen und mit weit entfernten Produktionsstandorten: Ein ständiger Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Ebenen der Herstellung lässt die Flexibilisierung der Produktion zu. BDI-Präsident Grillo mahnte auf einer Veranstaltung im Juli 2015 in Berlin mehr Veränderungs- und Risikobereitschaft an. Das wurde als einzige Differenz zum damaligen IGM-Vorsitzenden Wetzel festgestellt.

Was in der Dienstleistungsbranche schon üblich ist – abends und am Wochenende telefonisch erreichbar zu sein – ist also allgemeine Forderung der Unternehmer geworden: mehr Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen. Aus den Beschäftigten soll mehr herausgeholt werden. Globalisierung, moderne Kommunikation und der Konkurrenzkampf im Nacken führen zu dieser Forderung. Beschäftigte, die überlangen und schwankenden Arbeitszeiten ausgesetzt sind oder außerhalb festgelegter Arbeitszeiten dienstbar sein sollen, sind einem andauernden Unruhezustand, einer krankmachenden Grenzenlosigkeit ausgesetzt. Was sich für einen Beschäftigten in den zwanziger Jahren zunächst wie Freiheit anfühlen kann, wird im höheren Alter zur schweren Belastung, kann untragbar werden. Besonders hervorzuheben ist die Überforderung berufstätiger Eltern: Auch ihre Kinder sind betroffen. Die Beschäftigten erweitern also nicht ihre Freiheiten, sie werden ihnen beschränkt. Die betroffenen Kollegen fragen sich, ob sie wirklich immer erreichbar sein müssen, wo doch schon in der normalen Berufszeit das Tempo steigt, die Arbeit verdichtet wird, der Leistungsdruck größer geworden ist.

Verbesserte Programmierung bei vorgegebenem Ziel, notwendige Regulierung von Störungen, u.a. bedeuten, sich unter Fremdbestimmung mit dem ganzen persönlichen Können einbringen zu müssen. Was jetzt schon vielfältig wirksam ist, droht den in Arbeit verbliebenen Lohnabhängigen bei Massenarbeitslosigkeit verstärkt: wachsende psychische Belastung u.a. durch Vereinzelung am Arbeitsplatz und damit auch in der Gesellschaft. Flexibilisierung, Deregulierung und Prekarisierung werden sich verstärkt auswirken.

Humanisierung der Arbeitswelt forderten die Gewerkschaften wieder am 1. Mai 2015. Und wo spüren wir gegenwärtig ihre Humanisierungspolitik? Um sich ihren Arbeitsplatz zu sichern, sind Beschäftigte gezwungen, persönliche Reserven freizusetzen. Wenn Kolleg(inn)en im Betrieb zu Konkurrenten gemacht werden, setzen sie sich selber unter Druck – stärker als es jeder Vorgesetzte tun könnte – um Lösungen zur Bewältigung ihres Aufgabengebietes zu finden. Schließlich müssen Leistung und Erfolg erbracht werden – wenn nötig, auch in der eigenen Freizeit. Dafür betreiben Menschen in unsicheren Jobs vielfach Gehirndoping. Zunehmend können Menschen nach der Arbeit nicht mehr abschalten. Sie greifen zu verschreibungspflichtigen leistungssteigernden Medikamenten, auch zu Stimmungsaufhellern. Bei den Ursachen für Arbeitsunfähigkeit stehen schon jetzt psychische Leiden an zweiter Stelle. Das ist kei-

ne Bourn-Out-Elite; das sind die normalen Kollegen an ihrem Arbeitsplatz. Wo bleibt da die schon heute notwendige Humanisierungspolitik des DGB?

Arbeitsministerin Nahles sieht kein Problem darin, die Höchstüberlassungsdauer bei Leiharbeit per Tarifvertrag zu verlängern und hält es für richtig Werksverträge auszuweiten. Auch ihr geht es um die Durchsetzung im globalen Konkurrenzkampf. Sie fragt selber: *»Ist es zeitgemäß, an starren Arbeitszeiten festzuhalten?«* Einen Flexibilitätskompromiss sieht sie darin, dass *»die Arbeitszeit im Lebenslauf atmen kann«*. Wenn sie sagt: *»Wir brauchen Mitarbeiter, die auf sich selbst achten«*, (SZ, 25.7.15) schiebt sie die Verantwortung dem einzelnen Beschäftigten zu, der – allein gelassen – gegenüber dem Unternehmer wehrlos ist! Das ist dann wohl für sie »*sozialer Kompromiss*«. Die Sozialdemokraten sind weiterhin zu jeder Schandtat bereit, Hauptsache, sie sind dabei. Die davon Betroffenen können jedoch nicht mit dem bisherigen sozialen Netz aufgefangen werden.

Wetzel sieht darüber hinaus nicht nur die Gefahr einer *»stärkeren Leistungsverdichtung und neue Möglichkeiten zur Überwachung und Leistungsvermessung«* auf die Beschäftigten zukommen, sondern auch: *»Es steht jeder zweite Arbeitsplatz auf dem Spiel, denn wir wissen gar nicht, was für eine Automatisierungswelle wirklich auf uns zukommt.«* Deshalb will die IGM im Bündnis mit Unternehmern und Regierung zusammenarbeiten! Einen Wegfall der Hälfte aller Jobs, wie ihn die Oxfordstudie für die Zukunft sieht, hält Wetzel für falsch. Auch Arbeitsministerin Andrea Nahles schiebt diese Studien einfach beiseite. (Jeremy Bowles von der London School of Economics hat 2014 eine Untersuchung veröffentlicht, wonach durch die möglich werdenden Automatisierungsschübe binnen zwei Jahrzehnten in Deutschland 51 Prozent aller heutigen Jobs verloren gehen können. Eine Studie von Oxford-Wissenschaftlern kommt etwa zu dem Ergebnis, dass 47 Prozent der Berufe in den USA in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten bedroht sein könnten, für Deutschland wird eine Gefährdung von 59 Prozent erwartet, Brzeski/Burk 2015.)

Wir müssen also sehen: Die technischen Erneuerungen beinhalten zwei gegensätzliche Möglichkeiten: Sie können einerseits unter den Bedingungen der Profitproduktion zur verstärkten Ausbeutung und zur Verkümmerung der menschlichen Fähigkeiten führen, bei Überwindung der Profitproduktion jedoch allen Menschen das Leben erleichtern und ihnen die Möglichkeit geben, ihre schöpferischen Kräfte freizusetzen. Es kommt immer darauf an, wer die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel hat.

Die Warnungen der BDA im Mai 2015 vor Auflagen für Zeitarbeit, Werks- und Dienstverträge zielen auf die globale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Da die Vorstände der Gewerkschaften unter der Devise *»Innovation sichert Beschäftigung«* die weltweite Konkurrenzfähigkeit der Betriebe im Kapitalismus erhalten und fördern wollen, stehen sie bei der Digitalisierung der Produktion vor einem Dilemma. Konnte z.B. bei Rationalisierungsschüben in der Automobilproduktion bisher Personalabbau teilweise durch höheren Produktionsausstoß aufgefangen werden (neue Märkte), so wird das bei der Digitalisierung der Produktion nicht mehr erwartet. Die neue Technologie verstärkt den Widerspruch zwischen den geschaffenen Produktionskapazitäten und den Absatzmöglichkeiten. Im Verhältnis zu den erzeugten Warenbergen sinkt die Massenkaufkraft.

Gegenwärtig haben wir in Zeitarbeitern, Werksvertraglern und Leiharbeitern schon eine industrielle Reservearmee für plötzliche Erweiterungen des Absatzmarktes – nicht durch Missbrauch durch die Unternehmer, wie der IG-Metall-Vorstand meint. Der Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise passt die Anzahl der Arbeiter den Verwertungsbedürfnissen an. Das ist die Quelle des vom DGB-Vorsitzenden am 1. Mai angesprochenen digitalen Prekariats. Mitgestalten will auch die IG Metall. Doch während die Unternehmer die Macht der Eigentümer verkörpern, sitzen die Gewerkschaftsvorstände machtlos als Bittsteller am Verhandlungstisch.

Indem die IG Metall hinter der Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie steht, verzichtet sie darauf, die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt um ihre ureigensten Interessen zu organisieren und stellt sich so gegen die nationale und internationale Solidarität der lohnabhängig Beschäftigten. Das Ergebnis ist ein fortlaufendes Niederkonkurrieren von Kollegen unter einander und der Industrien anderer Staaten mit seinen negativen sozialen Folgen für die Lohnabhängigen. Während betroffene Belegschaften ihre Arbeitsplätze verlieren, dient die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie dem Zugang zu internationalen Märkten und der politischen Vormachtstellung Deutschlands in Europa: Es geht um neue Märkte im Ausland.

5 Wie wirkt sich die Digitalisierung der Produktion gesellschaftlich aus?

»Wer die Roboter besitzt, regiert die Welt«, sagt auch der Harvard-Ökonom Richard Freeman in einer Studie. Sehen wir uns die Realität an.

Die Staatshaushalte stützen sich auf die Steuereinnahmen, besonders auf die Lohn- bzw. Einkommenssteuer. Woher aber sollen die Steuern bei einer Massenarbeitslosigkeit kommen? Alle Unternehmen sind darauf aus, ihre Steuern möglichst gering zu halten und suchen dafür intensiv nach Schlupflöchern.

Zielt auch das Interesse des Einzelkapitalisten darauf möglichst viele Waren zu verkaufen – der Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung am gesellschaftlichen Gesamtprodukt muss vom Interesse des Gesamtkapitalisten her klein gehalten werden. Als Vertreter des Gesamtinteresses der Kapitalisten setzen die Regierungen dieses Interesse durch: Was früher ein Amt war, ist in einen staatlichen Betrieb umgewandelt worden, der gewinnbringend arbeiten soll (schlanker Staat). Um die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer fördern und ihren Gewinnen Wachstumsmöglichkeiten verschaffen zu können, werden die staatlichen Haushalte für Kultur, Bildung, Gesundheit, Soziales und Infrastruktur zugunsten der Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf das unbedingt Notwendige gestutzt: *»Schuldenbremse«*, Haushaltssperre, keine Vergrößerung der Staatsverschuldung, besonders der Gemeinden, etc. Dass seit einiger Zeit Streiks hauptsächlich im Dienstleistungsbereich stattfinden, zeugt von dem vorhandenen Konfliktpotenzial. Wo bleiben die konkrete Unterstützung des DGB und der Rückhalt der Industriegewerkschaften für diese Streiks? Kultur, Erziehung, Bildung und Pflege können nicht automatisiert werden. Wie sollen die notwendigen neuen Aufgaben für die Allgemeinheit realisiert werden, wenn die Haushalte der Regierungen zwecks Unterstützung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen auf Sparen ausgelegt sind? Gemeinden mit vielen Hartz-IV-Empfängern haben schon heute kaum Geld um Schulen zu renovieren, Theater zu erhalten oder Abwasserleitungen zu sanieren.

Bürgerliche Journalisten sehen durchaus, dass dem Prozess der Digitalisierung ein Rahmen und Regeln gesetzt werden müssten. Doch wie in einem Wirtschaftssystem, das von der Profitproduktion abhängig ist? Kapitalisten streben nach wachsenden Profiten. Die Erhöhung des konstanten Kapitals durch die Digitalisierung der Produktion führt für

zu einem Sinken der Profitrate: Gemessen am eingesetzten Kapital springt eine geringere Profitrate heraus. Unter einem anderen Blickwinkel: Wenn das Kapital die Anzahl und den Lohn der *»wertschöpfenden«* Lohnarbeiter(inn)en so weit wie möglich begrenzt und gleichzeitig so viel Produkte wie möglich herstellt, fällt die Profitrate. Wie soll bei den übergroßen Kapazitäten und dem globalen Konkurrenzkampf ein Ausgleich durch die Masse des Profites erfolgen?

- Wenn der Wert einer Ware durch die dafür durchschnittlich notwendige menschliche Arbeit bestimmt ist, welchen Wert hat dann eine digital produzierte Ware, die in einer gegen null tendierenden menschlichen Arbeitszeit hergestellt worden ist? Und wie (und von wem) wird dann ihr Preis bestimmt?
- Wovon sollen bei einer nicht ausbleibenden Massenarbeitslosigkeit in der Industrie Arbeitsplätze bezahlt werden für die Verkleinerung der Schulklassen, für kleinere Kita-Gruppen, erweiterte Sozialarbeit, mehr notwendiges Personal in der Alten- und Krankenpflege, das schon jetzt überbelastet ist?
- Wie kann dann Arbeit *»das tragende Element für den Zusammenhalt jeder Gesellschaft sein«*, wie der DGB-Vorsitzende Hoffman am 1. Mai in Lübeck meinte. Um das objektiv Mögliche durchsetzen zu können, wird gesellschaftliche Macht gebraucht. Was tut der Gewerkschaftsapparat dafür, dass solidarisches Handeln der lohnabhängig Beschäftigten auch unter der veränderten Zusammensetzung der lohnabhängigen Bevölkerung möglich ist?

Hauptbetroffene: die junge Generation

In den früheren industriellen Revolutionen war Massenarbeitslosigkeit eine vorübergehende Erscheinung. Der Kampf der Arbeiterbewegung für die Anhebung des Lebensstandards und die Ausbreitung des Kapitalismus sorgten in den Industrieländern für wachsende Nachfrage, größeren Bedarf, so dass der Binnenmarkt wuchs. Gegenwärtig haben wir aber in Deutschland bereits seit vielen Jahren Dauerarbeitslose und in den Randstaaten der EU Geringbeschäftigung und andauernde hohe Arbeitslosigkeit.

- Reicht es da aus, die Kinder heute zu mehr Kreativität, zu mehr Mut für Veränderungen zu erziehen?
- Die IG Metall fordert verbesserte Ausbildung der Beschäftigten: Die komplexeren Produktionsabläufe erfor-derten eine Anpassung in der Qualifikation. Nach und nach werden in der weiteren Entwicklung hauptsächlich Arbeitskräfte in Forschung, Entwicklung, Planung und Gestaltung gebraucht. Und die Menschen, die für die Produktion überflüssig werden? Existieren die für die IGM nicht? Sozialverträglicher Arbeitsplatzabbau hilft den jungen Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, nicht!
- Woher soll dann ein garantiertes Mindesteinkommen für alle kommen – mit oder ohne Job?
- Wo bliebe bei massenhaften Mindesteinkommen die für den Kapitalismus notwendige wachsende Kaufkraft? Wenn also die zahlungsfähige Konsumtion der Gesellschaft mit der Ausdehnungsfähigkeit der Produktion nicht mithalten kann, heißt das dann nicht Überakkumulation, Wirtschaftskrise?

Und dann dürfen wir diese Problematik nicht nur auf Deutschland, die EU oder die kapitalistischen Zentren beschränkt sehen. Die globalisierte kapitalistische Produktionsweise erfordert einen international ausgerichteten Blick – gerade auch den der Gewerkschaften.

Die Digitalisierung der Produktion findet zunächst nur in den industriell am weitesten entwickelten Staaten statt. Führend sind die USA; dazu geforscht wird auch in China: Von den chinesischen Wissenschaftlern ist Kreativität gefordert. Die auf diesem Gebiet vereinbarte Partnerschaft Deutschlands mit China wird bisher inhaltlich kaum ausgefüllt. Besonders der Vergleich Deutschlands mit EU-Randstaaten zeigt deutlich, wie die Beschäftigung von der Möglichkeit abhängt, Waren im Ausland abzusetzen.

Die Kapazitätssteigerungen in den industriellen Zentren verschärfen einerseits den Konkurrenzkampf der multinationalen Unternehmen um die Absatzmärkte, andererseits erhöhen sie den Druck auf nationale Regierungen. Besonders in den die Entwicklungs- und Schwellenländer sowie am EU-Rand wird es schwer sein, eine nationale ökonomische Entwicklung durchzusetzen. Billigexporte der EU oder USA und Beschränkungen der Importe aus diesen Ländern behindern deren Eigenentwicklung, zwingen Massen von Menschen in die kapitalistischen Zentren auszuwandern. Bislang schweigen die Gewerkschaften zu dieser Problematik: Humanisierung der Arbeit nicht für die Arbeiter weltweit?

In der 1. industriellen Revolution zertrümmerten Maschinenstürmer die Maschinen, weil – wie sie glaubten – die Maschinen ihnen ihre Arbeitsplätze wegnähmen. Seit ihren Erfahrungen ist klar, dass nicht die Maschinen die Ursache sind. Durch die neue technische Entwicklung werden die inzwischen weitgehend indivi-dualisierten Lohnabhängigen nach und nach mit einer Wirklichkeit des Kapitalismus konfrontiert, die sie sich heute noch nicht vorstellen können – wo doch in der Industrie noch mit Tarifverhandlungen Lohnerhöhungen erreicht werden.

Hauptsächlich betroffen sein wird die jetzige junge Generation. Vor ihr steht die Frage: Wird die Digitalisierung der Produktion Segen oder Fluch für uns sein? Kann für uns aus dem Zwang zur Arbeit – unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen – freie schöpferische Tätigkeit werden oder wird unter dem vorrangigen gesellschaftlichen Ziel **Profit** genau das Gegenteil erreicht: erbitterter, vernichtender Konkurrenzkampf der Unternehmen.

Das Interesse an der sozialen und politischen Problematik, die mit der Digitalisierung der Produktion verbunden ist, wächst mit der Betroffenheit der Menschen. Die Warnung der BDA, die Chance der Digitalisierung im Interesse der Profitproduktion zu sichern, zeigt, wie sich die Unternehmer schon jetzt in Position bringen. Für die nächste Rationalisierungswelle ist der Konflikt bereits angekündigt. Den Belegschaften fehlen Kampferfahrungen. Viele Gewerkschaftsmitglieder glauben noch, mit ihrem Gewerkschaftsbeitrag ihrer Pflicht Genüge zu tun. Auch wenn z.B. Daimler alle Auszubildenden übernimmt und den Kündigungsschutz verlängert, steht die Frage: Wer steht der heutigen Ausbildungsgeneration, in der 40 Prozent der Auszubildenden Überstunden leisten und so viele Schwierigkeiten haben, sich von der anstrengenden Ausbildung zu erholen, zur Seite, um die Zusammenhänge der vor ihr liegende Entwicklung zu erklären? Da sie mit der Verwischung von Arbeitszeit und Freizeit aufwachsen, hinterfragen sie nicht von alleine die darin liegende Problematik. Sie kennen Beispiele der sozialen Ausgrenzung von prekär Beschäftigten, aber keine kollektive Abwehr gegen die Verarmung. Individuell können sie sich nicht dagegen wehren.

Angesichts des globalen Konkurrenzkampfes zielen die Unternehmer auf weiteren Abbau von Rechten der Beschäftigten. Wenn es darauf ankam, elementare Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, lohnabhängig Beschäftigte um den Kampf für ihre Interessen zu organisieren, beließen es die Gewerkschaftsvorstände bisher bei Aufrufen zu lahmen Protesten. Dabei sind die Belegschaften schon durch die Konkurrenz der Betriebe untereinander geschwächt, wenn die Gewerkschaft nicht ihr Gesamtinteresse vertritt

und ihre betrieblichen Vertreter bei der Einführung der Digitalisierung von der Gewerkschaft alleine lässt. Doch nur wenn die Kolleg(inn)en sich selber massenhaft zur Verteidigung ihrer sozialen Interessen einbringen, kann der Verfügungsmacht der Unternehmer über die Produktionsmittel etwas entgegengesetzt werden. Das ist aber kein Selbstläufer.

Die Auseinandersetzung mit den jetzigen Angriffen der Unternehmer kann der Anfang dafür sein, dass sich die Kolleg(inn)en mit der Perspektive der Digitalisierung der Produktion auseinandersetzen. Die Debatte darüber muss unter Kolleg(inn)en und unter den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten geführt werden. Die Diskussion darüber geht tendenziell über die reine Technologie hinaus, berührt sie doch die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Gewinnbeteiligung der Beschäftigten, die es in einigen Betrieben schon gibt, ist keine Lösung, weil das Problem in der Profitproduktion liegt. Notwendig wird eine Organisierung der Produktion, mit der die steigende Produktivität zum Nutzen der Menschheit eingesetzt wird. 1.11..15 ■

Korrespondenz zur Flüchtlingshilfe

Hamburg Hauptbahnhof: Refugees welcome

Wer den Hauptbahnhof passiert, sieht sie jeden Tag in der Wandelhalle Hunderte. Menschen, die seit Wochen auf der Flucht sind, aus Syrien, Irak, Albanien, Eritrea, Afghanistan, Tschetschenien, Kosovo, und nach Hamburg kommen um zu bleiben oder weiterzufliehen – nach Schweden, Norwegen, Finnland. Um die 500 kommen täglich, mal sind es 1000, mal nur 300. Manchmal stehen sie in kleinen Gruppen, manchmal in langen Schlangen: Familien, Großfamilien, Paare und Einzelpersonen, vor allem junge Männer. Sie haben fast nichts bei sich außer einem kleinen Rucksack, und nahezu alle haben Handys – das wichtigste Kommunikationsmittel, falls man sich verliert und um mit den Daheimgebliebenen in Verbindung zu bleiben.

Auf dem Bahnhofsvorplatz sammeln sie sich um die beiden Zelte, das Versorgungszelt und das Sanitätszelt. Hier bekommen sie etwas zu trinken, zu essen, Zuspruch. Auch mal Schuhe, eine Decke oder eine warme Jacke – viele kommen in Sandalen und unvorbereitet auf die kalten Herbstnächte. Im Sanitätszelt können sie untersucht und erstversorgt werden.

Nachts werden für die Menschen, die durchreisen und meist nur eine Nacht bleiben, Schlafplätze organisiert und sie werden dorthin begleitet: In die Moschee, ins Schauspielhaus, die Caritas, in Wohnprojekte und Privatquartiere. Keine Politik, keine Partei, keine Einzelorganisation steht dahinter. Es sind Freiwillige, Ehrenamtliche, Nachbarn, Theatermenschen, die das neben ihrer eigentlichen Arbeit tun. Sie betreuen, versorgen, unterstützen – und waschen täglich Berge von Bettwäsche für die nächsten Flüchtlinge..

Info-Stand am Hbf unter der Rolltreppe. Ca. 8 qm hat die DB dem Koordinationsteam (das sind 19 Leute, die die Hilfe rund um die Uhr initiiert haben und seit Wochen beispielhaft solidarische, praktische Flüchtlingsarbeit machen) zur Verfügung gestellt, Platz für eine Pritsche und zwei provisorische Tische aus Spanplatten. Hier gibt es Funkgeräte, gelbe und orangene Westen, Schilder in Plastikhüllen, auf denen »Flüchtlingshilfe« steht, ein Schild an einem Besenstiel, auf dem »Schweden« steht, jeweils auf deutsch und arabisch, eine Spendenbox, ein Laptop. Hier hängen Listen aus mit Adressen von Ärzten und Rechtsanwälten, hier ist die Tafel, in der die jeweiligen Helferinnen und Helfer eingetragen werden: fürs Versorgungszelt, (das Sanitätszelt hat einen eigenen Träger: zunächst Falck eV, jetzt den Paritätischen Wohlfahrtsverband) für den info Stand, die Übernachtungszuständigkeit, das Abholen von den Zügen aus Richtung Süden, das Bringen zu den Zügen Richtung Norden, das Bringen zu Sonderfahrten in Aufnahmelager anderer Bundesländer, und die Begleitfahrten nach Harburg ins Erstaufnahmelager für die, die bleiben wollen. Hier sind Ansprechpartner, die Infos geben, Fragen beantworten, hier wird telefoniert – mit anderen Flüchtlingshilfegruppen, in Flensburg, Kiel, Rostock, Schwerin und Lübeck, um zu erfahren wie viele Flüchtlinge dort weiter betreut werden können, wie viele mit den jeweils nächsten Zügen kommen können. Hier werden Spenden abgegeben, Vorbeikommende bedanken sich für das, was hier getan wird und geben mal 10, 20 oder 50 Euro. Einige wollen auch Kleidung abgeben, werden aber an die Messehallen verwiesen, am Hauptbahnhof ist zu wenig Platz, hier wird nur wenig und gezielt ausgesuchte Kleidung für die Durchreisenden gelagert. Und hier sind Helferinnen und Helfer, die meisten gut erkennbar in gelben (deutsch und englisch Sprechende) und orangenen Westen (Dolmetschende für arabisch/afghanisch/iranisch), refugee helper, ohne die nichts ginge. 200 sind es inzwischen, einige helfen ein paar Stunden in der Woche, andere jeden Tag, bis zur Erschöpfung. Es sind Schüler, Studenten, Auszubildende, Rentner, Arbeitslose und Erwerbstätige aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen von Monteur bis Friseur. Viele haben Migrationshintergrund oder waren vor Kurzem noch selbst auf

der Flucht, leben in Camps. Sie entwickeln hier großenteils enorme Fähigkeiten, arbeiten organisiert und strukturiert, bringen unglaubliches Potential mit, auch wenn der Ton manchmal rau ist und es vereinzelt zu Auseinandersetzungen kommt. Aber die Erfahrungen sind emotional auch belastend, man muss sich abgrenzen können, braucht viel Empathie, gleichwohl eine gesunde Distanz.

Die Helfenden holen die Flüchtlinge an den Zügen ab, heißen sie willkommen, bringen sie zum Infostand und zum Versorgungszelt. Sie schmieren rund um die Uhr Brote (1.000 bis 2.000 pro Tag), kochen Tee, geben Tee, Wasser, Brote, Suppe, Bananen, Hygieneartikel aus – alles aus Spenden von Einzelpersonen, Bäckereien, Supermärkten oder der Gruppe Welcome soup/Spielhaus St.Georgs Kirche, die jeden Tag verlässlich Suppen frisch zubereitet, aber auch gespendete Suppen aus den umliegenden Hotels holt und zum Versorgungszelt bringt. Sie betreuen die Flüchtlinge im Zelt, spielen mit den Kindern, halten Zelt und Vorplatz sauber, kümmern sich um den Müll. Helfen, soweit sie können, bei behördlichen und Meldefragen. Bringen die, die weiter nach Norden wollen an die Züge, manchmal jede Stunde, begleiten ans richtige Gleis, suchen zwischen Ankunft und Abfahrt der Züge die Zugbegleiter, die für den jeweiligen Zug verantwortlich sind und sprechen mit ihnen. Ohne deren Einverständnis darf niemand einsteigen – die meisten Flüchtlinge haben keine Fahrkarten.

Zwar gibt es Ausnahmen (Zugbegleiter verweigern sich; Flüchtlingsgruppen wurden aus dem Zug geworfen), aber andere Zugbegleiter verhalten sich ausgesprochen solidarisch (Helferin: Es sind etwa 60, in welchen Wagen dürfen sie? Zugbegleiter: Überall da, wo die Türen offen sind). Zudem existiert ein Abkommen, nach dem die Bundesbahn Flüchtlingen Ersatztickets ausstellt, für die die Bundesregierung die Kosten übernimmt, aber die Entscheidung liegt letztlich beim Zugbegleiter. Die Flüchtlinge warten meist an der Mitte des Zuges und wenn das Okay kommt, muss es schnell gehen, mal heißt es dann in den letzten, mal in den ersten Wagen.

Die Frauen klammern sich an ihre Männer, Kinder auf dem Arm oder fest an der Hand, zu groß ist die Angst, sich zu verlieren. Beim Einsteigen verabschieden sie sich, ältere Frauen küssen die Helferinnen, shukraan, afwan, danke, gern. Man winkt und hofft, dass die weitere Flucht nicht zu beschwerlich wird. Wie lange dauert es bis Schweden? Die Helfenden wissen es nicht. Mit Ticket, Pass und Reservierung 10 Stunden. Aber das haben die Wenigsten. Oft müssen sie am Zielbahnhof 3 bis 4 Tage warten, in Kirchen übernachten, bis sie eine Fähre bekommen oder einen Zug, der sie ihrem endgültigen Ziel weiterbringt.

Ein Unterstützer sagte neulich: Es ist am Hbf wie in einem Ameisenhaufen, es wirkt total chaotisch, aber irgendwie funktioniert alles. Ja. Aber wie lange noch? Viele kommen an die Grenzen ihrer Kräfte. Und der Krieg in Syrien geht in eine weitere Stufe. Im Jemen tobt ein Bürgerkrieg, über den die Presse kaum berichtet, die ersten Menschen aus dem Jemen sind bereits am Hbf angekommen. An der serbisch mazedonischen Grenze spielt sich ein furchtbares Flüchtlingsdrama ab, die Hilferufe der dort Helfenden erreichen uns dieser Tage, die Flüchtlinge werden in unseren Winter kommen.

Diskussionen über alle politischen Einschätzungen hinweg betreffen das Unverständnis, dass EU Staaten wie Polen und Ungarn erklären, sie würden nur Christen aufnehmen. Und dass Flüchtlingsarbeit zu Ende gedacht bedeutet, die Ursachen für Flucht zu bekämpfen, Ursachen, für die unsere Regierungen Mitverantwortung tragen. Krieg, Hunger, Not. 26.10.15 ■

Vier Wochen später, November 2015

Aus den beiden Zelten auf dem Bahnhofsvorplatz ist ein kleines Flüchtlingsdorf mit vier Zelten und einem Container geworden: ein Aufenthaltszelt für 60 Menschen; ein Versorgungszelt mit Lebensmitteln und Getränken; ein Kleiderzelt, ein Sanitätscontainer und ein Kinderzelt als Rückzugsort für Mütter und Kinder (die jüngsten sind auf der Flucht geboren).

Vor den Zelten werden Tee, Brote und Suppe ausgegeben und hier warten die meisten Flüchtlinge: sie stehen, hocken oder liegen auf ausgebreiteten Kartons. Für mehrere Hundert Menschen stehen nach wie vor Schlafplätze in unterschiedlichen Einrichtungen zur Verfügung (allein die Moschee hat dadurch monatlich ca. 70.000 Euro Kosten). Allabendlich sind es dennoch ca. 50 Menschen, die sich vor den Zelten und an der überdachten Bushaltestelle aneinanderdrängen, weil sie keinen Schlafplatz haben.

Anfang November wurde ein Video auf YouTube gestellt: »Hilferuf Hamburger Hauptbahnhof«. Es ist der bewegende Appell einer jungen Helferin um Unterstützung: »*Es kann und darf nicht sein, dass wir am Hauptbahnhof im Chaos versinken…*« Über 100.000 mal wurde das Video bereits angesehen und hat ein vielfaches Echo ausgelöst: Hunderte kamen daraufhin, um zu helfen – was logistisch gar nicht möglich war, die meisten mussten entnervt wieder gehen.

Dieser Hilferuf zeigt jedoch eindringlich die Grenzen ehrenamtlicher und freiwilliger Hilfe und wirft einmal mehr die Frage auf, warum die Hansestadt Flüchtlinge und Helfende entgegen aller Beteuerungen allein lässt. Bürgermeister Olaf Scholz auf der Kundgebung *»Hamburg bekennt Farbe«* am 12. September: *»Hamburg wird einen eigenen Beitrag leisten. Wir konzentrieren – wie das ganze Land – unsere Hilfe auf diejenigen, die zu uns kommen und Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen. Wir werden die Herausforderung annehmen und beispielhaft Lösungen finden.«* Tatsächlich sieht sich die Politik lediglich in der Pflicht bei den Flüchtlingen, die sich hier registrieren lassen wollen.

Die meisten Flüchtlinge am Hauptbahnhof gelten als Transitreisende; da der Hauptbahnhof DB-Gelände ist, ist aus Sicht der Stadt nicht sie, sondern die DB zuständig. Bezirksversammlung 3.11., Bürgerfragestunde: *»SPD, Grüne, CDU und Verwaltung sehen keine Möglichkeit, die durchreisenden Flüchtlinge und die ehrenamtlichen Helfer am Hauptbahnhof durch hauptamtliche Mitarbeiter oder andere Ressourcen zu unterstützen.«* An solcher Ignoranz prallen alle Forderungen ab: nach Räumlichkeiten, Waschmöglichkeiten, Toiletten – nach allem, was menschenwürdige Versorgung von Schutzbedürftigen ausmacht.

Was gebraucht würde: ein Soforthilfeprogramm. Das allerdings lässt auf sich warten.In der Zwischenzeit gibt es eine neue Asylrechtsverschärfung. Roma besetzen den Hamburger Michel, um sich gegen ihre drohende Abschiebung in »sichere Herkunftsländer« zu wehren, in denen sie von Diskriminierung und Ausgrenzung bedroht sind. Afghanische Flüchtlinge demonstrieren neben den Zelten und protestieren gegen den Vorstoß nun auch Afghanistan als sicheres Herkunftsland einzuordnen. Seit 2 ½ Jahren kämpfen Menschen aus Lampedusa um Anerkennung.

Zudem geht ein Riss durch die Gesellschaft: 48 geplante Hamburger Flüchtlingsunterkünfte stehen auf dem »Prüfstand«, weil die Lobby wohlhabender Hanseaten Klagen einreicht und Baustopps erwirkt. Vermehrt brennen wieder Häuser, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollen, es kommt zu tätlichen Übergriffen. Dagegen auf der anderen Seite eine Willkommenskultur, die unterschiedliche Menschen, Initiativen und Einrichtungen verbindet, vernetzt und bereichert. Oder wie eine Helferin vor einigen Tagen sagte: *»Die beste Zeit meines Lebens«.* 10.11.15 ■